

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementpreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 3.00 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkheint täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Adressen zelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereine- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 25 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer inkludiert bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Werden sie es wagen?

Am Sonntag gab das preussische Volk seinen Wahlrechtswillen kund — am heutigen Dienstag soll das preussische Dreiklassenparlament sein letztes Wort über die Wahlreform sprechen. Wird man es wagen, trotz des letzten gewaltigen Protestes der entrechteten Massen die traurige Spottgeburt unberändert anzunehmen, die der blau-schwarze Bloch in der dritten Lesung zustande gebracht hat? Wird das Zentrum nicht noch in letzter Stunde aus Furcht vor der unausbleiblichen Abrechnung von dem schmachvollen Handel zurücktreten? Werden nicht die Nationalliberalen wenigstens noch einen energischen Versuch machen, außer der geheimen auch noch die direkte Wahl zu sichern?

Die Wetterzeichen in den eigenen Reihen sollten Zentrum und Nationalliberale warnen! Schon sieht sich die Zentrumsleitung genötigt, die Empörung seiner eignen Angehörigen zu beschwichtigen, schon bricht auch unter den Anhängern der Nationalliberalen der Unwille über die schmachvoll schlappe, illiberale Haltung der nationalliberalen Fraktion durch. Und wie vereinzelte erste Windstöße zum Gewittersturm anwachsen, so wird auch das Grollen der Wählermassen zum Orkan anschwellen, der den verrotteten Bau des Dreiklassenwahlrechts trotz allen morschen Gebälks, durch den man ihn zu stützen sucht, über den Haufen werfen, nicht minder aber auch das innerste Gefüge der Parteien erschüttern wird, die trotz aller Mahnungen und Warnungen die Rechte des Volkes verschandern und verraten!

Selbst die Nationalliberalen sollten sich nicht in dem Wahne wiegen, daß sie ungestraft den letzten Schein des Liberalismus preisgeben und sich völlig als Schutztruppe der Schlotjunker gebärden könnten. In den 90er Jahren war der Nationalliberalismus durch eine solche Politik bereits völlig auf den Hund gekommen, und daß er im Jahre 1907 noch einmal so günstig abschnitt, war nur dem Launen der Stimmtenntwahlen zu danken. Die halbe Illusion der Blochpolitik, die visionären Ankündigungen einer neuen liberalen Ära ließen die Segel des Liberalismus schwellen. Gift jetzt der Nationalliberalismus selbst diese liberalen Illusionen zerstören, so wird er wieder so unpopulär und verachtet werden, wie nur je. Vollends aber das Zentrum hat Hunderttausende und Abergunderttausende rein proletarischer Wähler zu verlieren. Bleibt es dem Bloch zur Vereitelung der Wahlreform treu, so kann es getrost vom 12. April ab den Zerfall seiner Macht, die Zerbröckelung seines stolzen Turmes datieren!

Noch einmal hat das deutsche Proletariat in wuchtiger Zusammenfassung seiner Kräfte durch eine machtvolle Kundgebung seinen unerschütterlichen Willen zu erkennen gegeben. Viele Hunderttausende haben erneut das Gelöbniß abgelegt, nicht zu ruhen und zu rasten, bis die preussische Junterfeste geschleift ist. Und das Klassenbewußte Proletariat wird sein Gelöbniß einzuhalten wissen. Schon jetzt darf es sagen, daß Hunderttausende durch die Wahlrechtskämpfe gewonnen sind. Das beste Zeichen dafür ist, daß selbst das Bürgertum mit in den Kampf hineingerissen wird. Schon beginnt der Freisinn, sich an den gemeinsamen Wahlrechtsdemonstrationen zu beteiligen. Er merkt, daß es höchste Zeit ist für alle Parteien, die sich nicht auf brutalen Terror, auf schmachvolle Volksentrechtung, sondern auf das Vertrauen der Wähler stützen wollen, an dem Ringen um die Volksrechte tätigen Anteil zu nehmen. Wer nicht mit politischer Blindheit geschlagen ist oder wer nicht das gleiche Wahlrecht haßt und fürchtet, wie Krautjunker oder scharfmacherische Industriepredatoren, der muß sich sagen, daß die preussische Wahlrechtsfrage zum Angelpunkt nicht nur der preussischen, sondern auch der ganzen Reichspolitik geworden ist. Hier scheiden sich die Wege, hier hilft kein Drehen und Wenden, hier verlagert auf die Dauer selbst die gerissenste Demagogie, hier heißt es, durch die Tat den Ernst der Wahlrechtsfreundschaft zu beweisen!

Trotz alledem wollen, wie es heißt, Zentrum und Nationalliberale am Dienstag nicht einmal mehr neue Anträge einbringen, sondern den Wechselbalg nach kurzer Generaldebatte dem Herrenhaus überantworten. Das Zentrum in der Erwartung, daß die konservative Mehrheit der preussischen Peerskammer die blau-schwarze Wahlrechtsprellerei gutheißen wird; die Nationalliberalen in der Hoffnung, daß die edlen und erlauchten Herren als sicherster Hort der Reaktion das Gelöbnißwahlrecht noch plutokratisch gestalten werden! Mögen Zentrum und Nationalliberale so verfahren! Mögen sie das Maß der Erbitterung und Verachtung gegen sie, das sich durch ihre jämmerlichen Verrätereien in den Herzen des Volkes angehäuft hat, zum Ueberfließen bringen! Die Massen sind auf den weiteren Kampf gerüstet. Sie sind zum Ausschreiten entschlossen! Sie wissen, daß selbst nach der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes der Kampf nicht zu Ende geht, sondern nur in ein neues Stadium eintritt. Sie wissen, daß es gilt, die Massen aufzuklären, aufzurütteln, auf daß auch sie sich in Reih und Glied einfügen und die Stoßkraft des Sturmblöcks vermehren, der unablässig Mauern und Tore der preussischen Zwingsburg berennen wird!

Nicht zum letzten Male ist am Sonntag das Volk auf dem Platze erschienen. Es wird wieder und wieder kommen, immer massenhafter, immer unwiderstehlicher! Und wie es sein Versammlungsrecht erobert hat, so wird es auch sein volles, ungeschmälertes Bürgerrecht erzwingen!

### Die Presse über den Berliner Massenprotest.

Die gewaltigen Wahlrechtsversammlungen des letzten Sonntags werden in der linksliberalen Presse als ein großer Erfolg der Berliner Sozialdemokratie, als „Triumph des Rechts- und Ordnungssinnes“ und als „Beweis der politischen Reife und Selbstsicherheit“ der Volksmassen bezeichnet, während die konservativen und liberalen Blätter ihre Mut über das Gelingen der Riesendemonstration hinter allerlei faden Witzeln, Verkleinerungen der Anzahl der Wahlrechtsdemonstranten und schneiderartigen Nebenarten über die angebliche politische Zwecklosigkeit solcher „Exerzieren“ zu verbergen suchen. Sie alle müssen jedoch zugestehen, daß die Massenversammlungen in größter Ordnung verlaufen sind. Da dieser Verlauf mit ihren schönen Prophezeiungen in größtem Widerspruch steht, so helfen sie sich zum Teil damit, daß sie versichern, nur diesmal sei es so ordnungsmäßig hergegangen; das nächste Mal werde es ganz anders kommen.

Beginnen wir mit der agrarkonservativen Presse:

#### „Deutsche Tageszeitung“:

Die gestern von der Sozialdemokratie und der Demokratischen Vereinigung in Berlin veranstalteten Massenversammlungen unter freiem Himmel sind ohne Ausfaltungen verlaufen. Das war zu erwarten. Die Sozialdemokratie, die sich als Herrin der Lage fühlt, mußte beweisen, daß sie Ordnung zu halten vermag. Wer sich aber nunmehr für die Zukunft beruhigen wollte, der würde eine beklagenswerte Kurzsichtigkeit beweisen. Was gestern in Berlin und anderwärts getan wurde, das war nur Vorbereitung, nur ein Einüben der Massen.

Ueber den Gang und den Verlauf der Versammlungen eingehend hier zu berichten, lohnt sich nicht. Ein Stimmungsbild aus der Feder eines Augenzeugen bringen wir an anderer Stelle. Die Versammlungen begannen nach dem vollendeten Aufmarsch gleichzeitig. Von den Reden wurde wenig gehört. Diejenigen, welche nichts vernahmen, haben auch gewiß nicht viel verloren. Die Größen der Partei waren unter den Rednern nur spärlich vertreten, von den Reichstagsabgeordneten nur die Genossen Fischer, Heine, Stadthagen und Zubeil. Deshalb Ledebour fehlte, wissen wir nicht. (1) Fast alle übrigen Redner waren Götter geringeren Grades. Den besonnenen Jahnke-Hoffmann hatte man in die Versammlung geschickt, die mit den Demokraten gemeinsam veranstaltet war. Von diesen Herren sprachen u. a. Breitscheid und v. Gerlach. Sie bemühten sich, und zwar mit leidlichem Erfolge, die Tonart der Genossen zu übertrumpfen.

#### „Kreuzzeitung“:

Die zum ersten Male vom Berliner Polizeipräsidenten erlaubten Massenversammlungen unter freiem Himmel haben gestern stattgefunden und sind selbstverständlich ruhig verlaufen. Nach allen vorausgegangenen Ereignissen hat jeder, der einigermaßen mit sozialdemokratischer Taktik vertraut ist, dies voraussehen können. Denn das Interesse, das die politischen Theaterleiter an einer guten Aufnahme der „ersten Aufführung“ haben, ist zu stark, als daß es anders zu erwarten gewesen wäre. Das Paradeprogramm war demnach auf die weitesten Kreise berechnet mit dem Bestreben, daß es allerseits freundliche Aufnahme finden möge. Spätere Programmänderungen hat die Direktion sich vorbehalten.

In Treptow war die größte Zahl von Genossen versammelt, der Riesenvielplatz bot aber durchaus noch Platz. Die Genossen und Genossinnen gruppieren sich dicht um zehn Rednertribünen; dazwischen ging man spazieren, jagten die Kinder sich, wurden Postkarten, rote Abzeichen, Pfeffermünzplättchen und dergleichen verkauft. Massenhaft waren die Photographen erschienen. Das ganze Bild glich eigentlich mehr einem Jahrmarsch mit Ausfrieren; denn auch die Redner hörte man sich gegenseitig überschreien. Die Leute liefen dann zu denen, die am lautesten brüllten. Die Reden boten nichts Besonderes. Man hörte immer dieselben Phrasen, schammernder Protest, Klassenkampf, Schande, Entrechtung, Volk mündig, hoch! hoch! Die Genossen arbeiteten nicht nur mit dem Munde, sondern ebenso mit den Armen, was vielen schließlich Spaß machte.

#### „Reichsbote“:

Die Sozialdemokratie steht auf dem Gipfel ihrer Macht. Millionen von Arbeitern folgen ihren Anordnungen und Befehlen; auf ihr Kommando wurden gestern in allen Großstädten Demonstrationen veranstaltet zur Einführung des Reichstagswahlrechts für die preussischen Landtagswähler gehalten. Sie ist mit ihrer alle Verhältnisse umfassenden Organisation ein Staat im Staate geworden, und die Staatsgewalt fängt an, wie der Vorgang des Berliner Polizeipräsidenten zeigt, vor ihrer agitatorischen Macht den Rückzug anzutreten. Was bleibt ihr auch anders übrig, wenn sie keinen zuverlässigen Rückhalt an den bürgerlichen Parteien findet, die sich wie Hund und Katze einander bekämpfen, beißen und kratzen, auf ihrer linken Seite selbst immer mehr an die Seite der Sozialdemokratie rücken und einen Großblock mit ihr und den liberalen Parteien erstreben; stehen doch in den gestrigen Demonstrationen schon Demokraten vom Schlage des Herrn v. Gerlach und des „Berliner Tageblatts“ Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten. Wer die Volksmassen beherrscht und sie organisiert wie die Sozialdemokratie, der hat die Macht, und bei der Unmöglichkeit der bürgerlichen Parteien ist, wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, bei den nächsten Reichstagswahlen auf eine große Vermehrung der Sozialdemokratie und auch auf eine erhebliche Vermehrung derselben bei den Landtagswahlen zu rechnen. Dann stehen wir vor dem revolutionären Konflikt; denn die Sozialdemokratie, die nicht bloß eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche Partei ist, wird dann, wenn sie die Mehrheit im Reichstage hat, ihre revolutionären Pläne durchzuführen suchen.

#### „Germania“:

Vielleicht wäre die gestrige Kundgebung nicht so ruhig verlaufen, wenn nicht das frühere Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel und der „Wahlrechtsparadegänge“, sowie die Zwischenfälle vom 6. März vorausgegangen wären. Denn jetzt nahmen sich die Genossen ganz besonders zu und boten alles auf, Zwischenfälle zu verhüten. Es wäre sehr „peinlich“ für sie gewesen, wenn sie nachträglich dem Polizeipräsidenten und der „reaktionären“ Presse recht gegeben hätten. Vielleicht hatte der Polizeipräsident mit seinem damaligen Verbote auch recht; denn es ist fraglich, ob die Genossen sich damals schon so zusammengekommen hätten, wie jetzt, wo ihre Ehre auf dem Spiel stand. Wie dem auch sei, einmal ist noch nicht immer. Die einmalige Gestattung einer solchen Kundgebung beweist noch nicht, daß die Genossen nun, so oft es ihnen beliebt, über die städtischen Parks für öffentliche Versammlungen verfügen und einen wesentlichen Teil ihrer Agitation unter freiem Himmel verlegen könnten. Schließlich sind die Parks doch keine Versammlungsorte, sondern Erholungsstätten für die Großstädter, die nach des Tages und der Woche Arbeit im Grünen Luft schöpfen wollen. Also solche Versammlungen müssen von vornherein als Kundnahme betrachtet werden.

#### „Tägliche Rundschau“:

Die Haltung der Menge ist musterhaft, imponierend. Niemand, auch der ihrer Sache fremdeste Beobachter nicht, kann sich wohl ganz der Suggestion entziehen, die diese Hunderttausend durch ihre Haltung ausüben. Was die einzelnen Redner reden und das komödiantische Jonglieren des Vortrags Ledebour ist nichts. Aber diese Masse ist etwas. Die Organisation, die sie hierher geführt hat, die sie hier beisammenhält und nachher wieder ruhig auflöst, die ist etwas, ein gewaltiges Werkzeug zum Guten und zum Bösen. Mit Schmerz fast bedenkt man, wieviel Gewalt über dieses Werkzeug in die Hände von Leuten wie Ledebour und Zubeil doch gelegt ist, wieviel Gewalt gerade zur Entfesselung der gefährlichsten Instinkte, die in diesen Massen leben.

#### „Freisinnige Zeitung“:

Wie zu erwarten war, ist es bei den Sonntagversammlungen unter freiem Himmel im Gumboldshain, Friedrichshain und im Treptower Park zu keinerlei Störungen der Ordnung gekommen. Der „Vorw.“ konstatiert lediglich Ohnmachtsanfälle in erheblichem Umfang, von denen nur einige ernster Natur waren. Auf dem Marsch zum Friedrichshain starb außerdem ein Sozialdemokrat, der von einem Herzschlag getroffen wurde. Der „Vorw.“ gab am Montag morgen eine anderthalb Bogen starke Extraausgabe aus, die mit 15 mehr oder minder schlechten Bildern von den Versammlungen verziert ist.

#### „Vossische Zeitung“:

Der „Vorwärts“ kennzeichnet die gestrigen Berliner Wahlrechtskundgebungen als „die überwältigendste Demonstration, die Deutschland gesehen hat“. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie — das muß auch der Gegner anerkennen — gestern einen neuen Beweis der Disziplin ihrer Anhänger erbracht, der für sie von hohem agitatorischen Werte ist. Andererseits aber muß die Sozialdemokratie, wenn sie nicht die Tatsachen auf den Kopf stellen will, zugeben, daß sich in diesen Tagen das neue Reichsbürgergesetz für sie als recht vorteilhaft erwiesen hat. Es ist sehr fraglich, ob es ihr unter der Geltung des alten preussischen Versammlungsrechts überhaupt möglich gewesen wäre, solche Massenversammlungen zu veranstalten.

#### „Zeit am Montag“:

Der gestrige Tag brachte den Anhängern der Wahlrechtsreform einen vollen Erfolg. Der Verlauf der Versammlungen übertraf selbst die kühnsten Erwartungen. Schon auf dem Wege zu den Rendezvousplätzen betätigten die Massenmassen, welche ein Gedanke in Bewegung gesetzt hatte, eine geradezu bewundernswürdige Disziplin. Das gleiche war während der Dauer der Versammlungen und auf dem Rückhausewege der Fall. Fortan ist niemand mehr berechtigt, der Befürchtung Worte zu verlieren, daß durch die politische Aufklärung der Bevölkerung der Reichshauptstadt, wenn sie in großer Menge in die Straßen hinabsteige, die Ruhe und Ordnung bedroht werden könne.

#### „Welt am Montag“:

Wenn es nach den vorausgegangenen, trotz polizeilicher Störung glänzend verlaufenen Demonstrationen noch eines Beweises für die politische Reife der Arbeiterschaft bedurfte, so haben ihn die Berliner Arbeiter gestern in wahrhaft imponanter Weise erbracht. An 300 000 Männer und Frauen sind unter freiem Himmel versammelt gewesen, um uneingeschränktes Wahlrecht, Befreiung von der politischen Bevormundung und Anechtung durch das preussische Junterregiment zu fordern. — 300 000 Menschen sind ohne jegliche behördliche Reglementierung in schwarzer Menge durch die Straßen gezogen, — und keine Ruhestörung, keine Verkehrsstörung, kein Zwischenfall irgend welcher Art ist zu verzeichnen!

#### „Berliner Volkszeitung“:

Der gestrige Ruhmeslag der Berliner Bevölkerung enthält auch eine Lehre für Herrn v. Wehmann-Gollweg. Sollte er aus den Zeitungen oder durch die Mitteilung eines seiner Beamten von den gestrigen großartigen Demonstrationen etwas erfahren, so mag er daraus schließen, wie das Volk über seine Wahlreform denkt. Das Volk läßt sich mit diesem Machwerk nicht abspeisen. Das Volk läßt sich sein gutes Recht nicht verkommen und zertreten. Auch in dieser Beziehung ist der gestrige Tag ein Ruhmeslag für das preussische Volk. Die ungeheure Beteiligung der Bevölkerung Berlins an den gestrigen Demonstrationen hat diesen eine imponierende Wucht gegeben, die zu verkennen nur der fähig ist, der sie entweder absichtlich verkennen will, oder der in unheilbarer „philosophischer“ Weltfremdbheit politisch nicht hinreichend begabt ist, diese Wucht zu verstehen und aus ihr die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

#### „Berliner Tageblatt“:

Morgenausgabe vom Montag: Die drei polizeilich genehmigten Massenversammlungen im Treptower Park, im Gumboldshain und im Friedrichshain sind

tuhig, würdig und höchst einträglich verkaufen, und nirgends ist es zu einer „Störung der öffentlichen Ordnung“ gekommen oder auch nur zu einem unzeitigen Zwischenfall. Ob nun im Treptower Park nur 80 000 Manifestanten erschienen waren, wie die Polizeibehörde schätzt, oder 180 000, wie, anscheinend mit erheblicher Mehrheit, die sozialdemokratische Parteileitung erklärt, und ob im Friedrichshain sich 15- oder 25 000 Teilnehmer und im Humboldthain 50 000 oder mehr bewegten — in jedem Falle muß konstatiert werden, daß die Beteiligung ganz enorm war und alles bisher bei solchen Kundgebungen Gesehenes übertraf.

#### Abendausgabe vom Montag.

Die Reaktion tut so, als seien die gestrigen und die ihnen vorangegangenen Wahlrechtskundgebungen ohne Bedeutung. Sie hat selbst ein schlechtes Gewissen dabei. Wenn will sie eigentlich täuschen? Sich selbst oder die ihr so dienstwillige Regierung? Denn das Volk kann sie doch nicht wieder einfließen lassen. Das Wort von der angeblichen Bedeutungslosigkeit der Wahlrechtsdemonstrationen ist die dümmste Phrase, die man sich denken kann. Massenkundgebungen haben immer gewirkt, auch in Zeiten, in denen sich das Volk nur von dunklen Gefühlen leiten ließ. Wieviel mehr müssen sie heute wirken, wo wenigstens die meisten der Teilnehmer solcher Demonstrationen durchaus wissen, was sie wollen. Die Demonstrationen sind mit einer bewundernswürdigen Ruhe verlaufen. Und gerade in der Selbsttätigkeit der Teilnehmer liegt ihre elementare Kraft. So wenig die Polizei dem Volk weh tun kann, Feuer und Lava zu speien, so wenig sie dem Hellenischen Stomach eine neue Bahn vorschreiben kann, so wenig läßt sich der Wille eines großen und mündigen Volkes durch Polizeimahregeln niederschlagen. Das hat sich bereits bei der Durchführung der Versammlungen unter freiem Himmel gezeigt; es wird sich auch bei der Durchführung eines freien Wahlrechts in Preußen zeigen.

## Die Demonstration.

Der gewaltige Eindruck, den die Niesenkundgebung Berlins überall gemacht hat, spiegelt sich auch im Polizeibericht wider. Er spart nicht mit der Anerkennung der prachtvollen Disziplin, die die Viertelmillion der Demonstranten gezeigt hat. Also äußert sich die Polizei:

Einen musterhaften Verlauf nahmen gestern nachmittag die Versammlungen unter freiem Himmel und der An- und Abmarsch nach und von den Versammlungsorten. Die Truppen, die von den Polizeibehörden ausgesandt waren, waren erst kleiner und wurden später größer und häufiger. Einige hatten nur einen, andere zwei bis drei Ordner. Wo mehrere auf dem Marsch sich trafen, hielten sie, wohl diszipliniert, genügend Abstand, und alle gingen jedermann aus dem Wege, so daß keine Verletzungsstörungen irgendwo entstanden. Auf den Versammlungsorten hielt ein Teil der Besucher gleich die Nachbarschaft besetzt, während andere sich hin und her bewegten. Die Ordner sahen auch in der Nachbarschaft der Plätze in den Anlagen nach dem Rechte. Sie ließen nichts an, was verboten ist, hielten auch die Kinder, die die Regier anlockte, von den Rasenplätzen und den Einfassungen mit Sorgfalt fern. Die offiziellen Parkwächter hatten einen guten Tag. Sie brauchten nur zusehen und sparten sich jeden Zerger, den sie sonst in den Anlagen zu haben pflegen.

Kurz vor 1 Uhr häuften sich die Anmarsche und nach 1 Uhr begannen überall die Versammlungen auf ein weithin schallendes Trompetenzeichen mit einem Hoch auf das allgemeine Wahlrecht. Reichlich Hagelhaufen wechselten ab mit Sonnenschein. Ein starker Wind war den Rednern sehr hinderlich. Um die Tribünen herum stand alles dicht gedrängt. Aber doch ging manchem Besucher jedes Wort verloren. Die Versammlungen waren nicht so stark besucht, daß die Plätze nicht noch mehr Teilnehmer hätten fassen können. Nach Schätzungen waren im Humboldthain etwa 14 000, im Friedrichshain gegen 24 000 und im Treptower Park wohl an 70 000 Menschen versammelt. Auch der Abmarsch vollzog sich überall in geordneter Ordnung. Alles verlief glatt und ohne Unfall. Die Samariter waren gerüstet zur Stelle, hatten aber nichts zu tun. Nur ein erschütternder Zwischenfall ist zu melden. In einem Trupp, der vom Norden herkam und an der Eibinger und Kemsvalder Straße im Begriffe stand, in den Friedrichshain einzumarschieren, brach plötzlich der 39 Jahre alte Stellmacher Heinrich Grad aus der Stargarder Straße 18 vom Herzschlag getroffen zusammen und verschied auf der Stelle. Die Leiche wurde zunächst in der Nachbarschaft beigesetzt.

Ein Unfall brachte auch den Polizeipräsidenten v. Jagow mit den Versammlungsteilnehmern im Friedrichshain zusammen. In der Eibinger Straße fiel es auf, daß die Häuser Klagen und angelegt hatten. Das galt aber nicht der Wahlrechtsversammlung, sondern der Grundsteinlegung für die Abteilerkirche auf dem Grundstück Eibinger Str. 24. An dieser Feier nahm auch der Polizeipräsident teil. Er hatte bei seiner Ankunft sein Automobil nach dem Landsbergerplatz geschickt. Als die Grundsteinlegung zu Ende war, ging er zu Fuß durch den Park. Viele Versammlungsteilnehmer erkannten ihn, und einzelne riefen auch die Regier zu dem Verstehe, vom Abmarsch zurückzubleiben. Das ließen aber die Ordner in keinem Falle zu und so kam auch der Polizeipräsident ganz unbehelligt noch dem Landsberger Platz, wo er zur Rückfahrt sein Auto bestieg.

Die Gast- und Schankwirtschaften in der Umgebung der Versammlungsorte waren nach Schluß der Versammlungen fast besetzt und die Wirtin haben wohl reichlichen Erfolg für den Unfall vom Demonstrationssonntag gehabt.

Das Polizeipräsidium erkennt also in aller Form an, daß die 200 000 Demonstranten musterhafte Ordnung gehalten haben. Damit können wir zufrieden sein. Freilich, die Zahl der Teilnehmer schätzt der Polizeibericht weit niedriger als wir — nur 104 000 will er zugestehen. Das ist uns zu wenig, braucht uns aber nicht weiter anzusehen. Denn die Zahlen, die wir angegeben haben, beruhen auf sehr eingehenden Ermittlungen. Die Methode, die dabei angewendet wurde, ist die folgende:

Die Wiese im Treptower Park ist 30 Morgen groß. 1 Morgen = 180 □-Ruten. Die □-Rute hat 14,2 □-Meter. Also enthält die Fläche, auf der die Demonstration im Treptow stattfand 14 × 180 × 30 = 75 600 □-Meter. Niemand, der die Demonstration im Treptow mit eigenen Augen gesehen, d. h. die ganze Versammlung gesehen hat, von verschiedenen Standpunkten aus, von der Höhe der Tribünen, von der Mitte des Platzes, von den umgebenden Wegen aus gesehen hat, wird es als Uebertreibung bezeichnen können, wenn wir pro Quadratmeter drei Menschen annehmen. Damit kämen wir schon auf rund 225 000 Demonstranten. Aber wir rechnen die mit Bäumen und Gebüsch bestandene Teile und die Flächen in der Mitte ab, wo die Menschen weniger dicht standen, wo noch kleine freie Plätzchen blieben — was zu einem erheblichen Teile allerdings wieder dadurch ausgeglichen wird, daß im weiteren Umkreis um den Tribünen die Menschen Schulter an Schulter standen. Inbegriff selbst wenn wir nur 90 000 Quadratmeter rechnen, so bleiben immer noch 180 000 Demonstranten. Das ist die Zahl, die wir für die Treptower Wiese angenommen haben und die wir als keineswegs zu hoch gegriffen vor jedermann vertreten können.

In ähnlicher Weise haben wir die Zahlen für den Friedrichshain (30 000) und den Humboldthain (50 000) ermittelt. Beim letzteren Platz hat die Schätzung der Polizei besonders kläglich versagt; jeder, der die beiden Versammlungen nacheinander gesehen hat, kann ohne

weiteres bezeugen, daß die Masse im Humboldthain erheblich größer war als die im Friedrichshain.

Es bleibt also schon bei der Viertelmillion!

#### Telegraphische Grüße.

Treptow, Tribune 4, war ein Telegramm adressiert. Es lautete:

Mürose, 10. April.

Herzliche Sympathiegrüße als Protest gegen den Wahlrechtschänder senden die Genossen der Heilstätte Mürose.

Ein zweites Telegramm, das dem Genossen Ernst am Montag zuging, lautete:

Seelitz/Marz, Heilstätte, 11. April.

Die Parteigenossen des Sanatoriums Seelitz senden zum würdigen Verlauf der Wahlrechtsdemonstration ihre herzlichsten Glückwünsche.

Von Demonstrationen in den Provinzen werden uns noch gemeldet:

#### Brandenburg.

Eberswalde (2500 Personen auf dem städtischen Turnplatz, darauf Zug zum Restaurant zur Mühle, wo nach einer Versammlung stattfand), Spremberg (1000 Personen im Gutschaftshaus, dann ein Demonstrationzug), Landsberg a. W. (700 Personen, dann Demonstrationzug), Rheinsberg (Versammlung unter freiem Himmel), Dranitzburg (250 Personen, Umzug durch die Stadt), Westken (600 Personen) und Narwig bei Westken.

In

#### Hannover

fanden noch Kundgebungen statt in Lüneburg (2500 Personen auf dem Lambertplatz), Gamseln (1800 Personen auf städtischem Platz), Hannover, Wänden (300 Personen), Lauterberg a. Harz (500), Ricklingen (500 Personen), Osterode a. H. (200), Peine (300), Kirchengraben und Rieburg.

In Schleswig-Holstein fanden im 6., 8. und 10. Wahlkreise an 20 Orten große Versammlungen, teils unter freiem Himmel statt. In Flensburg tagte zum ersten Male eine Versammlung unter freiem Himmel, die 4000 Besucher anwies. Sie veranstalteten hinterher einen Zug durch die Stadt.

Aus Vörmern wurde noch berichtet: Bergen (Insel Rügen). Auch bis auf die Insel Rügen ist die Wahlrechtsdemonstration vorgezogen. In Bergen demobilisierten in einer Versammlung unter freiem Himmel 500 Personen für das freie Wahlrecht.

In Peterswaldau in Schlesien fand ein Demonstrationzug mit 400 und eine Versammlung mit 500 Teilnehmern statt.

Aus der Provinz Sachsen ist noch eine große Versammlung in Rietzleben (Saalkreis) zu melden, zu der die Besucher von vier benachbarten Ortschaften herangezogen.

Zwei große Kundgebungen sind noch aus Westfalen nachzutragen:

Recklinghausen. Die Versammlung im Garten des Gralbadens war von 3000 Personen besucht. Sie verlief auf das schönste.

Hagen. Die großartige Versammlung war auf dem Familienplatz. Etwa 10 000 Personen nahmen daran teil.

Aus dem Rheinland gehen uns noch Berichte aus Aachen (1200 Personen, vor und nach der Versammlung Demonstrationen), Bonn (überfüllte Niesenkundgebung) und W. Gladbach (Versammlung unter freiem Himmel, zwei Rednertribünen, 3000 Teilnehmer).

In Hanau (Hessen-Rhassau) war die Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel von 5000 Personen besucht. Nach der Versammlung zog der Demonstrationzug durch die Straßen der Stadt. Die Polizei hatte den Marktplatz abgeperrt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. April 1910.

### Eisenbahnfinanzen.

Das Abgeordnetenhaus begann am Montag die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Der Umstand, daß die Eisenbahnerträge das Budget der preussischen Finanzen bilden, hat der Budgetkommission Veranlassung gegeben, die finanztechnische Seite, die zunächst zur Debatte stand, einer eingehenden Vorberatung zu unterziehen. Das Ergebnis ist in einer Reihe von Resolutionen niedergelegt, die bestimmte Forderungen für die Gestaltung des Etats enthalten und insbesondere die Ausgaben angeben, die auf das Ordinarium und die auf das Extraordinarium zu übernehmen sind. Es soll auf diese Weise endlich einmal Ordnung in die Eisenbahnfinanzen und damit auch in die Staatsfinanzen gebracht werden.

Ebenso wie die Redner der übrigen Parteien, erklärte auch der sozialdemokratische Wortführer, Genosse Vormann, im wesentlichen sein Einverständnis mit den Vorschlägen der Kommission. Aber die Motive, von denen sich die Sozialdemokraten leiten lassen, unterscheiden sich wesentlich von denen der anderen Parteien. Während z. B. die Nationalliberalen aus den Eisenbahnen möglichst hohe Ueberschüsse herauswirtschaften möchten, um die bestehenden Klassen von den direkten Steuern zu entlasten, betont unser Redner nachdrücklich die Notwendigkeit der völligen Trennung der Eisenbahnfinanzen von den allgemeinen Staatsfinanzen, damit die Eisenbahnen ihrem eigentlichen Zwecke, den Verkehrsinteressen zu dienen, nicht noch mehr entfremdet werden. Genosse Vormann begnügt sich nicht mit der Erörterung der rein finanztechnischen Frage, sondern er holte zu einer wuchtigen Kritik des ganzen Verwaltungssystems der preussischen Staatsbahnen aus, er schilderte das Streben der Junker, die, obwohl sie das nicht so offen aussprechen wie ihr Schreckenskind v. Odenburg es einmal getan hat, tatsächlich danach trachten, den Bundesstaaten die Hoheitsrechte zu nehmen und mit den deutschen Bundesstaaten spielen wie der Wolf mit dem Lamm. Auch die unhaltbaren Zustände in Verkehrsbesetzen, die Sparlosigkeit am unrichtigen Ort, die unsinnige Art, wie auf Kosten der Fahrgäste der unteren Klassen ein übermäßiger Komfort in der ersten und zweiten Klasse getrieben wird, kurz und gut, all die verkehrten Maßnahmen, an denen unser Eisenbahnwesen so ungemein krank, fanden in unserm Genossen einen unerhittlichen Kritiker. In recht geschickter Weise verstand es der sozialdemokratische Redner, auch die Selbstdienste in seiner Rede mit einzuschleichen, die die Eisenbahnverwaltung dem Berliner Polizeipräsidenten anlässlich des verbotenen Spaziergangs nach Treptow dadurch geleistet hat, daß sie die Züge in Treptow nicht halten ließ. Ebenso geistliche die Abhängigkeit der Eisenbahnverwaltung von den Agrariern, die darin zum Ausdruck kommt, daß, einem Wunsche der Ostelbier entsprechend, Arbeiterwochenarten in immer geringerer Zahl ausgegeben werden. Mit Recht betonte er, daß das nicht nur eine Belastung des Budgets der Arbeiter bedeutet, die gezwungen sind, die Woche über in der Großstadt zu arbeiten, vor allem der Bauarbeiter, sondern daß dadurch auch das Familienleben der Arbeiter gefährdet wird.

Der Minister begnügte sich damit, einige vermeintliche Vertreter Vorgründung richtigzustellen und zu erklären, daß in Preußen an den vier verschiedenen Wagenklassen festgehalten werden soll. Von der Schließung des Bahnhofs Treptow am Wahlrechtsfestungstage weiß er überhaupt nichts. Auf die übrigen allgemeinen Fragen ging er nicht ein. Das will er später tun, vorausgesetzt, daß er es nicht vergißt.

Am Dienstag wird die Staatsberatung durch die nochmalige Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage unterbrochen.

### Herr v. Jagow und der Kaiser.

Einen Teil der reaktionären Presse quält die Frage, welche Einflüsse es gewesen sein mögen, die den Berliner Polizeipräsidenten dazu bewegen haben, vor der Sozialdemokratie den Rückzug anzutreten und „genau das Gegenteil von dem zu tun, was er gestern noch im staatsbehaltenden Interesse für selbstverständlich befunden hatte“. Einige der Blätter, darunter die „Königsberger Allgemeine Ztg.“, sprechen von einem Wink des Reichsfanfters; andere, darunter die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ und die „Hamb. Nachr.“ behaupten, der Kaiser selbst habe eingegriffen und Herrn v. Jagow Nachgiebigkeit empfohlen; eine Ansicht, die wir auch in der englischen Presse ausgesprochen finden. Daran wird von einigen Blättern mehr oder minder deutlich die Meinung geknüpft, der Polizeipräsident hätte sich solchen Ansinnen in keinem Falle fügen dürfen, sondern er hätte sofort seinen Abschied nehmen müssen. Besonders deutlich vertreten diese Auffassung die „Hamburger Nachrichten“.

Unsere Ansicht, daß der Berliner Polizeipräsident Herr von Jagow nur auf eine Order von oben her umgefallen sein kann, wird auch anderwärts geteilt. Im preussischen Abgeordnetenhaus soll man der Meinung sein, daß die Stimmänderung des Chefs der Berliner Polizeiverwaltung auf direkte Einwirkung von höherer Stelle zurückzuführen sei. Man habe dort offenbar gefürchtet, daß ein erneutes Verbot sozialdemokratischer Versammlungen im Freien zu „unliebsamen und spöttischen Bemerkungen namentlich in der ausländischen Presse“ führen werde. Danach wäre also die innere Politik im Reiche wie in Preußen am besten so einzurichten, daß sie auf den Verfall der uns so überaus wohlwollenden auswärtigen Presse zu rechnen hat. Dann würde sich eigentlich empfehlen, an die Stelle des Herrn v. Bethmann-Hollweg und des preussischen Ministers des Innern Herrn v. Nolke ein Kuratorium von leitenden Redakteuren der auswärtigen Presse zu setzen, denen ja der Rang kommandierender Generale nicht mehr ausdrücklich erteilt zu werden brauchte. Nur hätte das den Nachteil, daß diese ausländischen Herren den ministeriellen Hauptbefähigungsnachweis des Kadabergehorsams erst erbringen müßten. Aber welches auch das Motiv des Befehls sein mag, daß Herr v. Jagow über Nacht sein schroffes Nein in ein ebenso freundliches Ja zu verwandeln hat: Herr von Jagow hätte diese Zumutung ablehnen und den Abschied nehmen müssen. Das wäre die richtige Antwort auf die Zumutung gewesen, sich innerhalb 24 Stunden dreimal zu verfeugen. Aber der Berliner Polizeipräsident hat vielleicht nicht einsehen können, warum gerade er ein Beispiel persönlicher Uebergewandlungstreue und Charakterfestigkeit zu bringen habe, wenn die ihm übergeordneten Herren, der Ministerpräsident und der Minister des Innern, gar nicht daran denken, irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Herr v. Jagow ist, ohne mit der Wimper zu zucken, auf höheren Befehl aus einem Paulus ein Paulus geworden, und in der neuen Rolle hat er sich allem Anschein nach sofort so wohl gefühlt, daß er mit den „Genossen“ in liebenswürdigster Geselligkeit verhandelt und sich sogar bemüht hat, ihnen die Verantwortung aufzubürden, die einzig und allein er für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu tragen hat.

Die Neuerung zeigt auf neue, in welchem Maße die „nach Übung und Befehl maßgebendem“ Kreise die Minister und sonstigen höheren Verwaltungsbeamten als ihre Kommissaris betrachten.

### Eine neue Entschuldigung Herrn v. Jagows.

Herr v. Jagow besitzt eine eigenartige Vorliebe für Ex-lasse. Obgleich sein Verhalten gegenüber dem Gesuch der Genossen Ernst und Vormann lediglich zeigt, daß er den Sinn des § 7 des Reichsvereinsgesetzes endlich erkannt hat, hält er es immer wieder für nötig, mit langen Erklärungen auf die Anrempelungen agrar-konservativer und großindustrieller Blätter zu antworten.

Die neueste dieser Mitteilungen, die sich vornehmlich gegen die „Rhein.-Westf. Ztg.“ richtet, hat folgenden Wortlaut: „Dem Polizeipräsidenten wird von einem Teile der Presse Gefährdung der Staatsautorität durch „Umsall“ vorgeworfen, von dem anderen Teile nachgerühmt, daß er den „Weg nach Damaskus“ gegangen sei.“

Der Tatbestand ist folgender: Zum 8. März war einheitlich für Aufzüge auf öffentlichen Straßen und öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel die polizeiliche Genehmigung nachgesucht worden. Der Polizeipräsident befürchtete aus den Aufzügen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und verbot daher die Genehmigung überhaupt.

Zum 10. April wurde lediglich die Genehmigung für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel nachgesucht. Es war dies für Berlin der erste derart ausschließliche Antrag seit Bestehen des Reichsvereinsgesetzes vom 10. April 1908. Nach dessen § 7 darf die Genehmigung nur dann verweigert werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ befürchtet ist“. Der Polizeipräsident stellte sich auf Standpunkt, daß zunächst Gefahr nur aus etwaigem Gedränge zu befürchten sei.

Wenn die Demokratische Vereinigung für den Humboldthain anfangs die Zahl 50 bis 60 000 nannte, eine Zahl, welche dem Polizeipräsidenten von vorn herein reichlich hoch erschien, aber von ihm nicht nach oben, sondern nur nach unten nachzuprüfen war —, so ergab sich daraus nach Feststellung der Größenverhältnisse des von der Stadt zur Verfügung gestellten Spielplatzes Gedrängegefahr. Ging dann der zweite Antrag von einer weit niedrigeren Zahl aus und war der Polizeipräsident von der Nichtigkeit letzterer überzeugt, so lag für ihn kein Grund vor, die Genehmigung zu verweigern.

Daher wurde die Genehmigung erteilt. Daß dies polizeilich richtig war, hat der Sonntag erwiesen, denn es blieben noch so große Flächen des Spielplatzes im Humboldthain versammlungsfrei, daß man Kinder darauf spielen sah.

Hiernach kann weder von „Umsall“ noch von „Weg nach Damaskus“ die Rede sein, sondern es hat einfach das Reichsvereinsgesetz im genauesten Sinne des Gesetzeswortes Anwendung gefunden.

Im übrigen mögen diejenigen, welche Gefährdung der Staatsautorität behaupten, nicht außer acht lassen, daß die Aufhebung

einer Verfassung im Wege des Verwaltungsverfahrenes ganz gewiß nicht der Meinung der Staatsautorität gebührt hätte.“  
Es ist, wie aus den Reichstagsberichten nachgewiesen werden kann, durchaus richtig, daß die Genehmigung der gestrigen stattgefundenen Massenversammlungen genau dem Sinne des Reichsvereinsgesetzes entspricht. Ist das aber der Fall, dann war die Genehmigungsverfügung der für den 6. März geplanten Massenversammlung im Treptower Park gesehwidrig. Wie es scheint, rechnete denn auch der Herr Polizeipräsident selbst mit der Aufhebung seiner Verfügung im Verwaltungsverfahren.

**Der Entwurf eines Reichssteuererziehungsgesetzes** ist heute vom Bundesrat angenommen worden und soll bereits morgen dem Reichstage zugehen, da die Gesetzesvorlage, wenn möglich, noch vor der Vertagung des Reichstages zur Verabschiedung gelangen soll.

Der Entwurf sieht nur eine Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilien vor, während von der Besteuerung des Wertzuwachses bei Wertpapieren abgesehen ist. Die neue Steuer wird nach der Schätzung des Entwurfs für das Reich einen Reinertrag von 30 Millionen Mark abwerfen.

Die Wertzuwachssteuer soll beim Verkauf der Grundstücke von den Kommunen erhoben werden, die sechs Prozent der Steuer auf das Reich abführen. Für gewisse Fälle ist Steuerfreiheit vorgesehen, so zum Beispiel wenn Immobilienbesitz auf Descendenten übergeht behufs Fortführung des Gewerbes. Die Steuererträge sind nach der Beschaffenheit abzuführen. Besteuert soll nur der unabhängige Gewinn werden, der Gewinn also, der nicht aus der Arbeit eines einzelnen, sondern aus Einrichtungen der Kommunen und des Staates erzielt wird. Aus diesem Grunde sollen auch beide Faktoren am Gewinn teilnehmen. Ein gewisser Prozentsatz der Wertsteigerung soll indes von der Besteuerung freibleiben.

Während im allgemeinen das Recht der Steuererhebung den Kommunen vorbehalten bleibt, sind für das platte Land Sonderbestimmungen vorgesehen und hier als Erhebungsstellen die Kreise gedacht, die schon heute nach dem Kommunalabgabengesetz berechtigt sind, die Wertzuwachssteuer als Kreiskommunalabgabe einzuführen.

### Nach der Fusion.

Die neue fortschrittliche Volkspartei Badens hielt am Sonntag in Karlsruhe ihren ersten Parteitag ab. Der bisherige demokratische Führer Heimburger wurde zum Vorsitzenden der vereinigten Partei gewählt.

### Ein zurückgezogenes Verbot.

In Dortmund hatte der Oberbürgermeister und Polizeichef Schmieding bekanntlich urspranglich die zum Sonntag geplante Wahlrechtsversammlung an der Hoberthurg verboten. Das Verbot hatte den folgenden aufreizenden Wortlaut:

Auf den Antrag vom 5. d. M. wird Ihnen hiermit erdffnet, daß zu der am Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 3 Uhr, in den Anlagen der Hoberthurg und der dazu gehörigen Wiese geplanten öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel und zu dem im Anschlusse an die Versammlung beabsichtigten öffentlichen Umzuge die Genehmigung nicht erteilt wird. Hierbei ist die Erwägung maßgebend, daß es sich um Versammlungen handelt, wie sie zurzeit überall im Lande zum Zwecke politischer Verhetzung systematisch betrieben werden. Auch die an den verschiedenen Orten der Monarchie vorgenommenen scharfen Ausschreitungen gelegentlich solcher Demonstrationen lassen schon eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit befürchten.

Die „Arbeiterzeitung“ bemerkt zu dieser Begründung: „Dieses Verbot charakterisierte sich als ein Schlag ins Gesicht der gesamten Dortmund-Bürgerchaft! Die sogenannte „Begründung“ ist so fadenziehend wie nur möglich. Weder die angebliche „politische Verhetzung“, noch die in anderen preussischen Städten nur seitens der Polizei begangenen Ausschreitungen sind ein geschadlicher Verbotgrund. Wegen den schmiedingischen Unsinns selbstverständlich auf der Stelle bei dem Regierungspräsidenten in Arnberg, dem Oberpräsidenten in Münster und dem Minister des Innern telegraphisch Beschwerde eingelegt. Kaum waren diese telegraphischen Beschwerden abgehandelt, da ereignete sich hier in Dortmund daselbe, was sich in Berlin ereignet hatte: die Verherbe kapitalisierte! Die eben erst verbotene Versammlung wurde nunmehr in nicht minder unerwackelter Weise wadlich wieder gestattet! Offenbar sagte man sich in lechter Stunde auf dem Dortmunder Stadthause doch noch mit Recht, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit sei, viele Zehntausende Männer und Frauen unseres Wahlkreises durch einen einfachen Fehdestrich an der Bekundung ihres entschlossenen politischen Willens zu hindern. . . .“

### Versehen oder Absicht?

In Breslau wird einer der Strahendemonstranten seit dem 20. Februar, also seit beinahe acht Wochen, in Untersuchungshaft festgehalten! Alle anderen, auf freiem Fuße gebliebenen Demonstranten sind bereits seit Wochen abgeurteilt worden. Dieser eine aber bleibt nach wie vor in Haft! Es heißt, daß er im Verdacht stehe, einen Spitzel, der mitten in der Menge mit dem Revolver gedroht, vom Rade gerissen zu haben. Mehrere Zeugen kennen den Sachverhalt. Von Verdunkelungsversuchen kann gar keine Rede sein. Zu untersuchen gibt's rein gar nichts. Und doch die lange Untersuchungshaft. Was geht das zu? Und wofür die oberen Justizbehörden davon? Will man „ein Exempel statuieren“? Liegt Breslau wirklich zu dicht an Rußland?

### „Alte“ und „Junge“

#### in der nationalliberalen Partei.

Zwischen den „alten Herren“ der nationalliberalen Partei und den Jungliberalen herrscht seit einiger Zeit wieder ein recht gespanntes Verhaltis, da den „Alten“ manche der von den „Jungen“ beschlossenen Resolutionen höchst unangenehm sind. Die parteiispezifische „Nationallib. Korresp.“ erteilt deshalb den Jungliberalen wieder mal eine scharfe Mige:

„Recht hat die „Kreuz-Zeitung“ darin, daß jungliberale Vereiner sich häufig darin gefaen, durch unzeitige und unvordemhigliche Resolutionen in die schwebenden parlamentarischen Verhandlungen einzugreifen und daß sie dadurch den Kaufsinn erwecken, als ob sie den Fractionen Direktiven geben wollten. Die Ausnützung dieses Vorgehens durch die „Kreuz-Zeitung“ wird diesen Vereiner auf neue Klar machen, wie unangebracht derartige Vorstösse sind und wie wenig sie dem Interesse der Partei entsprechen. Die betreffenden Vereiner werden sich deshalb auch nicht wundern dürfen, wenn gerade aus diesen Gründen ihre Beschlüsse die gewünschte Wirkung bei den parlamentarischen Fractionen verfehlen.“

### Statwahl in Posen.

Die Statwahl im Wahlkreis Posen zwischen dem deutschen Kandidaten Oberbürgermeister Dr. Wislud und dem polnischen Demokraten Rowicki ist auf den 21. April festgesetzt worden.

### Zur Nachwahl in Uckermark-Useedom-Wollin.

Am Sonntag tagte in Steinmunde eine Konferenz der liberalen Vertrauensmänner des Kreises, die sich mit der Auffassung eines Kandidaten für den durch den Tod des Abgeordneten Dr. Desbrud frei gewordenen Kreis beschäftigte. In geheimer Abstimmung wurde Justizrat Herrendorfer-Swinnenkubbe einstimmig als Kandidat nominiert. Herrendorfer nahm die Kandidatur an.

### Auf Befehl des Landrats gemahregelt.

Bei dem Gemeindevorsteher und Schloermeister Julius Florjch in Gromsdorf, Kreis Bunzlau, arbeitete seit 1 1/2 Jahren der Schloergeselle Paul Döring aus Groulich, Florjch war mit D. sehr zufrieden. Anfang März d. J. forderte er aber Döring, der in seiner Gewerkschaft den Westen eines Unterkassierers bekleidete, auf, aus der Gewerkschaft auszutreten. D. versprach, das zu tun und ließ sich vom Vorstand seines Verbandes in Bunzlau seinen Austritt bescheinigen. Herr Florjch aber hatte wegen der Angelegenheit eine Vernehmung auf dem Landratsamt, wo man ihm mitteilte, er könne den Gesellen behalten, wenn dessen Austritt aus der Organisation der Wahrheit entspreche. Florjch glaubte, nun sei alles gut und er könne seinen brauchbaren Gesellen behalten. Um so erstaunter war er, als er eines schönen Tages den Befehl vom Landratsamt erhielt, Döring zu entlassen. Der Handwerksmeister war darüber so aufgeregt, daß er am liebsten sein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt hätte. Schließlich entließ er aber doch, dem Zwangs gehorchend, den Gesellen, zeigte ihm aber den Brief vom Landratsamt. Der Entlassene ging nun auf das Landratsamt und stellte den amtierenden Beamten, Kreissekretar Riedel, wegen des Briefes zur Rede. Dieser bestritt zunächst, daß ein Schreiben an Florjch abgeschickt worden sei. Als ihm aber Döring vorhielt, daß er (Döring) den Brief ja selbst gesehen habe, gab der Beamte es zu. Auf die Frage Döring, wie man dazu komme, arbeitswillige Leute auf die Landstrae zu setzen, antwortete der Beamte: Das sei Amtsgeheimnis. Weiter meinte er, Florjch dürfe als Gemeindevorsteher solche Leute nicht beschäftigen; am allerwenigsten dürfte er den Brief zeigen. Daß das Landratsamt nicht zum ersten Male den Scharfmachern solche Dienste geleistet hat, geht aus dem Umstande hervor, daß die Wahregelungsschreiben gedruckt sind. Auf der Rücksicht muß der Empfänger sein Einverständnis bescheinigen und den Brief an das Landratsamt retour senden.

### Frankreich.

#### Kundgebungen gegen den Ministerpräsidenten.

St. Chamond (Departement Loire), 10. April. Auf einem hier zu Ehren Briands veranstalteten Bankett hielt der Minister eine Rede, in der er als Programm der nächsten Gesetzgebungsperiode die Schaffung eines Statuts, durch das die Rechte und Pflichten der Beamtenschaft genau bestimmt werden; Umgestaltung der Steuern, wodurch der Staat in den Stand gesetzt werden solle, auf leichtere und einfachere Weise als bisher die erforderlichen Mittel zu erhalten; eine Verwaltungsreform, bei welcher leichter jedoch das für jeden Demokraten unerruckbare Mehrheitsprinzip gewahrt werden müsse; ferner Organisation des Arbeiterrechts, Beteiligung der Arbeiter an Unternehmensgewinn in Form von Arbeiteranteilscheinen, sowie Festschreibung eines gemeinsamen Arbeitsvertrages bezeichnet. Briand schloß mit der Erklärung, daß seine Regierung den Grundsat der Autorität erschüttern lassen dürfe, wenn sie die ihr anvertrauten großen Interessen nicht gefährdet wölle. Ein Eindringen des Antimilitarismus in die Arbeiterkreise befürchte er nicht, da die Sozialisten wohl wüssten, daß sie in der Verteidigung des Landes mit allen anderen Bürgern zusammenstehen müssten.

Während der Rede kam es draußen zu einer stürmischen regierungsfeindlichen Kundgebung. Die Fenster des Festsaales wurden eingeworfen. Briand unterbrach seine Rede, zanderte in aller Ruhe eine Zigarette an und wartete das Ende des Tumultes ab. Die Teilnehmer am Bankett spendeten Briand lauten Beifall. Die Tumultuanten wurden von der herbeigerufenen Gendarmerie zurückgedrängt. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Als Briand nach Beendigung des Banketts auf der Straße erschien, kam es zu einer neuen Kundgebung der dort versammelten Anarchisten, die nach Briand und seiner Begleitung mit Steinen warfen und auch einige Revolverstosse in die Luft abfeuerten. Als der Ministerpräsident, der bei dem ganzen Vorgang wadlig kaltes Blut bewahrte, schließlich im Automobil abfuhr, bereitete ihm das über das Benehmen der Anarchisten aufgebracht Publikum verschiedenliche Weisheitskundgebungen. Nach seiner Abfahrt kam es zwischen der Polizei und den Manifestanten zu einem Zusammenstoß, wobei einige Polizeibeamte verwundet und mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Am Abend war die Ruhe wieder hergestellt.

Ein Mann, der ohne Eintrittskarte sich zu dem Bankett Einlaß verschaffen wollte, wurde von der Polizei verhaftet. Er soll ein spanischer Anarchist sein. Bei der Untersuchung fand man bei ihm einen Revolver.

#### Ein unredlicher Offizier.

Paris, 10. April. In Toulon wurde der Verwaltungsoffizier des 2. Artillerie-Kolonialregiments Robert verhaftet unter der Beschuldigung, daß er mit Hilfe eines Defertanten goldreiche für einen Ankerendbau bestimmte Materialien entwendet und sich damit ein Haus gebaut habe.

### England.

#### Die Prevention of Destitution Bill.

London, 9. April. (Eig. Ber.) Die Debatte über die Vorlage betreffend Armen- und Arbeitslosenreform hat vorläufig, wie zu erwarten war, zu keinem greifbaren Ergebnis gefährt, aber sie hat die öffentliche Diskussion über den Wahrscheinlichkeitsbericht in Fluß gebracht. Und das war auch der Zweck der Einbringung der Vorlage. Im Namen der Arbeiterfraction sprach der sozialistische Arbeiterabgeordnete Roberts (Waldbruder), der die Darlegung der alten Armengelege bestricherte. Der Zweck der Armengelegegebung vom Jahre 1834 war, die in Not geratenen Personen in begradiger Weise zu unterstützen; das Ziel des Wahrscheinlichkeitsberichts ist, der Not vorzubeugen. Die Kommission vom Jahre 1882 zielte auf eine Unterbrechung der Wirkungen ab, die Wahrscheinlichkeitsmitglieder der neuen Kommission bezwecken eine Befestigung der Ursachen der Not. Das Massenelend ist eine soziale Erscheinung und es muß von sozialen Gesichtspunkten behandelt werden. Zur Arbeitslosigkeit übergehend, sagte Roberts:

„Arbeitslosigkeit ist nicht immer die Folge persönlicher Untuglichkeit oder sittlicher Fehler der Leute. Viele tätige Arbeiter finden sich oft außer Beschäftigung. Als Gewerkschaftsbeamter habe ich sogar die Erfahrung gemacht, daß je charaktervoller der Arbeitslose, desto schwieriger wird es ihm, Beschäftigung zu finden. Ein großer Teil

der Arbeitslosigkeit ist den technischen Revolutionen geschuldet. Die industrielle Produktionsfähigkeit und die Zahl der Bevölkerung nehmen rascher zu als die Zahl der industriellen Arbeiter. Eine der dringendsten Aufgaben unserer Zeit besteht nicht nur darin, den Einzelmenschen zu einem besseren Warenproduzenten, sondern ihn zu einem starkesten Konsumenten zu machen. Die Vorlage, über die jetzt diskutiert wird, bietet eine wissenschaftliche Behandlung des Problems der Armut. Sie beruht auf einer sorgfältigen Analyse der verschiedenen Ursachen der Armut und bietet die Mittel, sie zu beseitigen. Ihre Durchführung würde dazu beitragen, das britische Volk zu einem sozialpolitischen Muster für alle Nationen der Welt zu machen.“

### Die Annexion Bosniens im Unterhause.

London, 11. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Lincoln, ob die Bedingungen für die englische Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegovina, die am 12. September 1908 von Asquith bekannt gegeben worden waren, erfüllt seien, und, wenn dies der Fall wäre, wann alle interessierten Parteien mit Einschluß von Serbien und Montenegro die Erklärung der Zustimmung zu der Angliederung unterzeichnet hätten. In der von Lincoln gestellten Frage wurde weiter angeregt, daß, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt seien, die Regierung sich darüber schlüssig machen solle, ob es ratsam sei, eine Konferenz einzuberufen, um den eingetretenen Veränderungen internationale Gültigkeit zu verleihen, alle anderen Fragen zu regeln und auf diese Weise ernste Ursachen zu Konflikten unter den Mächten aus der Welt zu schaffen. Der Parliaments-Unterschatzsekretar McKinnon Wood erwiderte, was die Tätigkeit anbetrifft, so seien die in Asquiths Mitteilung angegebenen Bedingungen erfüllt worden. Serbien habe in einer Note an die Osterreichisch-ungarische Regierung erklärt, seinen Protest gegen die Annexion Bosniens und der Herzegovina aufgeben zu wollen, und Serbien und Montenegro hätten die Erklärung abgegeben, sie würden sich bei der Entscheidung der Vertragsmachte über den Artikel 23 des Berliner Vertrages berufen. Soweit Artikel 23 in Betracht komme, hätten die Wanderungen bereits internationale Gültigkeit erlangt durch die Zustimmung der Signatarmachte. Daher läge für die Einberufung einer Konferenz zu diesem Zwecke keine Notwendigkeit vor und es sei auch keine Konferenz erforderlich zur Befestigung von Konflikten zwischen diesen Mächten, da solche zurzeit glücklicherweise nicht beständen.

### Türkei.

#### Neue Mank.

Konstantinopel, 8. April. (Eig. Ber.) Während die Regierung in Konstantinopel mit dem Empfang verschiedener Vorkontrage beschäftigt ist, denken die Feinde des neuen Regimes die Zeit, um ihre dunklen Geschäfte zu fördern.

Dt schon wurde in der europäischen Presse die Existenz von Organisationen erwähnt, die außerhalb der europäischen Türkei gegen die junge Konstitution wirken. Aber meistens hatte man nicht die Namen der Personen genannt, die an der Spitze dieser Bewegung standen, und nie wurden ihre wahren Absichten kargelegt.

Die wichtigste dieser reaktionären Organisationen ist die ägyptische. Ihr Führer ist der berühmte Izzet Pascha, der bestliebteste Sekretär Abdal Hamids. Er ist Krader und genießt unter mehreren arabischen Stämmen große Volksmacht. Er standte nach der Proklamierung der Konstitution aus Konstantinopel und nahm seine ungeheuren Reichthümer mit, die auf 80 Millionen geschätzt werden. Sein Geld benutzte er für eine ausgebreitete Agitation gegen die türkische Regierung. Dafür hat er auch das verbreitetste arabische Blatt „El-Moajat“ ausgeliefert, das in 20 000 Exemplaren gedruckt wird.

Die nächsten Helfershelfer Izzets sind Leute, die nicht weniger „bekannt“ sind als er selbst. So der ehemalige türkische Vorkontrator in Paris, Munir Pascha, der seit drei Monaten in Kegypten lebt, der Liebhaber Hamids, Fahri Bey, der auch über große Geldmittel verfügt, der ehemalige Staatssekretär des Innern Fuad Bey; der Redakteur der Zeitung „Demi Serbest“ Adam Efenbi; der ehemalige Astrolog des gestürzten Sultans Hassan Bey usw. Diese Personen und ihre Anhänger veranstalten in Kairo Versammlungen und Besprechungen, in der Türkei immer wiederholungen hervorzuheben, um der Konstitution den Todesstoß zu versetzen. Dazu wollen sie die unter den Kradern herrschende Gärung benutzen: sie hoffen, den halbwilden Stämmen einzureden zu können, der türkische Sultan habe die der arabischen Nation gehörigen Rechte des Kalifats usurpiert, und auf diese Weise einen allgemeinen Aufstand auszulockern zu lassen. Deshalb haben sie zu ihrem Hauptquartier Kairo gewählt, als einen Ort, der Arabien nahe liegt. Die ägyptische Regierung, deren Aufmerksamkeit von der nationalen Bewegung der Eingeborenen und von den mit der Ermordung Duros Paschas in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten wadlig in Anspruch genommen war, sah der Tätigkeit der Reaktionen durch die Finger. Was jetzt haben die Feinde der Konstitution sich allerdings sehr vorsichtig benommen. Jetzt aber, wo die wahren Bestrebungen der „Izzetisten“ allmählich ans Licht kommen, verlit die ägyptische Regierung die Maske des passiven Ansehens.

Was die türkische Regierung anbetrifft, so ist sie der Sache, wie gewöhnlich, sehr wenig gewachsen.

Es wiederholen sich also die Ereignisse, die vor dem 13. April stattfanden. Die Regierung, die nach der Einführung der Konstitution so vorsichtig war, wurde gleich darauf so sorglos, daß sie die Konterrevolution ignorierte, die man vor ihren Augen bereitete. Dasselbe findet auch gegenwärtig statt.

### Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 10. April. Drei albanische Deputierte sind aus Verstimung über die Haltung der Regierung aus der jungturkischen Partei ausgetreten. Die Regierungskreise sind jetzt überzeugt, daß die Bewegung in Prishtina weder einen reaktionären noch nationalen Charakter trägt, sondern nur gegen die Gemeindefiskalverwaltung gerichtet ist. Nach einem amtlichen Communiqué haben die Behörden in Prishtina den ihnen von den Memas und Kolabeln gemachten Vorschlag, nochmals durch Ratsschlage eine Verhandlung zu versuchen, abgelehnt, dagegen eingewilligt, daß die Kolabeln und Memas selbst die Vermittlung übernehmen. Die Vermittler haben die Führer der Rebellen zur Unterwerfung bereit gefunden, nur haben diese um Aufschub der militärischen Operationen gebeten, bis sie eine definitive Antwort erteilen könnten. Die Behörden haben unter dem Vorbehalt, daß die Madelsfuhrer bestraft werden, den Aufschub bewilligt. Das Communiqué besagt zum Schluß, daß die Bewegung die Folge einer Aufregung durch einige einflußreiche Personen sei, welche eigene Interessen verfolgten.

### Beendigung des Aufstandes?

Konstantinopel, 11. April. Das Ministerium des Innern erklärt heute nach einer Depesche aus Prishtina, in der gemeldet wird, daß die Rebellen sich insolge der ihnen von den Behörden erteilten Ratsschlage zur Unterwerfung bereit funden. Die Führer würden heute unterworfen. Die Entsendung von Truppen nach der Gegend von Prishtina dauert fort.

# Gewerkschaftliches.

## Zum Kampf im Baugewerbe.

Am Mittwoch und Donnerstag haben die Bauunternehmer des Solinger Bezirks den Maurern und Bauhilfsarbeitern zum 15. 3. M. gekündigt, obwohl eine Kündigungsfrist hier allgemein im Baugewerbe nicht üblich ist. In dem Kündigungs schreiben heißt es, daß die Kündigung zurückgenommen werden soll, wenn die Verhandlungen wegen des Abschlusses eines neuen Tarifs bis zum 15. d. M. zu einem Ergebnis führen sollten. In den Kreisen der Bauunternehmer des Solinger Industriebezirks hofft man noch immer auf eine Verständigung, verschiedene kleinere Unternehmer wollen sich der Aussperrung nicht anschließen; diesen ist aber bereits mit der Materialsperrung gedroht worden.

Eine in Düsseldorf abgehaltene Versammlung der Arbeitgeberverbände für Rheinland-Westfalen hat sich einstimmig für die Aussperrung zum 15. d. M. erklärt. Die Aussperrung dürfte ein Fiasko werden, weil bereits mit einer großen Anzahl dem Verbands nicht angehöriger Unternehmer eine Einigung stattgefunden hat.

In Danzig will der Arbeitgeberbund am 15. d. M. etwa 2000 organisierte Bauarbeiter aussperrn. Streiks bzw. Aussperrungen sollen weiter in Mannheim, Pyramont, Sande an der Elbe, Wilsdorf, Burg auf Rehman erfolgt sein. Aussperrungen für den 15. d. M. haben angekündigt der Arbeitgeberverband für das Herzogtum Braunschweig, ferner für die beiden mecklenburgischen Großherzogtümer sowie für Mitteldeutschland. Das Stuckateurgewerbe und das Dachdeckergewerbe sind bereits in mehreren Orten in Mitleidenchaft gezogen. In Bayern hat die Regierung Verhandlungen angebahnt.

Der Arbeiterschutzbund für das Baugewerbe für Leipzig und Umgegend hat am Montag mittag in einer zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, am 15. April die Geschäfte für die organisierten Bauarbeiter zu schließen. Die 183 in Frage kommenden Baugeschäfte beschäftigen zwischen 6000 bis 8000 Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter.

In Frankfurt a. M. kommen für die Aussperrung 5500 Bauarbeiter in Frage. Die Unternehmer haben die Aussperrung ebenfalls für den 15. April angedroht, doch kommen nicht alle in Betracht, da ein Teil nicht dem Arbeitgeberverband angehört.

In Landau tagte am Sonntag eine Versammlung des Kreisverbandes pfälzischer Baugewerbe. Es wurde einstimmig beschlossen, am 15. April sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter in der Pfalz auszusperrn, ganz gleich, ob sie freigezwergschaftlich oder christlich organisiert sind oder nicht. Ausgenommen von der Aussperrung sind nur Gernersheim, das keinen Tarif hat, und Edenkoben und Speyer, deren Tarife noch ein weiteres Jahr Gültigkeit haben.

Die bayerische Regierung hat Vermittlungsversuche angebahnt. Auf Veranlassung des Ministers v. Podewils wurden die Vertreter der bayerischen Bauorganisationen zu einer Besprechung nach dem Ministerium eingeladen, in der sich die Regierung über die Möglichkeit eines Vergleiches informieren wollte. Die Organisationsvertreter erklärten sich bereit, bei den Vergleichsverhandlungen mitzuwirken, wenn sie auf der Basis des bisherigen Vertrages geführt werden. Der Vertreter der Regierung will sich mit dem Unternehmerverbande in Verbindung setzen. Am Dienstag soll dann eine weitere Sitzung stattfinden, in der die Regierung den Bescheid des Unternehmerverbandes mitteilen will.

### Berlin und Umgegend.

**Die vom Metallarbeiterverband veranstalteten Vorträge des Genossen Lauterbach.** Stuttgart, die wie wir berichteten, durch interessante Lichtbilder illustriert werden, haben auch die Aufmerksamkeit der Behörden wachgerufen. Dem Vortrage, der im Gewerkschaftshause stattfand, wohnte als Vertreter der Berliner Gewerbeinspektion Herr Gewerbeamt Schmidt bei. Der Herr Gewerbeamt hat aus den Darlegungen eines Sachmannes sicher manches herausgehört, was für die Gewerbeinspektion im Interesse der Arbeiterschaft mit Vorteil verwendet werden kann.

### Berliner Gantag der technisch-industriellen Beamten.

Am gestrigen Sonntag tagte in Berlin der Gaulag Groß-Berlin der technisch-industriellen Beamten. Nach Beledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, wobei festgelegt wurde, daß der Gau jetzt 8000 Mitglieder zählt, erstattete Herr Ingenieur Ahrens ein Referat über die vom Bundesrat beschlossenen Mindestgehälter. Zu dem Tagesordnungspunkt „Standesarbeit in den Kommunen“ wurden noch drei Referate, welche sich mit der „Städteordnung“, den „Anstellungsverhältnissen der städtischen Techniker“ und „der allgemeinen Kommunalpolitik“ befaßten, folgende drei Resolutionen einstimmig angenommen:

I. Die Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin erklärt in Gemäßheit des Beschlusses des dritten ordentlichen Bundeskongresses, daß die Betätigung der technischen Angestellten im kommunalen Leben eine dringende Notwendigkeit ist.

1. Weil der gegenwärtige Umfang und die voraussichtliche Ausdehnung der Aufgaben der Gemeinden auf technischem Gebiete die Mitwirkung von Sachverständigen notwendig erfordert.

2. Weil die Angestellten als Konsumenten und Mieter in den von Unternehmern und Hausbesitzern beherrschten Gemeindevertretungen nicht genügend berücksichtigt werden.

3. Weil die kommunalpolitische Tätigkeit belebend und fördernd auf die Berufsorganisation einwirkt.

Die Generalversammlung richtet deshalb an die Mitglieder der Ortsgruppe die dringende Bitte, sich an dem kommunalen Leben in den Gemeinden Groß-Berlins eifrig zu beteiligen.

II. Die Besonderheiten des technischen Berufes bringen es mit sich, daß die technischen Angestellten sehr oft außerhalb ihres Heimatlandes ihre Beschäftigung oder ihren Wohnsitz haben. Die Generalversammlung erklärt es deshalb für wünschenswert, daß die Vertretung der Ranggemeindefürsorge, wonach alle Angehörigen des Deutschen Reiches, die ein Jahr im Gemeindebezirk wohnen, das Gemeindericht besitzen, auch auf die Städteordnung ausgedehnt wird.

Die Generalversammlung bittet deshalb den Vorstand, zweckdienliche Anträge an die gesetzlichen Körperschaften zu richten.

III. Zu einer erfolgreichen Betätigung der technisch-industriellen Beamten in den Kommunen ist eine Änderung der gegenwärtigen Gemeindevertretung notwendig.

Die Generalversammlung fordert deshalb, daß das überlebte Hausbesitzprivileg beseitigt und ferner das kommunale Wahlrecht seines plutokratischen Charakters entleert wird.

Mitsam wurden die Lage und die Arbeitsverhältnisse der technischen Angestellten im Baugewerbe in einem längeren Referat eines Berliner Architekten behandelt. In der Diskussion kam der Wille der Versammlung zum Ausdruck, in eine energische Agitation unter den Bautechnikern einzutreten, damit ihre wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Verhältnisse gebessert würden.

Zum Schluß berichtete Notar Sohlisch über die am 9. d. Mts. mit dem Reichsamt des Innern gepflogenen Verhandlungen über das kommende Pensionsversicherungsgezet für die Privatangestellten. Die Delegierten sprachen sich einstimmig dafür.

aus, daß alle Mittel und Wege versucht werden müßten, um die Angehörigen vor der Sonderliste und ihren unheilvollen Folgen zu bewahren.

**Achtung, Schuhmacher!** Die Differenzen bei der Firma Spiegel, Geißwalder Straße 224, sind beigelegt. Schuhmacherverband Berlin.

### Deutsches Reich.

## Der Tarifkampf im Baugewerbe und das Steinsehergewerbe.

Das Steinsehergewerbe wird naturgemäß durch die Vorgänge im Baugewerbe stark beeinflusst, gehören doch die Unternehmer im Steinsehergewerbe vielfach dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an und sind somit dem Diktum der Leitung desselben unterworfen. So haben die Unternehmer in Wilhelmshaven der Arbeiterschaft den „Musterarif“ bereits zur Annahme unterbreitet, an dessen Annahme natürlich auch hier nicht zu denken ist.

Der sächsisch-thüringische Arbeitgeberverband für das Steinsehergewerbe folgt ebenfalls den Spuren der Scharfmacher im Baugewerbe und hat im Falle der Ablehnung des von ihm aufgestellten Tarifes für Plauen, Altenburg und Eisenberg die Aussperrung in diesen Städten zum 8. April angekündigt, der sich die weitere Aussperrung im ganzen Tarifgebiet am 16. April anschließen soll, falls bis dahin die Arbeiter nicht zu Kreuze gedroschen sind. Bemerkenswert ist dabei die Ungeniertheit, mit der die Unternehmerorganisation hier den Tarifbruch für ein ganz großes Gebiet ankündigt, wenn der von ihnen vorgeschlagene Teilvertrag nicht angenommen werden sollte; denn in allen anderen Orten, in denen ausgesperrt werden soll, läuft der Tarif noch bis 1911!

In anderen Lohngebieten haben die Unternehmer ebenfalls schon durchblicken lassen, daß sie sich ihren „großen Brüdern“ im Baugewerbe am liebsten anschließen möchten.

In Rheinland-Westfalen haben dagegen die Unternehmer „aus Entgegenkommen“ auf die Einbringung des Mustertrages verzichtet; es ist der alte Tarif auf ein Jahr verlängert worden. Fast wäre es auch hier zum Kampfe gekommen, obwohl die Arbeiter keinerlei Forderungen gestellt hatten; die Unternehmer beharrten ursprünglich hartnäckig auf einer zweijährigen Verlängerung des Tarifs.

In München ist ein neuer Tarif abgeschlossen worden, mit einer Lohnerhöhung von 6-8 Proz. In Schweinfurt bewilligten die Unternehmer eine kleine Verbesserung für die Junggefelln. In Romberg ist ebenfalls ein Tarif abgeschlossen worden, der den Steinsehern 5 Pf., den Mauerern 3 Pf. Lohnzulage pro Stunde brachte. Ein Tarifabschluss in Stolp i. P. brachte Steinsehern und Mauerern je 3/4 Pf. Lohnzulage pro Stunde.

In Groß-Berlin, wo der neue Arbeitgeberverband den Tarif gänzlich beseitigen wollte, ist es ebenfalls zum Abschluß eines neuen Tarifes gekommen. Zwar mußte die im alten Tarif vorgesehene Verkürzung der Arbeitszeit auf 3 1/2 Stunden daran gegeben werden, und zwar geschah das lediglich in Rücksicht auf die allgemeine Situation im Baugewerbe, dagegen ist die im alten Tarif festgesetzte Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde fast vollständig gerettet worden. Am 1. April ist eine Erhöhung um 4 Pf. eingetreten, und am 1. April nächsten Jahres wird ein weiterer Pfennig gewährt. Durch den Wegfall der Arbeitszeitverkürzung kommt die Lohnerhöhung den Arbeitern voll zugute; freilich haben die Arbeiter trotzdem nur ungenügend auf die Arbeitszeitverkürzung verzichtet. Der Groß-Berliner Tarifbezirk umfaßt einen Umkreis von circa 10 Meilen.

Der Streik der Härber in Elberfeld ist nun nach mehr als zwei-monatiger Dauer beendet. Am Montag, den 11. April, ist die Arbeit auf Grund eines zwischen den beiderseitigen Organisationen vereinbarten Abkommens wiederaufgenommen worden. Die Arbeiter über 21 Jahre erhalten 25 M. Wochenlohn, das bedeutet eine Lohnerhöhung von 1 M.; ebenfalls ist die Arbeitszeit auf 58 Stunden wöchentlich festgelegt worden, was eine Arbeitszeitverkürzung von 1 bis 2 Stunden wöchentlich bedeutet. Die Organisation der Arbeiter ist anerkannt worden. Mahregelungen dürfen nicht stattfinden. Eine am letzten Sonntag abend stattgefundene Versammlung der Härber hat mit großer Mehrheit dem vereinbarten Abkommen zwischen den beiden beteiligten Organisationen zugestimmt.

Der Tarif für das Ständergewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet war am 1. April abgelaufen. Am Mittwoch fanden in Bochum erneute Verhandlungen statt, die endgültig gescheitert sind. Die Gehilfen forderten eine Lohnzulage von 4 Pf., von den Arbeitgebern wurde 1 Pf. zugestanden. In Dortmund haben die Gehilfen bereits die Kündigung beschlossen. Die Gehilfen in den übrigen Orten werden Sonnabend und Sonntag Stellung dazu nehmen.

Durch Abschluß eines dreijährigen Tarifvertrages ist die Lohnbewegung im Tapetier- und Polsterergewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beendet. Mit dem 1. Januar spätestens 1913 tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit von 64 auf 58 Stunden in Kraft. Die Löhne werden sämtlich sofort um 2 Pf., am 1. April 1911 um weitere 2 Pf. pro Stunde erhöht. Am 1. April 1912 tritt mindestens eine Erhöhung von 1 Pf. ein. Der Mindestlohn für Gehilfen im ersten Gesellenjahr steigt von 40 auf 42 Pf. und im zweiten Gesellenjahr von 45 auf 48 Pf. ab 1. April 1911. Für einzelne Arbeiten wird ein besonderer Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt. Der Vertrag endet am 15. Februar 1913.

**Gipseraussperrung in Mannheim.** Am 9. April wurden die im Zentralverbande und die christlich organisierten Gipser, 250 an der Zahl, ausgesperrt, weil sie nicht in eine Lohnkürzung von 8 Pf. pro Stunde einwilligten. Die Nichtorganisierten dürfen weiter arbeiten.

### Ausland.

#### Von der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Das Jahr 1909 hat mehreren schweizerischen Gewerkschaften einen kleinen Rückgang, anderen dagegen einen weitern Erstarkung gebracht, so daß sich im ganzen die Gewerkschaftsbewegung auf der Höhe von 1908 behauptet hat. Zurückgegangen ist die Mitgliederzahl des Zimmererverbandes von 1408 auf 1343 im Jahresdurchschnitt, aber der Verband konnte trotzdem zahlreiche Lohnkämpfe erfolgreich durchführen und den durchschnittlichen Stundenlohn von 55,9 Cts. in 1908 auf 60,1 Cts., also um 4,2 Cts. erhöhen. Bei 29 494 Franks Einnahmen und 18 000 Franks Ausgaben stieg sein Vermögen auf 31 507 Franks. Auch der Textilarbeiterverband ging von 7323 Mitgliedern auf 7314 zurück, wovon 4573 männliche und 2836 weibliche, ferner 4460 Fabrik- und 2754 Heimarbeiter sind. Die vorgelassenen 31 Lohnbewegungen führte er größtenteils erfolgreich durch und erlämpfte er für die beteiligten Arbeiter 64 500 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 68 000 Franks Lohnerhöhung pro Jahr. Zurückgegangen ist ebenfalls die Mitgliederzahl des Lebens- und Genussmittelarbeiterverbandes. Dagegen erhöhte der Lithographenbund seine Mitgliederzahl von 682 auf 690 und sein Vermögen um 13 852 auf 120 697 Franks. Der Lederarbeiterverband verzeichnete eine Zunahme von 1204 auf 1315 Mitglieder, und ebenso stieg auch in den Verbänden der Handels- und Transportarbeiter sowie der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Mitgliederzahl. Im allgemeinen hat also die schweizerische Gewerkschaftsbewegung das Jahr 1909 gut überstanden.

#### Niederlage der Aussperrungsstatik des dänischen Unternehmertums.

Die dänische Arbeitgebervereinigung hat mit ihren Massenaussperrungsbeschlüssen eine schwere Niederlage erlitten, was zugegeben auch die Unternehmerpresse sich genötigt sieht. So schreibt z. B. ein arbeiterfeindliches Blatt wie „Danebrog“, daß die

Massenaussperrung nur mit bedeutenden Opfern auf Seiten der Arbeitgeber vermieden wurde. Das ist Tatsache. Schon gegen Ende vorigen Jahres hatte die Arbeitgebervereinigung erklärt, daß wegen der traurigen Wirtschaftslage in keinem Verzug und für keine Gruppe von Arbeitern irgendwelche Lohnerhöhungen zugegeben werden sollte. Um dies durchzuführen, hatte die Leitung des Unternehmerverbandes alle zwischen ihren Mitgliedern und den Arbeitern vorliegenden Differenzen aus dem ganzen Lande zusammengeführt, hatte selbst Handwerkermeister, die gern durch kleine Lohnerhöhungen und andere Zugeständnisse den Frieden in ihrem Gewerbe sichern wollten, gezwungen, sich nicht mit ihren Arbeitern zu einigen, und erklärte dann, daß wenn nicht familiäre Konflikte zur Zufriedenheit der Arbeitgeber beigelegt würden, eine die ungelerten Arbeiter aller Berufs umfassende Aussperrung folgen sollte. Begonnen hatte man mit der Aussperrung schon Anfang März, als die Arbeiter aller Zementfabriken auf die Straße geworfen wurden. Aber die Verhandlungen, die in der verfloffenen Woche gepflogen wurden und Tage und Nächte in Anspruch nahmen, haben für fast alle beteiligten Gewerbe und Gruppen Lohnerhöhungen ergeben, und zwar in höherem Maße, als wahrscheinlich bei örtlichen oder provinziellen Verhandlungen möglich gewesen wäre. Es sind neue Tarifverträge für nicht weniger als 16 Gewerbe und Arbeitergruppen abgeschlossen worden. Die Löhne der Maurerarbeitende in der Provinz, deren Tarifverträge von den Arbeitgebern gesündigt worden waren, sind erhöht worden, ebenso die der Waler in allen Provinzorten; den Sattlern in Kopenhagen sind Lohnerhöhungen zugestanden usw. Selbst die Zementarbeiter, die gar keine Forderungen gestellt hatten, haben ihre Stundenlöhne erhöht bekommen, um 2 Oere, ein kleines Entgelt dafür, daß sie ohne jeden Grund sechs Wochen lang ausgesperrt waren.

Die Verhandlungen sind erst am Freitagmorgen 6 Uhr zum Abschluß gekommen. Die letzte Sitzung hatte von Donnerstagmorgen 10 Uhr mit nur zweistündiger Unterbrechung Tag und Nacht in Anspruch genommen. Das für die Scharfmacher in der Arbeitgebervereinigung niederschlagende Ergebnis ihres großen Kriegsplans wird jedenfalls zur Folge haben, daß das dänische Unternehmertum in Zukunft mit seinen Kriegserklärungen etwas mehr zurückhält. Uebrigens ist ja die dänische Arbeitgebervereinigung eine der ältesten Kampfesorganisationen des internationalen Unternehmertums. Hat sie doch schon im Jahre 1899 einmal eine Generalaussperrung über das ganze Land veranstaltet, die allerdings auch zugunsten der Arbeiter endete und auf Jahre hinaus die Kriegslust der Unternehmer dämpfte.

## Aus der Frauenbewegung.

### Vom Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

Eine interessante Debatte fand kürzlich zwischen Führern und Führerinnen der für das beschränkte Frauenwahlrecht eintretenden Woman's Freedom League (Liga für Frauenfreiheit) und der Adult Suffrage Society (Vereinigung für das Wahlrecht aller Grobjährigen) statt. Auf beiden Seiten wurden zunächst die bekannten Argumente für die Taktik der beiden Richtungen vorgebracht. Mit Blick von der Freedom League gab zu, daß sie im Prinzip für das Wahlrecht aller Grobjährigen sei, daß sie aber glaube, der beste und schnellste Weg zur Erreichung dieses Zieles sei, den Frauen erst das Wahlrecht auf Grund einer Eigentumsqualifikation zu erobren.

Unsere Genossin Mrs. Montefiore wies nach, daß die Erweiterung des Wahlrechts auf Grund der Besitzqualifikation nur geeignet sei, den Tag des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Frau bis ins Unendliche hinauszuschieben. Da beide Häuser des Parlaments ohnehin jede Beschränkung der Frau als eine Art Revolution betrachten, so wäre es eine weit bessere Taktik, der Revolution früh ins Auge zu sehen und im Vertrauen auf den demokratischen Impuls, der den Männern das allgemeine gleiche Wahlrecht erringen würde, die Frauen von derselben Woge erfassen zu lassen und auf diesem vollkommen logischen Wege das ganze Wahlsystem zu demokratisieren. Mrs. Montefiore erinnerte die Versammlung ferner daran, daß die Frauen in ihrem Lande und in keiner Kolonie befreit worden wären, wenn die Männer nicht erst das volle Wahlrecht für sich errungen oder — wie es in Finnland der Fall gewesen — beide Geschlechter die Befreiung zusammen errungen hätten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Hallenser Polizei provoziert weiter.

Halle, 11. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Hier fand heute eine prächtige Demonstration gegen die Wahlrechtsresolution statt. Vier Versammlungen, in denen die Protestresolution einstimmig angenommen wurde, waren von über 8000 Personen besucht. Nach Schluß der Versammlungen kam es zu einem Zusammenstoß mit der im höchsten Grade nervösen Polizei, die mehrere Verhaftungen vornahm.

### Sieben Personen getötet — siebzehn verletzt.

Gzernowich (Polowina), 11. April. (B. L. W.) Als bei dem Dorfe Lantz ungefähr 30 junge Leute in der Nähe der dortigen Steinbrüche spielten, stürzten plötzlich mehrere schwere Steinblöcke ab. Sieben Personen wurden getötet, neun sehr schwer verletzt, acht erlitten leichte Verletzungen.

### Eine Schiffskollision.

Ostende, 11. April. (B. L. W.) Ein Lotsenfahrzeug ist mit einem auf der Fahrt von Antwerpen nach Dover befindlichen Dampfer zusammengestoßen und gesunken. Neun Mann seiner Besatzung sind ertrunken.

### Von „seinen Frauen“ vergiftet.

Paris, 11. April. (B. L. W.) Nach Meldungen aus Hes sollen die drei Frauen des Großwesir El Gaudi versucht haben, ihn durch Gift beiseite zu schaffen. Man weiß nicht, ob er mit dem Leben davon kommen wird.

### Ausdehnung des Streiks in Marseille.

Marseille, 11. April. (B. L. W.) Ein Aufruf der Vereinigung der Syndikatskammern hat bewirkt, daß in mehreren Fabriken und auf verschiedenen Arbeitsplätzen Arbeitsniederlegungen erfolgt sind. Insbesondere haben viele Kupferschmiede ihre Arbeitsstellen verlassen. Die Vereinigung der Syndikatskammern hat sich als Komitee für den Generalstreik konstituiert.

### Dschawid Pascha ein blutigeres Raubtier.

Konstantinopel, 11. April. (B. L. W.) In der Sitzung der Deputiertenkammer kamen die Ereignisse in Albanien zur Sprache, die von den albanischen Deputierten als eine Folge der schlechten Verwaltung und des wirklichen Sorgens der Beamtenhaft bezeichnet wurden. Der Albanese Rufid tadelte auf das heftigste die vorjährige Expedition Dschawid Paschas, den er ein blutigeres Raubtier nannte. Die Minister des Innern und des Krieges protestierten gegen die Beschuldigung des Generals, worauf unbeschreiblicher Lärm entstand. Der Großwesir räumte hierauf die guten Eigenschaften der Albanesen. Die Regierung müsse die Ruhe in Albanien sichern, weil davon die Sicherung der Lage der europäischen Türkei und das Wohlergehen der albanischen Bevölkerung abhängt.

Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung vom Montag, den 11. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Dreitenbach, v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Eisenbahnetats.

Es findet zunächst eine allgemeine Besprechung über die finanztechnische Seite des Etats statt. Die Kommission hat dazu eine Reihe von Grundfragen beantragt, wonach z. B. die Kosten für Anlage zweiter und weiterer Gleise, für Vermehrung des Fahrparkes, für den Ausbau von Nebenbahnen zu Hauptbahnen, für den Ausbau und die erfindliche Ausbesserung der Bahnanlagen beim Übergang zu anderer Betriebsweise auf die Eisenbahnverkehrsregeln zu übernehmen sind.

Der Berichterstatter Abg. Schmieding (natl.) kommt auch auf das Mülheimer Eisenbahnunglück zu sprechen und betont, daß die Unglücksfälle in den letzten zehn Jahren ständig zurückgegangen seien. Es kämen auf eine Million Reisender 0,51 Verunglückte, also ein Reisender auf zwei Millionen. In England sei die betreffende Zahl 2,18, in Frankreich 0,98. Anzuerkennen sei, daß die Verwaltung alles tue, um eine Herabminderung der Unglücksfälle herbeizuführen.

Eisenbahnminister v. Dreitenbach: Nach den bisherigen Feststellungen betragen die Mehreinnahmen gegen das Vorjahr 106 Millionen, gegen den Etatsantrag 64 Millionen. Die Betriebsausgabenüberschreitung beträgt gegenüber dem Vorjahr 10 Millionen, gegenüber dem Etatsantrag 4 Millionen mehr. Der Betriebsüberschuss, der auf 582 Millionen veranschlagt war, wird jetzt 600 Millionen betragen. (Bravo!) Der Betriebskoeffizient ist von 74,6 Proz. auf 70,23 Proz. gesunken. (Bravo!) Wenn die Ausgaben im allgemeinen trotz der stark gestiegenen Einnahmen sich nicht gesteigert haben, so liegt das an der fortschreitenden Verbesserung unseres Betriebsapparates. In einigen Jahren wird jedenfalls der Zweck, auf den die Kommission mit ihren Anträgen hingewiesen hat, erreicht sein. (Bravo!)

Abg. v. d. Groeben (L.) begrüßt den Versuch, Ordnung in die Eisenbahnen und damit in die Staatsfinanzen zu bringen.

Abg. v. Dewitz (f.): Auch meine Freunde begrüßen es, daß jetzt mehr kaufmännische Grundgedanken bei der Aufstellung des Eisenbahnetats in Anwendung kommen. Freilich darf nie vergessen werden, daß die Eisenbahnen keine reinen Einnahmequellen sind, sondern vor allem dem Verkehr dienen sollen.

Abg. Schmieding (B.): Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß man bei der Scheidung zwischen dem Eisenbahnetat und den Gesamtfinanzen sehr vorsichtig sein muß. Dem Finanzminister muß ein genügender Einfluß auf die Gestaltung des Eisenbahnetats gewahrt bleiben. Im allgemeinen sind wir mit den Vorschlägen der Budgetkommission einverstanden und hoffen, daß ihr Zweck erreicht werden wird.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Der Herr Finanzminister ist unseren Wünschen reichlich spät nachgekommen. Das Extraordinarium darf auf keinen Fall zu hoch bemessen werden, keinesfalls so hoch, daß wir dadurch in ein Defizit hineinkommen. Die Zinsen für Defizit-entleihen müssen dann aus allgemeinen Mitteln aufgebracht werden, wogegen die Zinsen für Eisenbahnentleihen die Eisenbahnverwaltung selbst aufbringen muß. Wir müssen von vornherein Protest dagegen einlegen, daß man etwa nachher mit neuen Steuern kommt. Machen Sie das Extraordinarium niedriger, dann wird das nicht nötig sein. Mit den Vorschlägen der Kommission sind wir durchaus einverstanden, vor allem damit, daß der Etat den wirklichen Verhältnissen entsprechend aufgestellt werden soll.

Finanzminister v. Rheinbaben bestreitet dem Vorredner gegenüber, daß die früheren Etats unrichtig aufgestellt worden seien. Das erhebliche Defizit des Jahres 1908 sei allein auf die starke wirtschaftliche Depression dieser Zeit zurückzuführen. Gegen eine stärkere Beschränkung des Anleihebewerbes habe ich, im Gegensatz zu Herrn Friedberg, die schwersten Bedenken. Anleihen sollten nur für produktive Zwecke in Betracht kommen. Sind doch unsere Schulden von 1900 bis 1910 von 7,8 auf 9,4 Milliarden gestiegen.

Kleines feuilleton.

Die Geschwindigkeit der Stürme. In den ersten Tagen des April hat die Kaune des Windes dem Menschen an verschiedenen Stellen Europas, von den Meeresküsten abgesehen, lächelnd mitgespielt. Obgleich die zahlreichen Unglücksfälle der Luftschiffer die Aufmerksamkeit am meisten auf sich gelenkt haben, ist das merkwürdigste Zeugnis für die unheimliche Gewalt, die der Wind annehmen kann, doch wohl das Ereignis in Triest gewesen, wo der Sturm einen gewaltigen Stein am Hafen, der zum Befestigen des Schiffstouren dienste, mittendurch sprengte, so daß das daran befestigte Schiff hinausgetrieben wurde. Freilich muß man wohl annehmen, daß wenigstens die unmittelbare Wirkung des Windes auf den Stein, als der starke Zug des durch den Sturm erfassenen Schiffswörpers diese gigantische Leistung zu Wege brachte. Die Geschwindigkeit des Sturmes wurde in diesem Fall auf 100 Kilometer angegeben. Diese Ziffer erscheint bereits sehr groß, da sie die durchschnittliche Schnelligkeit von Götzen erheblich übersteigt. Dennoch ist sie noch nicht das Äußerste, was der Wind zu leisten vermag. In den englischen Küsten kommen Stürme von noch bedeutenderer Geschwindigkeit vor. Der stärkste Sturm, der dort je gemessen worden ist, erreichte den ungeheuren Betrag von rund 160 Kilometer in der Stunde, freilich nur auf kurze Zeit, denn bei demselben Sturm war innerhalb einer Stunde die durchschnittliche Geschwindigkeit doch nur ungefähr 110 Kilometer. Man kann also sagen, daß diese enormen Geschwindigkeiten nur in kürzeren Windstößen erreicht werden. In solchen sind sie aber in manchen Erdgegenden gar nicht selten. Auf den Seily-Inseln, wo auch jener starke Sturm am 23. Oktober vorigen Jahres beobachtet worden ist, treten im letzten Dezember und Januar noch zwei Stürme auf, die zwischen 120 und 130 Kilometer Windgeschwindigkeit besaßen. Es scheint übrigens ein Gesetz zu sein, daß die stärksten Monate an der südenglischen Küste Oktober, Dezember und Januar sind, die ruhigen Mai, Juni und Juli. In dieser Jahreszeit steigt die Windgeschwindigkeit niemals über 75 Kilometer in der Stunde.

Drama und Politik. Aus dem Nachlaß von Leo Berg, dem unabhängigen und alimodisch ehrlichen Kritiker und Essayisten, der im vorigen Jahre starb, veröffentlicht die „Schaubühne“ Apophorismen. Einer davon, der das Gend des deutschen bürgerlichen Dramas beleuchtet, möge hier Platz finden:

In Bezug auf das Drama dürfen wir mitnirgendem gegen alles, was aus politisch matten Köpfen kommt, welche politisch unmöglich oder monströs geworden sind, und welche sich im Zustande ihres Verfalls befinden. Solange ein Volk noch kämpft um seine Freiheit und Macht, und wenn es sich wieder anstellt aus seiner politischen Stumpfheit, gibt es oder kann es ein Drama geben. Das beweisen England, Dänemark, Spanien und Deutschland. Keine Ausgattung wird von den politischen

Abg. Dr. Hüfing (fortf. v. p.): Dem Ziele der Budgetkommission, die Ueberflüsse der Eisenbahnen in nicht zu hohem Maße zur Deckung der allgemeinen Staatsausgaben zu verwenden, stimmen wir zu. Der Eisenbahnminister soll nicht der Goldknecht des preussischen Staates sein. Das Ziel wird durch die Vorschläge der Kommission aber nicht erreicht werden, es muß ganze Arbeit gemacht werden. Alle werdenden Ausgaben müssen auf Anleihen entnommen werden. Mit den Reichsschulden sind solche Anleihen für fruchtbringende Ausgaben nicht zu vergleichen.

Finanzminister von Rheinbaben betont dem Vorredner gegenüber, daß im Reiche auch die Schulden für werdende Zwecke in 30 Jahren getilgt werden müssen. Erst ein hohes regelmäßiges Extraordinarium mache der Eisenbahnverwaltung ein regelmäßiges Disponieren möglich.

Abg. Borgmann (Soz.):

Prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkt, daß die wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates von den allgemeinen Finanzen getrennt werden müssen. Nur so wird es möglich sein, ihre Zwecke zu erfüllen. Ob das auf dem Wege, den die Budgetkommission will, möglich sein wird, will ich dahingestellt sein lassen. Wir werden den Beschlüssen zunächst zustimmen und die damit gemachten Erfahrungen abwarten. Wichtig ist, daß es höher das Extraordinarium ist, es um so zweifelhafter wird, dem Ausgleichsfonds Mittel zuzuführen. Aber ein hohes Extraordinarium stellt andererseits ungewissheit eine wesentliche Verbesserung der Finanzverhältnisse dar. — Der Herr Eisenbahnminister hat uns dargelegt, daß die Entwicklung des Eisenbahnwesens besonders deshalb so günstig gewesen sei, weil es ihm gelungen sei, die Ausgaben ganz erheblich einzuschränken. Wenn dies trotz der von ihm zugegebenen erheblichen Steigerung des Verkehrs geschehen ist, so kann das nur dadurch ermöglicht sein, daß man die Arbeitskräfte der Angestellten außerordentlich hoch im Anspruch genommen hat. Das stimmt auch durchaus überein mit den Klagen der Angestellten, die an uns gekommen sind. Ein solches Vorgehen ist aber gerade bei einem Verkehrsunternehmen wie die Eisenbahnverwaltung außerordentlich gefährlich,

denn gerade aus dieser zu hohen Anspannung der Arbeitskräfte entstehen häufig Unglücksfälle. (Sehr wahr!)

Ich will nun auf eine Aeußerung des Herrn v. d. Groeben vom vorigen Jahre zurückkommen. Er sagte: Wir freuen uns außerordentlich, daß es gelungen ist, dem wirtschaftlichen Bedürfnis nach besserem Austausch der Wagen unter den Bundesstaaten Rechnung zu tragen ohne in die Hoheitsrechte der Einzelstaaten einzugreifen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Versuchen berufen ist, die Interessen der Einzelstaaten zu wahren. Diese Ausführungen beweisen einen hohen Grad von Reichsvertrauenshaft auf Seiten der Herren der Reichen, die ja belamitlich schon bei Gründung des Reiches mit ziemlich gemächten Gefühlen an der Wiege desselben gestanden haben. In Süddeutschland fürchtet man sich vor einer Verprechtung. Die schönen Worte des Herrn v. d. Groeben erinnern an die Geschichte vom Wolf, der das Lamm mit schönen Redensarten lödert, um es aufzufressen. Die ganze preussische Eisenbahnpolitik geht dann zweifellos auf eine Erdrosselung der anderen Bundesstaaten hinaus, diesen Verbrechen sind Millionen und aber Millionen geopfert worden. Bewußt halten auch wir grundsätzlich ein einheitliches Eisenbahnwesen für notwendig, aber nicht unter der Kontrolle der preussischen Junker, sondern unter der Kontrolle des Reichs.

(Aha! recht. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie Aha! rufen, so erinnere ich Sie daran, daß ja auch die Posten der Einzelstaaten zu einer Reichspost verschmolzen sind. Eine einheitliche Eisenbahnverwaltung wäre schon aus Gründen der Landesverteidigung notwendig. Aber wie gesagt, ich kann es den Süddeutschen nicht verdenken, daß sie sich dagegen wehren, unter die Kontrolle der preussischen Junker zu kommen. Herrn v. d. Groeben erinnere ich daran, daß, als seinerzeit ein Mitglied des bayerischen Königshauses das bayerische neue Wahlrecht sehr warm verteidigte, einer seiner Freunde, der allerdings mit der Zeit ein Mitglied des Schredens für Sie geworden sein muß, Herr v. Oldenburg-Januschau, sagte, wenn die Dinge in Süddeutschland so weiter gingen, einmal die preussische Bajonette Ordnung schaffen

müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das der preussische Schutz der Hoheitsrechte der Einzelstaaten sein soll, können

Schwankungen beeinflusst wie das Drama und die Architektur. Wir Deutschen haben auf zwei Gebieten die großartigsten Errenschaften gehabt: In der Musik haben wir triumphiert und die Welt erobert, hier ist unsere Souveränität nach Verethoben kaum noch ernstlich bestritten worden. Unser Drama aber ist zu schanden gegangen an unseren politischen Zuständen. Unsere größten dramatischen Versuche sind Torso geblieben, gewaltige Auslässe von Willkür des Geistes, die im Anlauf schon siegten, aber die, sichtbar oder unsichtbar, vom Arm des Geistes gepackt, zu Falle kamen. Die Geschichte des deutschen Dramas, was ist sie anders als das Inventar eines gekehrten Schäfers! Die Lyrik, der Roman, die Musik und die Malerei wie die Wissenschaft können sich bis zu einem gewissen Grade unabhängig von der Gesellschaft machen. Das Theater und die Architektur geben immer ein Abbild der öffentlichen Zustände. Man kann nicht die Geschichte des deutschen Dramas schreiben, ohne zugleich die Geschichte der deutschen Polizei zu schreiben.

Theater.

Leising-Theater: „Spiraten“, Grotteske von Bernard Shaw. Die beiden ersten Akte der Grotteske sind easter Shaw, höchst amüsan-ironisches Geplänkel, das bei aller spielerisch-freier Willkür durch die fällige trefflicherer Satirismen nicht nur vergnügte Laune, sondern auch eine intellektuelle Spannung auslöst, die für das Fehlen der dramatischen entscheidenden kann. Der Laffim erscheint hier nur als Maskerade für den Sinn. Um so mehr mußte im Kontrast hierzu die ziellose Perforanzheit des letzten Aufzuges, der in gequälte, beziehungslose Parlekladen ausläßt, enttäuschen. Der Umschlag in der Stimmung machte ungerecht. Während die feinsten Premieren nirgends auf Opposition stießen, demonstrierte hier das Publikum mit lautem Pfiffen.

Eine Hochzeitsgesellschaft im Hause eines englischen Bischofs, die sich in ein die Abichaffung der Ehe und Reformresolutionen debattierendes Konzil vermandelt — das bildet die lustig-originelle Grundidee des Schwanke. Nur ein alter, auf seine Einsat stolzer General, ein sentimentaler Verehrer jedweder Trabition, geht unter all den Kegern als lebendiger Protest umher. Zwischenburch macht er einer der Ladies, einem verwöhnten, hochmütigen Gesäß, das er seit Jahrzehnten als Krone der Schöpfung verehrt, Heiratsanträge, die wie die früheren prompt zurückgewiesen werden. Die Erwählte seines Herzens ist überzeugt, daß eine Ehe ohne Verbot männlichen Rauchens und ohne Recht der Frau, nach jeder Geburt den Gatten ein paar Jahre zu verbannen, unwürdige Sklaverei des weiblichen Geschlechts bedeutet. Eine andere in Scheidung liegende Dame, die das Fest zu einem Rendezvous mit dem Gemahl a. D. benutz, jugendlich und weniger ätherisch, findet nicht so sehr die Unwesenheit des Mannes im Haushalt als den Ausschluß sonstiger Herren tabuliert. Das Wiedersehen mit ihrem gutmütigen Reginald, der, um den gewünschten Scheidungsgrund zu schaffen, sie mißhandeln und mit einer Halbmetzlerin durchgehen mußte, stimmt sie weich und jählich. Wenn sie den Liebhaber, den Snob und Dandy Hotaklich heiratet, wird ihr der brave Regie wieder fehlen. Warum diese von dem

Sie sich nicht wundern, wenn man in Süddeutschland mißtrauisch ist (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Interessen der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung will ich bei dieser Gelegenheit nicht eingehen. Was die Personalförderung anbetrifft, so beträgt die Zahl der in der I. Klasse Beförderten 1 695 000, der in der II. Klasse Beförderten 90 Millionen, in der III. Klasse 412 Millionen, in der IV. Klasse 441 Millionen. Die Abwanderung aus den hohen in die niederen Klassen ist ja zum Teil sicher durch die Fahrkartensteuer herbeigeführt worden. Wir sind natürlich entschiedenem Gegner derselben. Aber es sind als Mittel gegen diese Abwanderung eine Reihe von recht wunderbaren Vorschlägen gemacht worden, von denen die Sperrung der Speisewagen für die III. Klasse noch die mildeste ist. Man geht so weit, den Passagieren der unteren Klassen

das Reisen geradezu zu verbieten.

Die angeführten Zahlen beweisen doch klar, daß das ganze Klassentweien sich gar nicht mehr rechtfertigen läßt. Eine Beseitigung, mindestens aber Beschränkung des Klassentweiens würde für die Eisenbahn nur rentabel sein und würde eine Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes herbeiführen. Wie man heute den Reisenden der unteren Klassen das Reisen verbietet, habe ich selbst eben erst erlebt. In dem Nachtzuge, in dem ich aus Vöckum ankam, wurde in Hamm ein Wagen III. Klasse, obwohl er fast vollständig gefüllt war, abgehängt und die Passagiere wurden gezwungen, in andere Wagen einzusteigen, die vollständig überfüllt waren. Frauen mit ihren Kindern waren genötigt, im Korridor des D-Zuges zu stehen. Wenn ein einzelner Beamter 104 Rückfahrkarten verkauft, so beweist das, wie groß die Ueberfüllung war, und so soll es durchgängig bei diesem Zuge der Fall sein. Dabei fuhr die Wagen I. Klasse so gut wie leer. Das kostet der Eisenbahnverwaltung ungeheure Summen. Es sollte das durchgeführt werden, was Herr Mocco im vorigen Jahre gefordert hat, daß nur noch in den großen Durchgangszügen Wagen I. Klasse geführt werden, und es sollte von diesen Reisenden dann auch ein entsprechender Preis gefordert werden, damit die Eisenbahnverwaltung nicht erhebliche Zuschüsse für die I. Klasse leisten muß. Ein großes Unrecht ist es andererseits, wenn in den großen Durchgangszügen nicht ein einziger Wagen IV. Klasse vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte den Minister ferner fragen, aus welchem Grunde er der Hoch- und Untergrundbahn das Zweiklassensystem aufoktroiert hat. Das verursacht der Gesellschaft große Kosten und erschwert den Betrieb. So gut wie auf der Berliner Straßenbahn nur eine Klasse besteht, kann dasselbe Publikum auch in der Hoch- und Untergrundbahn in einer Klasse befördert werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der großen Ueberzahl der Reisenden in der III. und IV. Klasse entspräche es kaufmännischen Grundgedanken, wenn die Verwaltung diesem großen Kunden etwas mehr Entgegenkommen in Bezug auf die Einrichtungen der Wagen beweisen würde. Heute aber findet eine ganz unkaufmännische Politik der

Begünstigung der bestehenden Klasse

statt, indem man der kleinen Minderheit der Reisenden I. und II. Klasse besondere Vorteile auf Kosten der großen Masse zuwendet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte dem Herrn Minister fragen, ob die durch die Presse gegangene Mitteilung richtig ist, daß gelegentlich des Wahlrechtsparierganges im Treptower Park der Berliner Polizeipräsident die Benutzung des Treptower Bahnhofs verhindert hat. Wie läßt sich das im allgemeinen Verkehrsinteresse rechtfertigen? Hat denn die Eisenbahnverwaltung das Recht,

ihre Befugnisse an den Berliner Polizeipräsidenten abzutreten?

und ihre Vertragspflicht gegenüber den Passagieren nicht zu erfüllen? Wenn jemand ein Billett nach Treptow bezahlt, muß er doch auch das Recht haben, in Treptow anzustiegen. Ich möchte dem Herrn Minister fragen, ob er gezwungen worden ist, eine solche Verfügung herauszugeben. Ferner hat der Minister auf ein Ersuchen der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer Maßnahmen zu treffen, um die Abwanderung der Arbeiter aus der Provinz nach Berlin zu verhindern dadurch, daß Arbeiterfahrkarten nicht mehr ausgeben werden, geantwortet, daß diese Ausgabe von Arbeiterfahrkarten erst vor kurzem wesentlich eingeschränkt worden sei. Wenn der preussische Eisenbahnminister das Bedürfnis dazu empfindet, derartige Verfügungen zu treffen, so müssen doch schwerwiegende Gründe dafür vorhanden sein.

Der Minister mußte wissen, daß Tausende und Aber-

Gesetz befohlene Einseitigkeit? Warum soll man nicht zwei Männer zur Auswahl und Ergänzung haben dürfen? Und auch das Brautpaar, dessen Trauung gefeiert werden soll — des Bischofs Tochter, die streitbar feurige Versammlungsvrednerin Edith und ihr Verlobter Syles — sind ausfällig geworden. Am Morgen ist jedem von ihnen eine Proschüre über die Folgen der Ehe zugegangen, folglich haben sie sie gelesen und danken dem Schicksal, daß es sie rechtzeitig gewarnt. Auf den gemüthlichen jungen Menschen hat der Hinweis, daß der Mann die Geldstrafen der Frau zahlen muß, besonders tief gewirkt, sind doch bei Ediths reduzierter Temperament Verleumdungslagen und Verurteilungen zu schwindelnd hohen Geldsummen mit Sicherheit vor auszulegen! Der geistliche Herr, den Shaws Ironie mit den höchst ungesittlichen Tugenden vorurteilfreier Skepsis und verständnisvoller Toleranz gerade verkehrterweise ausstattet, spielt im Konzert der Unzufriedenen wacker mit. Er weiß, wie viel unseidlich-unnatürliche Vergewaltigungen dies Institut, das democh unentbehrlich, den Individuen auflagt und stellt sich, als nehme es sogar die lächerlichen Beschwerden seiner Gäste bösig bitter ernst. Namentlich die hübsche junge Frau, die auf Grund der angeborenen Mannigfaltigkeit der Reigungen, für eine dementsprechende Erweiterung der ehelichen Grenzen plädiert, muß meinen, daß er ganz auf ihrer Seite steht. Die Leute ausreden lassen und ihnen durch ihr Ausreden zeigen, daß sie im Grunde selbst nicht wissen, was sie wollen, ist eine den Hauptregeln seiner menschensundigen Pädagogik. So beantragt er regelrechte Beschlußfassung über einen reformierten ehelichen Mustervertrag. Bei mancherlei hübschen Epigrammen auf die weibliche Logik der Antragstellerinnen fällt die Zeichnung des Konvents selbst dann freilich nicht mehr so lustig wie die früheren Szenen aus. Den Stoff zum Schlagast, der nur ein Anhängsel, liefert das Erscheinen einer als erste Sachverständige eingeladenen erotisch-hysterischen Bürgermeistertochter. Sie soll vermutlich das ungebändigt, unvernünftige Eva-Element und dessen konturrenzlose Macht veranschaulichen. Aber der Gedanke kommt nicht heraus. Sie führt mit dem Dandy-Liebhaber, der treulos zu ihr übergeht, allerhand burleske Szenen auf und macht dem Bischof, ihrem heimlich angekwärmten „Beal“ im Trancezustande Liebeserklärungen. Eine Mischung von Rosenkätzchen und stehengebliebener Symbolik.

In der trefflichen Aufführung traten vor allem Reichers wohlwollend überlegener Bischof, Konrads unglaublich dreister Dandy, Forests launter Katscher und Jba Wäst in der Figur der unternehmungslustigen Scheidungsname hervor. Elise Lehmanns ganz auf Wahrheit eingestelltes Talent war für die Bürgermeistertochter zu schade. Wenn überhaupt, so hätte in der Rolle nur eine völlig stuppellose, quecksilberne Exzentrikonik wirken können.

Notizen.

Vorträge. Ueber den Halleischen Kometen wird Dr. A. Schwahn am Mittwoch, den 13. und Sonnabend, den 16. April im Wissenschaftlichen Theater der Urania in der Lindenstraße einen Vortrag halten.

taufende Arbeiter durch eine solche Verordnung in ihrer Existenz schwer geschädigt werden. Es handelt sich um die Arbeiter, die hier in Berlin arbeiten und Sommer über in ihre Heimat zurückkehren. Die Verordnung trifft um so härter, da sie einen seit langen Jahren bestehenden Zustand aufhebt. Manchen Arbeiter müssen in Zukunft

90 M. jährlich mehr ausgeben,

wenn sie Sommerabends in ihre Heimat zurückfahren wollen. Die Direktion Steinin hat bei einem Amtsvorsteher angefragt, ob die betreffenden Arbeiter wirtschaftlich in der Lage wären, eine höhere Ausgabe zu tragen. Der betreffende Herr ist leichtsinnig genug gewesen, das zu bejahen. Bei der Teuerung der Lebensmittelverhältnisse wird die Verordnung besonders hart empfunden. Die Wirkung der Verordnung ist nun nicht gewesen, daß die Arbeiter nicht mehr nach Berlin zur Arbeit fahren, und sich etwa dem Arbeitsverhältnis der Autobesitzer unterworfen hätten, sondern sie fahren statt alle acht Tage, nur noch alle 14 Tage in ihre Heimat. Dadurch wird das Familienleben noch mehr gestört, als es sowieso schon durch die Verhältnisse, hier fern von der Familie zu arbeiten, der Fall ist. In einer solchen Maßnahme sollte die Eisenbahnverwaltung, die Millionen aus Arbeiter heranzieht, sich nicht hergeben. Wenn die Regierung der Junkerklasse in Preußen immer willig ihr Ohr leiht, wenn es sich darum handelt, die Arbeiterklasse zu schädigen, dann darf sie sich nicht wundern, wenn die Arbeiterklasse jedes Vertrauen zur Regierung verliert. Es werden solche Maßnahmen getroffen ohne Rücksicht auf die Arbeiterinteressen, lediglich im Interesse der besitzenden Klasse, namentlich der Großgrundbesitzer. Gerade unsere Verpflüchtung ist es, zu zeigen, wie ungerecht die besitzenden Klassen durch die Staatseisenbahnverwaltung behandelt werden. Wenn ich das zum Ausdruck gebracht habe, so habe ich die Hoffnung, daß auch Jenes eines Tages das Gewissen schlagen wird und Sie sich sagen werden: so gehen die Dinge in Preußen doch nicht weiter. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach bestreitet gegenüber dem Vordredner, daß die Minderausgaben auf eine unangemessene Ausdehnung der Angelegenheit zurückzuführen sei.

Damit schließt die Generaldebatte.

Die Resolutionen der Budgetkommission werden angenommen.

Es folgt die allgemeine Besprechung über die wirtschaftliche Seite des Etats.

Abg. v. Hennigs-Teichlin (L.): Die Aeußerung des Herrn Borgmann, die preussische Eisenbahnpolitik laufe auf eine Erdrückung der übrigen Bundesstaaten hinaus, bedarf keiner ernsthaften Widerlegung. (Bravo! rechts.) In diesem Hause sollten wir im übrigen preussische Interessen vertreten und nicht durch Mobilisierung der süddeutschen Bundesstaaten Preußen zu schädigen suchen. Ein einheitliches Eisenbahnsystem, das Wismar vorzuziehen, ist gerade am Widerstand der anderen Staaten gescheitert.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Herr Borgmann möchte ich noch erwidern, daß wir an der jetzigen Klasseneinteilung festhalten. Wären wir die L. Klasse abzuschießen, so würden sehr viele Beschwerden kommen. Dasselbe, daß auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten am 6. März in Treptowzüge durchgeführt seien, ohne zu halten, ist weder mir noch einem der anwesenden Herren der Eisenbahnverwaltung etwas bekannt. Obenwiegend ist mir etwas bekannt von der Abhängigkeit des Wagens III. Klasse in Hamm, die Herr Borgmann demängelt. Jedenfalls werden dienstliche Gründe dafür maßgebend gewesen sein. Wären andere Gründe ausschlaggebend gewesen, so würde ich das nicht billigen müssen.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Wiederholte Beratung über die Wahlrechtsvorlage. Fortsetzung des Eisenbahnetats.)

Schluß 4 1/4 Uhr.

## Soll man vor attackierender Polizei ausreißen?

Wo Polizei anstürmt, darf kein Zivilist standhalten versuchen. Wer es wagt, kann froh sein, wenn er nicht mit Faust- oder Säbelhieben niedergeschlagen oder von Pferdchusen zu Boden getreten, sondern nur wegen Widerstandes oder ähnlicher Delikte auf die Anklagebank geschleppt wird. Gestern aber wurde vom Landgericht Berlin II (Strafkammer 2) ein Angeklagter bestraft, daß er mitunter doch sein Gutes hat, vor anstürmender Polizei nicht auszureißen — sei es auch auf die Gefahr hin, niedergeschlagen oder niedergeworfen zu werden.

Angeklagt war ein Arbeiter Jahn aus Rixdorf, der am 6. März, dem Tage des Wahlrechtsparieranges, in Treptow durch tätlichen Angriff gegen einen Schuhmann mittelst Steinwurfes sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der vorsätzlichen gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht haben sollte. Nach all dem mehr oder minder harmlosen Dingen, gegen die aus Anlaß des Wahlrechtsparieranges die Gerichte mobil gemacht worden sind, hätte man es hier mal mit einem schmerzlichen Vergehen zu tun. Der Angeklagte bestritt aber, einen Stein geworfen zu haben. Ein Schuhmann habe an der Ecke der Nießholz- und Treptower Straße, auf dem Bürgersteig reitend, das Publikum zurückgetrieben. Da sei mit anderen auch er wegelaufen, weil er fürchtete, niedergeworfen zu werden. Als er dann plötzlich verhaftet wurde, hätten zwei ihm völlig unbekannte Personen, die den Vorgang mitangesehen hätten, sich als Zeugen für ihn angeboten.

Den Angeklagten belastete der berittene Schuhmann Rückert. Dieser bekundete, dreimal sei er mit Steinen getroffen worden, und zwar das dritte mal von Jahn, das habe er genau gesehen. Der Stein habe ihn am Unterschenkel — er zeigt dabei auf seinen Anzogenstiefel — getroffen, ohne ihn zu verwunden. Jahn sei, als er verfolgt wurde, davongelaufen, und erst in einer Entfernung von 200 Meter habe er festgenommen werden können. Zur Entlastung Jahn's berief sich der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann auf jene beiden Personen, die zufällig bei dem Steinwurf zugegen gewesen wären. Eine Frau Stengel sagte aus, sie habe vor einem unbauten Grundstück nahe dem Jaun gestanden, da sei ein Reiter in das Publikum hineingeritten, so daß mit der Menge auch sie samt einem Kinde sich flüchten mußte. Danach sei von dem Grundstück aus über den Jaun ein Stein geflogen, der habe aber, meinte sie gesehen zu haben, den Schuhmann nicht getroffen. Als dann Jahn eingeholt worden war und bei ihr vorbeigeführt wurde, habe sie zu einem der Umstehenden gesagt, es sei doch ein Unrecht, diesen Mann zu verhaften, er habe doch gar nicht geworfen. Darauf seien ein Wachtmeister und ein Schuhmann auf sie zu gekommen, die hätten sie vor die Brust gestoßen und sie angeführt, sie solle „die Presse halten“ und „sich nach Hause scheren“. Jahn Kaufmann Zibinski schilderte in gleicher Weise die Attacke des Schuhmanns gegen das Publikum. Als der Stein geflogen kam, der bestimmt nicht von Jahn geworfen worden sei und auch gar nicht getroffen habe, sei der Schuhmann von neuem in das Publikum hineingeritten. Während alles auseinanderlief, sei er Jahn nachgejagt, der auf eine weite Strecke hin vor ihm flieh und schließlich eingeholt wurde. „Warum floh er denn?“ fragte der Vorsitzende. Der Zeuge antwortete: „Nun, wahrscheinlich hatte er Angst vor dem Pferd.“ Vorsitzender: „Warum hatten nicht auch die anderen Angst?“ Zeuge: „Das Pferd ging ja gerade auf ihn los.“ Als der Staatsanwalt forschte, ob der Zeuge Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins sei, welche der Verteidiger ab, diese Frage habe doch wirklich nichts mit der Sache zu tun.

Nach dieser Beneidungnahme fand der Staatsanwalt, Jahn sei überführt. Von Frau Stengel und Herrn Zibinski sei gar nicht der Steinwurf gesehen, um den es sich handle, sie hätten ja auch selber gesagt, daß der Stein nicht getroffen habe. Die Gefahr, in der der Schuhmann gegenüber der Menge sich befunden habe, sei noch gesteigert worden durch den Steinwurf. Darum sei Jahn unter Verjagung mildernder Umstände zu 4 Monaten Ge-

fängnis zu verurteilen. Der Verteidiger legte dar, es sei durchaus glaubhaft, daß die Zeugen doch den Steinwurf beobachtet hätten, der in Frage komme. Da er nicht getroffen habe, sei nur ihre Annahme, die man nicht zumungunsten des Angeklagten ohne weiteres als wahr hinstellen dürfe. Rückert's Bekundung, daß Jahn der Werfer gewesen sei, müsse mit Vorsicht aufgenommen werden, weil der Schuhmann in der Erregung nicht sicher beobachtet haben werde. Wenn Jahn sich vor dem ihm nachstehenden Reiteren zu retten suchte, so spreche doch das nicht für ein „Schuld-bewußtsein“. Aber selbst wenn das Gericht ihn als schuldig ansehen wolle, so könne es in Anbetracht der Begleitumstände unmöglich auf die harte Strafe von 4 Monaten erkennen. Der Staatsanwalt habe mit seiner Frage nach der Parteigehörigkeit des Zeugen J. sich auf das Gebiet der Politik begeben, obwohl im Gerichtssaal ohne Ansehen der Partei gerurteilt werden müsse. Werde aber auf diese Dinge Gewicht gelegt, so sei gerade hier zu bedenken, daß der Widerstand, den man dem Wahrspruchstempel bereitet habe, und im besonderen das Verbot einer Versammlung im Treptower Park zu einer allgemeinen Erregung geführt habe, die durch die Polizeitritte vom 6. März nur noch gesteigert worden sei. Die Behauptung einer besonderen „Gefährlichkeit der Situation“ für die Polizei sei ja inzwischen bereits widerlegt worden, widerlegt durch den Verlauf der Wahlrechtsparierung vom 10. April, von der dieselbe Polizei sich ferngehalten habe, die in die Rundgebung vom 6. März so rücksichtslos eingriff und dadurch die Bevölkerung erregte.

Das Urteil sprach den Angeklagten schuldig und verhängte über ihn eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. Da er schuldig sei, habe er selber durch seine Flucht bewiesen. Warum sei denn gerade er wegelaufen, und woher habe er denn gewußt, daß gerade ihn das Pferd suchte. In Uebereinstimmung mit dem Antrag des Verteidigers wurden dem Angeklagten mildernde Umstände bewilligt, wiewohl andererseits als erschwerend berücksichtigt wurde, daß er — so behauptete die Urteilsbehörde — aus politischen Gründen gehandelt und durch sein Verhalten Erregung in die Volksmenge hineingetragen habe.

Daß die Klassenjustiz in vollster Blüte ist, werden die Richter, die solchen Urteil gefällt haben, nicht glauben. — Wohl aber Unparteiliche, die von solchem Urteil Kenntnis nehmen.

## Ein frommer Spekulant.

Einem interessanten Beitrag zu dem Kapitel vom Reichwerden und von dem heiligen Eigentum liefert die „Wiener N. Z. V.“ in einem interessanten Artikel über die Riesenspekulationen des Herrn Santa Maria.

Herr Santa Maria ist ein großer Industrieller in Chile. Er kommt häufig nach Paris, wie so viele seiner südamerikanischen Landknechte, aber dennoch nicht wie diese... denn Herr Santa Maria ist kein sogenannter Makquouere, kein „Raja“, wie man auf den Boulevards. Er wirft nicht mit dem Gelde um sich, kauft keine Pöbeln nach dem Meter, er geht niemals ins Theater, noch besucht er die feinen Restaurants. Der millionenreiche Chilese lebt wie ein ganz armer Mensch. In der Avenue de l'Opera bewohnt er ein kleines, möbliertes Zimmer im fünften Stockwerke, er hat keine Bedienung und richtet sich das Zimmer selber her, seine Einkäufe für Mittag und Abend besorgt er allein, und er bereitet sich seine sehr bescheidenen Mahlzeiten mit eigener Hand, um selbst die Unterstüßung seiner Hausbesorgerin möglichst selten in Anspruch zu nehmen. Wenn ein Besucher kommt, ein Agent, der seine Dienste anbietet, oder eine Person, welche ihn kennen lernen will, dann öffnet er selbst die Wohnungstüre und gibt selbst die Auskunft: Herr Santa Maria ist nicht zu Hause.

Dieser Santa Maria ist einer der reichsten Menschen der Welt und einer der größten Spekulanten an den Börsen von New York und Paris. Ueberdies besitzt er große und sehr ergiebige Salpetersfelder in Chile. Vor etwa vier Jahren hat sich die kommerzielle Welt bereits mit Herrn Santa Maria beschäftigt. Man hörte plötzlich, daß Santa Maria enorme Quantitäten Jucker auf den großen Märkten von Paris, Hamburg, Rostock, verkauft, und daß er dabei etwa fünfzig Millionen Franko gewonnen habe. Santa Maria hatte verkauft, er war in die Kontermine gegangen, während alle Welt, die großen Spekulanten und die kleinsten Kalletrötten Juckerengen angekauft hatten. Santa Maria hatte erbt behalten. In unterrichteten geschäftlichen Kreisen wurde damals erzählt, auf welche Weise Herr Santa Maria dazu gekommen ist, Millionen Söde Jucker auf den internationalen Märkten zu verkaufen, natürlich Jucker, welchen er gar nicht besitzen. Herr Santa Maria war im Herbst 1900 aus Europa nach Chile zurückgekehrt. Er hatte sich in Paris aufgehalten und sich wenig um den Jucker gekümmert. In Chile mochte er die Wahrnehmung, daß bei seinem Salpetershaufe und bei anderen Häusern, welche Düngemittel nach Europa ausführen, enorme Bestellungen an Salpeter für die französischen Düngemittelproduzenten gemacht wurden. Daraus schloß Santa Maria auf eine erhöhte Juckerernte, deren Ergebnis bei den bereits hochgeprägten Juckerpreisen ein Herabsinken des Juckerpreises herbeiführen müsse. Santa Maria fuhr nach Europa zurück und verkaufte Millionen Sack Jucker. In Frankreich hatte Jaluzot, der damalige Besitzer des großen Wagners, „Printemps“ enorme Mengen Jucker angekauft mit dem Gelde der Sportasse, welche in Verbindung mit dem „Printemps“ stand, und mit den Millionen der geistlichen Kongregationen, deren Vermögen er verwalte. Früher ihm hatte Herr Cronier, welcher als Vormund der Kinder von Henri Sah hundert Millionen verwaltete, riesige Juckerpekulationen unternommen. Er und Jaluzot hatten den ganzen vorhandenen Jucker angekauft. Die Juckerproduktion ergab ein sehr großes Ereignis, es war mehr Jucker auf dem Markt, als verbraucht werden konnte, der Juckerpreis fiel von 48 Franko auf 28 oder 20 Franko, und Herr Santa Maria, welcher auf allen Märkten den Jucker verkauft hatte, welchen Cronier und Jaluzot kauften, stellte so die Kontermine dieser beiden großen Juckerpekulanten dar. Jaluzot kam ins Gefängnis, Cronier schied freiwillig aus dem Leben und ließ die Witwe Sah und ihre Söhne in der beschränkten Lage zurück. Herr Santa Maria aber, der Sieger auf dem Schlachtfelde der Juckerpekulation, liquidierte seine Position mit einem Gewinne von etwa fünfzig Millionen. Das Geld der geistlichen Kongregationen war durch Jaluzot, die Millionen der Erben von Henri Sah waren durch Cronier in seine Tasche geflossen. Das war im Jahre 1900.

In den folgenden Jahren hatte Santa Maria nichts mehr mit Juckerpekulationen zu tun. Er wandte dem amerikanischen Geldmarkt sein Augenmerk zu. Amerika war im Jahre 1908 von einer schweren Geldkrise heimgesucht. Die Kurse der besten Papiere waren im November 1908 auf dem Tiefpunkte angelangt. Santa Maria sagte sich, daß die zukunftsreichen Union Steelaktien, welche auf einen Kurs von 22 bis 20 Dollars (110 oder 100 Franko) herabgesunken waren, nicht immer diesen Tiefstand behalten können. Er kaufte diese Aktien in einem nach Hunderttausenden zu berechnenden Ausmaße, und kaum zwei Jahre später verkaufte er diese Steelaktien um mehr als 90 Dollars, das ist per Stück um 180 Franko höher, als er eingekauft hatte. Man kann diese Operation keine gewöhnliche Differenzpekulation nennen, da Santa Maria die gekauften Aktien bezogen hatte und in den zwei Jahren sehr schöne Dividenden einstrich, welche seinen Gewinn noch vermehrten.

Nachdem diese Operation geglückt, wandte sich Herr Santa Maria einem anderen Gebiet zu: er sah die Preissteigerung der Baumwolle voraus und kaufte Baumwolle, Hunderttausende von Ballen... die Baumwolle stieg enorm, und Herr Santa Maria hatte wieder recht behalten. Sein Vermögen stieg ins Ungemeine. Er setzte sein sparsames Leben fort, er blieb in seinem kleinen Zimmer in der Avenue de l'Opera, er verkehrte mit niemandem. Sein einziges Vergnügen blieb der Hirdebischof.

Im vorigen Jahre, zur Zeit der Juckerpekulation, wandte sich Herr Santa Maria wieder dem Juckermarkt zu. Der Juckerpreis war seit der Jaluzot- und Cronier-Krise auf dem Niveau von 28 und 30 Franko geblieben. Dieser Preis schien Herrn Santa Maria günstig zu sein für eine Hauspekulation. Er machte diese

im größten Stil: Santa Maria kaufte allen Jucker auf, der zu haben war. Man schätzte seine Juckerengagements auf mehrere Millionen Sack. Der Jucker fiel im Preise, der Holzjucker, welcher in Termen spekulativ gehandelt wird, auf 43 Franko und Raffinade auf 73 Franko 50 Centimes. Die Vorgänge auf dem Juckermarkt haben den Juckerpreis im Detailhandel erhöht, und der Konsument muß jetzt ein Kilo statt mit 60 Centimes mit 80 Centimes bezahlen.

Mit dieser Manipulation hat der fromme Mann seinem Vermögen wiederum diverse Millionen zugeführt. Nach kapitalistischen Begriffen bedeutet diese Art Reichthumserschaffung kein Diebstahl; als des Staates oberste Aufgabe gilt es, das „erparate“ Kapital zu schützen, diese Ordnung zu erhalten. Göttlich-kapitalistische Weltordnung!

## Aus der Partei.

Zur Kaiserfeier

Stellte in Würzburg der dortige Stadtmagistrat die städtische Ludwigs-Halle zur Verfügung. Der Bürgermeister meinte, man könne zwar über Zweck und Bedeutung der Kaiserfeier verschiedener Meinung sein, aber die Sozialverweigerung sei das ungeeignetste Mittel, um dagegen anzukämpfen. Für die Ueberlassung der Halle ist eine Gebühr von 20 M. zu bezahlen, weil es sich nicht um ein „öffentliches Interesse“ oder ein gemeinnütziges Unternehmen handle. Gleichzeitig wurde auch die Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges am 1. Mai genehmigt.

In Chemnitz hat der Rat wie im Vorjahre für die Kaiserfeier wieder einen städtischen Platz für die Vormittagsversammlung zur Verfügung gestellt. Die Teilnehmer sammeln sich in allen Teilen der Stadt und marschieren nach dem Versammlungsort, der am Reissigwalde liegt. Dort werden von einer Anzahl Redner Ansprachen gehalten.

Parteiliteratur.

Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen:

Führer durch die Strafprozeßordnung, Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei. Von Dr. Hugo Heinemann. Zweite erweiterte und gänzlich umgearbeitete Auflage.

Die Broschüre gibt eine Uebersicht der wichtigsten Rechte, welche dem zurechnenden in ein Strafverfahren vor den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und der Polizei verwickelt ist. Da gerade organisierte Arbeiter — infolge der „Ausmerksamkeit“ der Behörden — leicht Gefahr laufen, bei Flugblattverbreitungen, Abhalten von Versammlungen usw. mit Polizei und Gerichten in Konflikt zu geraten, so wird das Büchlein ein Bedürfnis erfüllen.

Weiter erschien im selben Verlag:

Biblische Geschichten, Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion von Max Raurenbrecher. Heft 7: „Die Entdeckung des Indiums“.

Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und kostet 1 M., Volksausgabe 40 Pf.

## Soziales.

Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Der Verband deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hält am 16., 18. und 17. September seine diesjährige Verbandsversammlung, und zwar in Köln ab. Auf der vorläufigen Tagesordnung steht:

1. a) Rechnungslegung des Vorstehenden; b) Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Verbandes; c) Mitteilungen über die nächste Verbandsversammlung; d) Wahlen.
2. Die Gesandtschaft über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage. (Referent: Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner-Würzburg.)
3. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage. (Referent: Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin, Archivar des Verbandes.)
4. Die gesetzliche Regelung der Arbeitsarbeit. (Referenten: Magistratsrat Wülfing-Berlin; Baugewerksmeister Hermann-Köln (Ag. B. des O. G. Köln) und ein noch zu bestimmender Arbeitervertreter.)
5. Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. (Referenten: Rechtsanwalt Dr. Singheimer-Frankfurt a. M.; ein noch zu bestimmender Ag.-Vertreter, E. Böllin, Mitglied des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker.)
6. Die Ausgestaltung der Rechtsmittelfinanz. (Referent: Richter Dr. Steengraf-Bremen.)
7. Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten. (Referenten: Stadtrat Dr. Fleisch-Frankfurt a. M. und noch zu bestimmende Vertreter aus Interessentenkreisen.)
8. Die Rechtsverhältnisse der Werkstoffklassen. (Rechtsanwalt Dr. Sauer, stellvertretender Vorsitzender des O. G. Köln; Fritz Mantel, Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Handlungsgewerbetreibender; Reichstagsabgeordneter Severing; Arbeitervertreter Hirschler-Essen a. d. Ruhr und ein noch zu bestimmender Ag.-Vertreter.)
9. Das Recht der Lantienem und Gratifikationen. (Referenten: Mag.-Rat Dr. Landberger, Vorsitzender des O. G. und AG. Charlottenburg; Rechtsanwalt und Notar Dauman, Vorsitzender des O. G. Oberhausen.)
10. Die Statuten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Referent Herr Stadtrat Dr. Glöckmann-Rixdorf.)

Das englische Arbeitsnachweisgesetz,

das bekanntlich am 1. Februar d. J. in Wirksamkeit getreten ist, hat durch die Ausführungsbestimmungen des Handelsministers Ergänzungen gefunden, die bei der Wichtigkeit der Frage auch bei und bekannt zu werden verdienen. Bezüglich der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen übernimmt die Nachweisstelle seine Verantwortung, nur daß den Stellensuchenden oder den Unternehmern die gewünschte Auskunft über die geforderte bzw. die angebotene Lohnhöhe gegeben wird. Aber die Beamten sind durch einige Bestimmungen doch indirekt verpflichtet, das Streben nach Hochhaltung der Löhne zu unterstützen. So erhalten die Stellensuchenden, wenn sie Arbeit nach auswärts gefunden, unter gewissen Voraussetzungen Zuschüsse für die Eisenbahnfahrt. Ein Vorbehalt darf aber nicht bewilligt werden, wenn der leitende Beamte annehmen kann, daß es sich um eine Stelle handle, die der Arbeitssuchende wegen Bestehens einer Arbeitsverpflichtung oder wegen zu geringen Lohnes ablehnen kann. So werden Arbeitswillige und Lohnrücker gleichermäßen etwas abgezogen, durch Annahme jedweder Arbeit allzu leichtfertig ihren Arbeitsbrüder in den Rücken zu fallen.

Die Ausfuhr von Streikbrechern nach dem Ausland soll durch folgende Vorschriften verhütet werden: Vor der Vermittlung von Arbeitern nach Orten außerhalb der Vereinigten Königreiche und Irland muß sich der leitende Beamte mit dem Zentral-Arbeitsnachweis in London beraten. Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sind berechtigt, eine Darstellung über den Stand eines Streiks oder einer Ausperrung dem Arbeitsnachweis einzureichen. Der Beamte ist alsdann verpflichtet, Arbeitsuchende, die sich um eine durch Streik oder Ausperrung freigewordene Arbeitsstelle bewerben, von der Tatsache des Konflikts in Kenntnis zu setzen.

In Gebieten, wo es geeignet erscheint, können bei den Arbeitsnachweisstellen beratende Gewerbeausschüsse gebildet werden. Diese sind paritätisch zusammenzusetzen und von einem unparteilichen Vorsitzenden geleitet. Die Ausschüsse haben auch über die Unterbringung von Vereinen (Gewerkschaften usw.) in den Gebäuden der Arbeitsämter zu entscheiden. Mit der Zeit sollen bekanntlich diese Arbeitsämter als für die Arbeiter geschaffenen bezw.

zu schaffenden Institutionen, Wohlfahrtsvereinigungen in ihren Räumen bereiten.

Bei Inkrafttreten des Gesetzes sind sofort über 80 öffentliche staatliche Arbeitsnachweise in Tätigkeit getreten, die in Haupt- und Nebenstellen eingeteilt sind.

So viel auch an diesen Einrichtungen noch zu bessern ist, so haben wir es doch hier mit einer gelehrigen Arbeit zu tun, die sich sehr vorteilhaft von der weichen Salbe unterscheidet, die die preussisch-deutsche Regierung als „Stellenvermittlungsgesetz“ dem Reichstage vorgelegt hat.

## Aus Industrie und Handel.

### Fleischverteilung.

Gegenüber dem Vorjahre sind die Preise aller Fleischarten, mit Ausnahme von Rindfleisch, wiederum in die Höhe geschritten. Es kostete zum Beispiel nach dem Durchschnitt von 50 deutschen Städten im März 1 Kilogramm Pfennige:

	1908	1910
Kalb- und Hammelfleisch	171	176
Rindfleisch	154	154
Schweinefleisch	163	168
Schweinefleisch	155	164
Hochfleisch	71	74
ger. Schweinefleisch	180	188

Bei Schweinefleisch macht die Steigerung fast 6 Proz. aus. Im einzelnen stellen sich in der Berichtzeit die Einheitspreise am höchsten für Rindfleisch in Potsdam mit 171—176, in Magdeburg mit 175, in Altona mit 178 Pf.; für Kalbfleisch in Altona mit 219—222, in Potsdam mit 199—212, in Stade mit 204 Pf.; für Hammelfleisch in Potsdam mit 188—192, in Altona mit 190—192 in Koblenz mit 192 Pf.; für Schweinefleisch in Frankfurt a. M. mit 200—204, in Hanau mit 190 Pf.

Die niedrigsten Einheitspreise findet man bei allen vier Fleischsorten in Bielefeld, wo sie sich für Rindfleisch auf 118—125, für Kalbfleisch auf 122, für Hammelfleisch auf 124—126 und für Schweinefleisch auf 138—139 Pf. stellen.

Hinsichtlich des Hochfleischs zeigt Altona wie bisher mit 180 Pf. den höchsten, Königsberg hingegen mit 80 Pf. den niedrigsten Preis.

### Stahlwerkverband und Kohlenyndikat.

Die Frage der Erneuerung der beiden großen Verbände ist schon wieder lebendig geworden, obwohl der Stahlwerkverband noch bis 1912 und das Kohlenyndikat bis 1915 gefichert ist. In letzterem ist es hauptsächlich der Kampf der „reinen“ Besen mit den „gemischten Werken“, der den Fortbestand des Syndikats gefährdet. Beim Stahlwerkverband ist es das Streben nach Verstrickung bei einzelnen Lieferungsunternehmen, denen der Verband hinderlich wird. An der Spitze der über das Syndikat hinausgehenden Gesellschaften steht die Selskirkener Bergwerksgesellschaft. 1909 erhöhte sie ihr Aktienkapital um 20 Millionen auf 150 Millionen Mark. Durch die Angliederung des Schalker Gruben- und Hüttenvereins und des Bochener Hüttenvereins Rote Erde entstand Groß-Selskirk. Jetzt werden die Anlagen von Selskirk weiter vergrößert; ein Stahl- und Eisenwerk entsteht in Ruzenburg. Die Erzeugungsmenge wird auf 400—500 000 Tonnen Roheisen pro Jahr geschätzt. Die Gesamtproduktion des Stahlwerkverbandes beträgt rund 12,2 Millionen Tonnen; Selskirk erhöht durch den Neubau seine Produktionskapazität beim Verband um rund 100 Proz. Im Kohlenyndikat lautet seine Beteiligungsquote heute auf 8,7 Millionen Tonnen Kohle und 1,7 Millionen Tonnen Koks. Und die Großen wachsen immer weiter; hinter ihnen stehen die Kleinen. So werden die großen Produktionsverbände getrümmert, aus ihnen wachsen Gesellschaften heraus.

### Der Kohlenmarkt

steht immer noch im Zeichen der Schwäche. Ueber die Absatzverhältnisse im März berichtet das „Eisener Weltlauf“: Es zeigt sich immer deutlicher, daß der erhoffte Aufschwung der ganzen gewerblichen Tätigkeit nicht in dem erwarteten Umfang eingetreten ist; dazu läßt auch die milde Witterung während des

ganzen Winters nicht nur auf den Verbrauch von Hausbrandföcken, sondern auch von Industriekohle einen ungünstigen Einfluß aus. Da im Berichtsmonat der Absatz in keiner Weise der Lieferfähigkeit der Besen entsprach, mußte die Zahl der Feierschichten noch eine Zunahme gegen den Vormonat erfahren.

Wie die amtlichen statistischen Nachweise ergeben, sind die Kohlenbezüge der deutschen Großstädte im laufenden Jahre vorgenommen. In den beiden ersten Monaten blieb die Kohlenversorgung der deutschen Großstädte wieder merklich hinter der vorjährigen zurück. Dieser Ausfall ist um so empfindlicher, als bereits im Jahre 1909 die beiden ersten Monate eine Einschränkung gebracht hatten. Die Kohlenzufuhr zu zwanzig deutschen Städten über deren Versorgung regelmäßig berichtet wird, belief sich nämlich in den Monaten Januar und Februar der nachstehenden Jahre auf 1000 Tonnen:

1907	1908	1909	1910
2809	2970	2785	2616

Diese Entwicklung der Kohlenbezüge der deutschen Großstädte muß auf den Kohlenmarkt ungünstig einwirken, da bereits der Bedarf der Verhältnisseigen zwanzig Städte circa 10 Proz. der deutschen Kohlenförderung ausmacht.

Eisenbahnstränge. Das Eisenbahngesetzamt in Berlin hat wegen Uebernahme der Herstellung von weiteren 1006 Personenwagen, 209 Gepäckwagen und 8028 Güterwagen verschiedener Gattung für die preussisch-hessischen Staatsbahnen sowie von 25 Personenwagen, 21 Gepäckwagen und 739 Güterwagen für die Reichsbahnen mit den in Betracht kommenden Wagenbauanstalten Verhandlungen aufgenommen. Die Lieferung muß bis 31. März 1911 beendet sein.

Rückgang des Braunkohlenverbrauches. Von den in den mittleren Braunkohlenbezirken an die Strecken der Egl. Eisenbahndirektionen in Eger, Halle und Magdeburg anschließenden Braunkohlengruben wurden vom 16. bis 31. März 1910 auf den Arbeitstag 480 Wagen weniger und im ganzen 16 187 Wagen oder 22,92 Proz. weniger zum Versand gebracht als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

## Gerichts-Zeitung.

### Das böswillige Alarmieren der Feuerwehr

mußte gestern der Kellner Venna Doh mit einer empfindlichen Strafe büßen. Wegen vorsätzlicher Beschädigung einer dem öffentlichen Nutzen dienenden Einrichtung und wegen groben Unfugs mußte sich D. vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I verantworten.

Am Abend des 2. August v. J. hatte der Angeklagte in Gemeinschaft mit einem gewissen Goelcke eine Biererei unternommen. Als sich dann beide in der Nacht in stark angetrunkenem Zustande auf dem Heimwege befanden, kam Doh auf die Idee, sich einen kleinen „Spaß“ zu leisten. Dieser Spaß bestand darin, daß er den an der Ecke der Bildnader- und Drehschlage befindlichen Feuermelder in Tätigkeit setzte, nachdem er die daran befindliche Scheibe zertrümmert hatte. Der Angeklagte hatte jedoch hierbei nicht damit gerechnet, daß die nahegelegene Feuerwehr in der Turnstraße mit Automobilsfahrzeugen ausgerüstet ist, die in wenigen Minuten an Ort und Stelle war. Doh und sein Begleiter hatten sich, um die Wirkung des „Witzes“ zu beobachten, in der Nähe aufgestellt, wo sie dann von den Feuerwehrleuten festgenommen wurden. Doh behauptete in der Trunkenheit gegen den Feuermelder gefallen zu sein und dabei die Scheibe zertrümmert zu haben. — Vor Gericht hat Rechtsanwalt A. S. H. e. i. m. von der Verhängung einer Gefängnisstrafe Abstand zu nehmen, da der Angeklagte sich infolge seines damaligen Zustandes gar nicht der Schwere seines Vergehens richtig klar gemacht sei. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 800 M., so daß es sich für den Angeklagten immerhin noch um einen recht teuren Spaß handelt.

### Stiftung eines Bergnützlichkeitsvereins.

Dieser Tage hat das Reichsgericht anlässlich des Leipziger „Palmengarten“-Prozesses interessante, der Wiedergabe werthe Ausführungen über die Haftung eines Etablissementsinhabers für Schäden gemacht, die Besucher treffen.

Am 15. Oktober 1901 sind während eines Konzerts im „Palmengarten“ zu Leipzig mehrere Besucher durch einen Dedeneinsturz geschädigt und eine junge Dame getötet worden. Das Oberlandesgericht Dresden hatte die Klage sowohl gegen den „Palmengarten“, als auch gegen die Architekten abgewiesen. Nunmehr hat das Reichsgericht das oberlandesgerichtliche Urteil soweit

aufgehoben, als die Klage auch gegen die Architekten als Erbauer abgewiesen worden ist. Die Abweisung der gegen den „Palmengarten“ erhobenen Ansprüche ist vom Reichsgericht bestätigt worden. Es nimmt an, aus den Vorschriften über Miets- und Verpachtungsmenscheninhaber nicht verantwortlich.

Aus den Entscheidungsgründen interessieren die Besucher großer Etablissements wie auch die Besucher solcher Anlagen folgende Rechtsgrundsätze: „Aber auch darin ist dem Verurteilten beizustimmen, daß eine Haftung des „Palmengarten“ aus § 538 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der allerdings Verschulden des Vermieters bezüglich eines bei dem Abschluß des Vertrages bereits vorhandenen Mangels nicht erfordert, im Streitfall nicht gegeben ist. Von vornherein ist nicht ungewiss, ob § 538, indem er den Vermieter zum „Schadensersatz wegen Nichterfüllung“ verpflichtet, auch einen soweit gehenden wie den im Streitfall erhobenen Schadensersatzanspruch rechtfertigen würde. Davon abgesehen widerstrebt es schon der natürlichen Rechtsauffassung, das Verhältnis des Besuchers einer öffentlichen Vergnügungsanlage zu dem Inhaber des Unternehmens unter den Gesichtspunkt des Mietvertrages zu bringen, gleichviel, ob der Besuch einmalig und vorübergehend, oder auf Grund sogenannter Dauerkarten wiederholt und mit einer gewissen Regelmäßigkeit stattfindet. Mag es auch nicht weniger gezwungen erscheinen, wenn der Verurteilte das betreffende Rechtsverhältnis als Kaufvertrag auffassen will, so ist ihm doch darin beizustimmen, daß bei einem Vertrage der vorliegenden Art, der das Befahren des Mietvertrages ausmachende „Gebrauch der vermieteten Sache“ (§ 535) wenn nicht gänzlich ausschließt, so doch nach Zweck und Inhalt des Vertrages vermehrt in den Hintergrund tritt, daß gewisse dem Mietvertrag eigenständige Vorschriften des Gesetzes hierauf nicht ohne weiteres übertragen werden können. Mag es der Besucher eines derartig ausgedehnten und Annehmlichkeiten mannigfaltiger Art bietenden Unternehmens mehr auf Genüsse sinnlicher oder auf solche geistiger Art abgesehen haben, so besteht doch das eigentliche Wesen der Vertragsleistung in der Darbietung eben dieser Genüßmöglichkeiten. Der Besucher kann davon nicht Gebrauch machen, ohne sich auf irgendeinem Punkte des Palmengartengrundstücks (der Sache), im Freien, innerhalb eines Gebäudes, auf einem bestimmten Platze aufzuhalten. Allein dieser Aufenthalt dient nur als Mittel zum Zweck und unterscheidet sich gerade dadurch vom Grundstücksmietvertrag, der sich in dem Rechte des Gebrauchs und der Benutzung der Sache selbst, so wie sie ist, erschöpft. Damit entfällt die Anwendbarkeit des § 538, der gemäß § 537 lediglich auf Fehler der Mietsache abzielt, die ihre Tauglichkeit zum vertragsmäßigen Gebrauch durch den Mieter aufheben oder mindern.“

Durch die Entscheidung des Reichsgerichts ist selbstverständlich die Frage nicht verneint, sondern der Prüfung des Einzelfalles vorbehalten, ob der Etablissementsinhaber den mit den Besuchern abgeschlossenen Vertrag nicht fahrlässig — z. B. durch Unterlassung von Schutzmaßnahmen — verletzt habe und deshalb schadensersatzpflichtig sei.

### Das Verunstaltungsgesetz.

Oberhalb von Neuenahr liegt eine weithin sichtbare Waldwiese, in deren Hintergrunde das Waldbaus steht. Davor wollte ein Binger Witich eine Wäldchen errichten. Die Bauerlaubnis wurde ihm verweigert, weil die Umgestaltung erheblich verunstaltet werden würde. Der Bezirksausschuß wies die dagegen gerichtete Klage ab mit Rücksicht auf das Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden vom 15. Juli 1907. Er nahm eine grobliche Verunstaltung des Ortsbildes im Sinne des § 1 dieses Gesetzes an. — Der neuente Senat des Oberverwaltungsgerichts hat das Urteil auf und schloß die Verfestigung der Bauerlaubnis außer Kraft. Begründung wurde ausgeführt: Zu Unrecht erachte der Bezirksausschuß den Begriff des Ortsbildes für gleichbedeutend mit dem des Landschaftsbildes im Sinne des Gesetzes. Der § 1 des genannten Gesetzes, der u. a. auch von der Verunstaltung des Ortsbildes handelt, sei nur anwendbar bei Bauten in der bebauten Ortslage oder im unmittelbaren Anschluß daran, nicht aber bei Bauten außerhalb der Ortslage. Hier handle es sich um einen Platz außerhalb der bebauten Ortslage Neuenahrs. Nun könnte in Frage kommen, ob nicht das Waldbaus an sich ein Ortsbild abgibt. Es sei aber nur ein einzelnes Gebäude, kein Gebäudekomplex, und solches Einzelgebäude könne kein Ortsbild abgeben. Somit sei die Verfestigung, durch die die Baugenehmigung aus öffentlichen Gründen verweigert wurde, außer Kraft zu setzen, denn der § 8 des angezogenen Gesetzes, der dem Schutze des allgemeinen Landschaftsbildes gewidmet sei, wäre auch nicht anwendbar. Er sehe eine Befestigung des Regierungspräsidenten voraus, und eine solche fehle hier.

# 3 Tage.

Um auch solche Kunden, die den Ebbatter-Ersatz

## „Milka extra“

nach nicht probiert haben, zu einem Versuch zu veranlassen, vorabfolgen wir

Mittwoch den 13., Donnerstag den 14. und Freitag den 15. April er.

## 1 Pfund Milka extra, Tafel-Margarine

inklusive entweder: 3 große Speiseteller  
solange der Vorrat reicht oder: 1 Wasserflasche  
oder: 1 Käseglocke  
oder: 1 Dutzend Teelöffel

# 85 Pf.

nach Wahl zusammen für

## 2 Pfund Milka extra, Tafel-Margarine

inklusive entweder: 1 versilberten Frühstückskorb  
solange der Vorrat reicht oder: 1 Likör-Service  
oder: 1 Kaffeekanne mit Patentdeckel  
oder: 1 Gemüse-Tonno (Delft)  
oder: 1 Dutzend Esslöffel

nach Wahl zusammen für den Preis von 1 Mark 70 Pfennig

„Milka extra“ ist aus feinen Rohmaterialien hergestellt und mit frischer Milch und süßer Sahne verarbeitet, ein idealer Butterersatz.

Um regen Zuspruch bitten die Verkaufsstellen der Tafel-Margarine „Milka extra“:

- Nabe Hochbahn Prinzenstraße:**
  - Wilhelm Ebel, Prinzenstr. 6.
  - Wilhelm Ebel, Gitschinerstr. 58.
  - E. Thiemann, Nachf. Emil Henrich, Markgrafenstr. 16.
  - P. Rambusch, Hollmannstr. 33.
  - Fritz Weibel, Alte Jakobstr. 104.
  - Hoch. Willmann, Brandenburgstraße 17.
- Nabe Hochbahn Kottbuser Tor:**
  - Wilhelm Ebbend, Brickerstr. 47.
  - Arnold Bollwin, Mariannenstr. 49.
  - P. Borgwald, Kottbuser Ufer 58.
  - Karl Lange, Waldemarstr. 40.
  - Gust. Müller, Kottbuserdamm 31.
  - Otto Rusehke, Forsterstr. 4.
  - Curt Wall, Reichenbergerstr. 128.

- Nabe Wittenbeck, Admiralstr. 40a:**
  - Franz Wittenbeck, Reichenbergerstr. 165.
- Nabe Hochbahn Granienstraße:**
  - Rud. Brinckmann, Lübbenerstr. 23.
  - Wilhelm Crahe, Wrangelstr. 81.
  - Wilhelm Crahe, Wrangelstr. 65.
  - Franz Nickel, Cuvrystr. 45.
  - Herrn. Timm, Mantouffellstr. 106.
  - Paul Vetter, Mantouffellstr. 71.
- Nabe Bahnh. Jannowitzbrücke:**
  - Adolf Bodländer, Köpenickerstraße 68.
  - Fuchs & Zededa, Annenstr. 11.
  - Glöde & Domscholdt, Schmidstraße 40.

- Nabe Horitzplatz:**
  - Otto Friese, Nachf., Inhaber Thomas, Kommandantenstr. 39.
  - Joh. Grobe, Stallschreiberstr. 4.
  - Carl Hauf, Sebastianstr. 20.
  - Fritz Meier, Prinzessinnenstr. 12.
- Nabe Kreuzberg:**
  - Albert Gaulke, Gneisenaustr. 85.
  - Gustav Jopp, Katschachstr. 7.
  - Gustav Jopp, Friedrichstr. 13.
  - Georg Müller, Fiedrichstr. 32.
  - Otto Pahl, Bergmannstr. 25.
  - Otto Pahl, Johanniterstr. 13.
  - Willy Rohne, Mookerstr. 64a.
  - Willy Rohne, Kreuzbergstr. 36.
  - Herrn. Schauer, Zossenerstraße 38.
  - W. Schreiber, Belle Alliancestr. 61.

- Nabe Kaiser-Friedrichplatz:**
  - Georg Bombach, Jahnstr. 19.
  - Th. Grasshof, Blücherstr. 32.
  - Max Siebert, Urbanstr. 31.
  - Fritz Polläh, Gräferstr. 50.
  - Otto Schwartz, Urbanstr. 110.
  - Ecke Schönleinstraße.
- Nabe Görlitzer Bahnhof:**
  - Fritz Paragnick, Rathorstr. 21.
  - Carl Wollschläger, Troptow, Graetzstr. 4.
- Baumschulweg:**
  - Hermann Freiberg, Baumschulwegstr. 13.
  - P. Vetter, Baumschulwegstr. 101.

*Sparame*  
*Raucher*

rauchen Fehlfarben der  
7 1/2 Pf.-Cigarre No. 100  
10 Stück 60 Pf.  
6 Pf. Cigarre No. 46  
10 Stück 50 Pf.

**J. Neumann**  
Cigarren-Fabriken, Berlin C. © Begründet 1850.

In 170 Niederlagen gleiche Qualitäten unter gleichen Nummern zu gleichen Preisen !!

**Drei Tropfen**

**Kaol**

flüssige Metall-Politur  
machen das  
schmutzigste Metall  
spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig  
Überall zu haben.  
Fabr.: Lubszynski & Co., Berlin NO.



# A. WERTHEIM

G. m. b. H.



## LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

ORANIEN-STRASSE

### Extra-Preise Dienstag und Mittwoch

soweit der Vorrat reicht:

## PORZELLAN

### Weisses Tafelgeschirr

Speiseteller flach	12 Pf.
Kompotteller	7 Pf.
Bratenschüsseln oval	25 bis 60 Pf.
Saucieren	45 Pf.
Kartoffelnäpfe	65 Pf.
Kompottschalen	8 bis 40 Pf.
Terrinen	1.10, 1.25
Kompottschälchen	3, 5 Pf.

### Weisses Kaffeegeschirr

Kaffeekannen	23, 33, 55 Pf.
Teekannen	35, 43, 63 Pf.
Milchtöpfe	10, 13, 18, 22 Pf.
Zuckerdosens	10 Pf.
Tassen verschiedene Größen	12 Pf.
Ein Posten	
Dessertteller	4 Pf.

### Dekoriert

Kabarettas	1.35
Milchtöpfe Satz 6 Stück	95 Pf.
Kaffeervices für 2 Personen	1.35
Kaffeervices für 6 Pers.	2.35, 3 Mk., 3.75, 4.50
Kaffeervices für 12 Pers.	5 Mk., 6 Mk., 6.40, 7.50

### Tafelgeschirr

mit zarter Apfelblüten-Dekoration

Speiseteller tief oder flach	25 Pf.
Dessertteller 20, Kompotteller 15	Pf.
Bratenschüsseln oval	45 Pf. bis 4.40
Bratenschüsseln rund	1.15, 1.40
Beilagschalen	50 Pf.
Kartoffelnäpfe rund	1.50
Salzgefässe 35, Senfgefässe 90	Pf.
Saucieren 75 Pf., 1.15, Terrinen 3.80	
Kompottieren	30 Pf. bis 1.15

Speiseteller mit Golddekoration, tief oder flach	38 Pf.
Dessertteller mit Golddekoration	22 Pf.
Kompotteller	18 Pf.
Kaffee- u. Teetassen reich dekoriert, dünn	23, mit breitem Goldrand 20 Pf.

### Tafel- und Kaffeegeschirr „Rosea“, zartes Rosenmuster

Speiseteller tief oder flach	55 Pf.
Dessertteller 35, Kompotteller 25	Pf.
Kartoffelnäpfe	3.20
Kompottieren	90 Pf., 1.45
Bratenschüsseln oval	1.50 bis 5 Mk.
Bratenschüsseln rund	2.15
Saucieren 1.90, Beilagschalen 1 Mk.	
Salzgefässe 55 Pf., Senfgefässe 1 Mk.	
Terrinen	4.75, 5.85
Kaffeekannen	1.75, 2.65, 2.95
Teekannen	1.85, 2.10, 2.30
Milchtöpfe	55, 72, 90 Pf.
Zuckerdosens	1.10, 1.25
Kaffee- od. Teetassen 35, dünn	57 Pf.
Tafelservices hieraus zusammengestellt	
für 6 Pers. 30 teilig	24 Mk.
für 12 Pers. 60 teilig	48 Mk.
für 18 Pers. 75 teilig	69 Mk.
Frühstück-Services reiches, feines Blütenmuster	
für 12 Pers., 45 teilig	20 Mk., „Flora“ 25 Mk.

Majolika-Blumenkübel	27 Pf. bis 4.75
Waschgarnituren 5 teilig, weiss	1.30, bunt 1.75, 2.75

## GLASWAREN

### Pressglas

Bierbecher glatt 6, 7, m. Goldrand 7, 10	Pf.
Bierbecher m. starkem Boden 13, m. Goldrand 18	Pf.
Wassergläser	5, 6, 7 Pf.
Butterdosens 25, Käseglocken 35	Pf.
Honigdosen	15, 20 Pf.
Kompott- od. Salatschalen 10, 20	Pf.
Kompotteller dazu passend	4 Pf.

Presskristall, Steinschliff-Imitation

### mit grünen Steinen

Kompott- od. Salatschalen geschweift, rund und eckig	22 bis 90 Pf.
Kompotteller	14 Pf.
Kuchenteller	1.10, 1.20, 1.65
Vasen rund 35 Pf. bis 1.10, eckig 50, 95	Pf.
Zuckerstreuer weiss 75, bunt 95	Pf.

### Schliffglas

Bierkannen	52, 63, 95 Pf.
Biertulpen 27 Pf. Fruchtschalen 1.15	
Käseglocken	50, 90 Pf., 1.10, 1.25
Sturzflaschen mit Glas 40, 50, farbig 45	Pf.
Likörgläser Schalenform 15, auf hohem Stiel	30 Pf.
Wasserflaschen	45, 50 Pf.
Kompottschalen 27 bis 95, -teller 20	Pf.

### Weingarnitur „Elektra“, Kelch mit moderner Randverzierung

Rot- u. Weissweinkelche	45 Pf.
Madeirakelche	40 Pf.
Likörkelche 35, Bowlenkelche 55	Pf.
Sekt-Kelche 55 Pf. -Schalen 60	Pf.
Biertulpen 60 Pf. Wasserbecher 32	Pf.
Selterbecher	32 Pf.

Weingarnitur „Pola“ hoher Stiel, mit Goldrand

Rotwein- od. Weissweingläser	35 Pf.
Madeiragläser	32 Pf.
Likörgläser	30 Pf.
Bowlingläser	40 Pf.
Sekt-Kelche 40 Pf. -Schalen 50	Pf.
Bierbecher 30 Pf. Selterbecher 25	Pf.

Weingarnitur „Jullane“, glatter Kelch, geschliffener Stiel

Rot- und Weissweingläser	38 Pf.
Madeiragläser	35 Pf.
Likörgläser	30 Pf.
Bowlingläser	40 Pf.
Sekt-Kelche 40 Pf. -Schalen 48	Pf.
Biertulpen	40 Pf.

Ein Posten Rotweinkelche Dtz. 1.50

## STEINGUT

Speiseteller 5 Pf. Dessertteller 3 Pf.	
Tassen 5 Pf. Wasserkannen 20 Pf.	
Blumentöpfe 30 Pf.	
Kaffeeteller weiss 7, 9, 10, 12 Pf.	
Kaffeeteller blau 9, 10, 12 Pf.	
Tassen blau 13 Pf.	
Milchtöpfe Delftmuster, Satz 6 Stück 95	Pf.
Salatieren weiss, neue Form, 6 Stück 1.10	
Salatieren weiss Satz 6 Stück 95	Pf.
Waschgarnituren 4 teilig 1.30	
Waschgarnituren 5 teilig 3.30 bis 6 Mk.	
Küchegarnituren Karomuster 27 teilig 9.50	
Küchegarnituren „Jnes“ reiches Goldgirlanden-Muster, 33 teilig 16.75	

## WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Rosshaarbesen 6 Sorten 85 Pf. bis 2.50	Bohnermasse Dose 45 Pf.	Zinkwaschfässer mit Drahteinlage und Ventil 4 Größen 6 bis 10 Mk.
Rosshaarhandfeger 6 Sorten 65 Pf. bis 1.50	Stahlspäne Pack 13 Pf.	Zinkwaschfässer mit Wulst u. Ventil 3 Gr. 10 Mk. b. 13.50
Haarbesen grau 6 Sorten 70 Pf. bis 1.60	Tischbestecke 4 Sorten 30 bis 70 Pf.	Zinkzuber mit Drahteinlage 3 Größen 7.50 bis 11 Mk.
Teppichbesen Wurzeln 3 Sorten 85 Pf. bis 1.25	Esslöffel Fadenstiel, Britanniametall 18 Pf.	Wringmaschinen 3 Größen 8.50 bis 10.50
Teppichhandfeger Wurzeln 4 Sorten 40 bis 65 Pf.	Teelöffel Fadenstiel, Britanniametall 8 Pf.	Wäscheleinen Alos 3 Längen 1.60 bis 3.25
Schrubber 4 Sorten 20 bis 35 Pf.	Esslöffel versilbert, moderne Muster 75 Pf.	Wäscheleinen Hanf 3 Längen 3.50 bis 7.25
Bohnerschrubber mit Stiel 5 Sorten 3.75 bis 7.50	Teelöffel versilbert, moderne Muster 45 Pf.	Fleischmühlen 3 Größen 1.70, 2.25, 3.75
Abstäuber Straußfedern 6 Größen 45 Pf. bis 1.30	Blechdosenöffner (Rundsneider) 35 Pf.	Messerputzmaschinen auf Brett 4.90

Rasier-Apparate mit 6 Klingen, im Etui 2.85	Kopfbürsten 6 Sorten 60 Pf. bis 2.00	Kleiderbürsten 6 Sorten 60 Pf. bis 2.50	Gaskocher viereckige Platte, 3 Brenner 6.50
---	--------------------------------------	---	---

Verschiedene Posten:

## EMAILLIERTE GESCHIRRE

Kasserollen ohne Ring 8 Größen 20 Pf. bis 1 Mk.	Kaffeekannen weiss 6 Größen 50 Pf. bis 1.10	Extra schwere Kochgeschirre braun, innen grau
Fleischtopfe mit Griffen 10 Größen 25 Pf. bis 2 Mk.	Kaffeekannen dekoriert 6 Größen 60 Pf. bis 1.60	Kasserollen ohne Ring 10 Größen 30 Pf. bis 2.50
Schmortöpfe ohne Ring 8 Größen 40 Pf. bis 1.80	Milchtöpfe dekoriert, diverse Sorten 30 Pf. bis 1.25	Fleischtopfe 3 Griffe 6 Größen 80 Pf. bis 3.50
Topfe für Petroleum-Kocher 2 Größen 50 und 70 Pf.	Essenträger 8 Größen 25 Pf. bis 90 Pf.	Pfannen rund 6 Größen 60 Pf. bis 2.40
Wasserkessel mit Absatz 8 Größen 60 Pf. bis 2.40	Waschschüsseln dekoriert 2.10 und 2.40	Setzeierpfannen 6 Größen 1 Mk. bis 1.90
Wasserkessel für Gaskocher 6 Größen 70 Pf. bis 1.80	Wasserkrüge dekoriert 1.90 und 2.50	Fischkocher oval 3 Größen 4.50 bis 6.50
Fischkocher 6 Größen 2.50 bis 6.75	Wasserkrüge weiss 1.50 und 1.75	Milchkocher 5 Größen 1.75 bis 2.75
Topfdeckel 8 Größen 10 Pf. bis 40 Pf.	Warmwasserkannen 4 Größen 60 Pf. bis 1.20	Maschinentöpfe 4 Größen 80 Pf. bis 1.50
Durchschläge 5 Größen 30 Pf. bis 70 Pf.	Toiletten-Eimer mit Rohrbügel 2.50, dekoriert 3.75	

In der Lebensmittel-Abteilung Leipziger u. Rosenthaler Str.:	Seelachs Pfd. 12, im Anschnitt 20 Pf.	Rotzungen Pfd. 50 Pf.
	Kabeljau Pfd. 12, im Anschnitt 20 Pf.	Suppenkrebse Mandel 95 Pf. 1.50
	Schellfische kleine Pfd. 12, 2 5 Pfd. 25 Pf.	Tafelkrebse Mandel 2.25

# Die Reichsversicherungsordnung.

## V. Unfallversicherung.

### Die äußere Gestalt

Der Reichsversicherungsordnung zeigt auch auf dem Gebiete der Unfallversicherung das völlig unzulängliche dieses Gesetzentwurfes. Es sind auch bei der Unfallversicherung die vier Zweige der Unfallversicherung (Gewerbe-, landwirtschaftliche, See- und Bau-Unfallversicherung) keineswegs einheitlich zusammengefasst. Der Entwurf begnügt sich damit, das Bau-Unfallversicherungsgesetz in das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz hineinzuarbeiten. Im übrigen sind in den §§ 560 bis 1211 die Vorschriften für die einzelnen Zweige der Unfallversicherung nebeneinander gestellt. Daneben konstruiert er Zweiganfalten für nicht gewerbliche Bauarbeiten und für nicht gewerbmäßiges Halten von Reittieren und Fahrzeugen. Der Unfallversicherungsteil des Gesetzentwurfes leidet beinahe ebenso wie der Krankenversicherung regelnde Teil an endlosen Hinweisen auf andere Paragraphen. Die in den Paragraphen aneinander gereihten Gesetze sind durch ihre jehige Form keineswegs übersichtlicher geworden als die heute bestehenden. Das häufige Bezugnehmen oft auf einen Wust von Paragraphen erschwert dem Laien das Verständnis der doch für Laien gemachten Gesetze außerordentlich. Die Anordnung und die Sprache des Entwurfs richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Rechtswissenschaft, sondern ist allein für Bürokraten zugeschnitten. Die Motive behaupten allerdings, der Entwurf hat sich bemüht, eine gewisse Gleichmäßigkeit auch der Ausdrucksweise durchzuführen und gleichzeitig die Sachfassung und Wortbildung dem Sprachgebrauch anderer neuer Gesetze anzupassen. Dabei wurde auf Kürze und leichte Verständlichkeit der einzelnen Bestimmungen hingearbeitet. Kamensicht sind die in den älteren Versicherungsgesetzen noch häufig vorkommenden Perioden möglichst in einzelne Gesetze aufgelöst, die allzu reichen Passiv- und Partizipialkonstruktionen sind vermindert, die bisher ebenfalls im Ueberflus angewandten Umschreibungen einfacher Zeitwörter durch Haupt- und Hilfszeitwörter (z. B. „in Verwahrung nehmen“ statt verwahren, „Anordnung treffen über“ statt anordnen und dergleichen) tunlichst vermieden worden. Es mag sein, daß der Entwurf, wie dies jetzt bei Gesetzentwürfen üblich zu werden pflegt, das Gutachten eines Obersprachenteamungsrates aus dem deutschen Sprachverein passiert hat und daß dadurch auch einige sprachwidrige Wendungen aus dem Entwurf hinausbugiert sind. Aber die Schwerfälligkeit, Plumpheit und Unübersichtlichkeit des ganzen Entwurfs hat durch diese Richtigarbeiten nicht beseitigt werden können. Gälte es einen Preis für plumpen Aufbau eines Gesetzes zu erteilen, so käme er dem Entwurf zu.

Auch den Motiven läßt sich der Vorwurf nicht ersparen, daß sie außerordentlich wenig dazu beitragen, die Verschiedenheiten zwischen der bestehenden Gesetzgebung und den Bestimmungen des Entwurfs darzustellen. Und doch wäre dies um so notwendiger, als an vielen Stellen eine völlig andere Ausdrucksweise für Vorschriften gewählt ist, die dasselbe wie die bestehenden besagen sollen und als ferner die Anordnung des Stoffes von den bestehenden Gesetzen durchweg abweicht. In den Motiven ist eine Gegenüberstellung der Ziffern der alten Paragraphen mit denen der entsprechenden Vorschriften im Entwurf zur Erleichterung des Ueberblickes über den Verbleib der einzelnen Vorschriften des geltenden Rechts versprochen. Ein solcher Ueberblick würde ohne Gegenüberstellung des Textes der geltenden Paragraphen mit den vorgeschlagenen Bestimmungen unter Hervorhebung der Änderungen durch die Druckweise nicht den verfolgten Zweck erreichen können. Aber selbst der einfache Paragraphenüberblick ist bislang dem Reichstag noch nicht zugegangen. Sollte die Ueberflucht auf dem Bestreben beruhen, der Öffentlichkeit und den Reichstagsmitgliedern die horrenden Mächtigkeiten des vorgelegten dickleibigen Nachwerkes gegenüber dem geltenden Recht zu verbergen?

Ausdrücke wie die am Schluss des § 569 gefetzten „§ 847 gilt“ oder der häufige Hinweis „§§ 500 bis 501 gelten entsprechend“ tragen wahrlich zur Allgemeinverständlichkeit des Entwurfs nicht bei. Doch mit dem schlechten Aufbau und der Unübersichtlichkeit des Gesetzes würde man gern vorlieb nehmen, wenn der Inhalt den Wünschen der Versicherten entsprechen würde. Das ist aber auch auf dem Gebiete der Unfallversicherung keineswegs der Fall. Auch hier kennt der Entwurf fast nur Verschlechterungen des bestehenden Gesetzes zugunsten der Arbeiter.

### Kreis der Versicherten

Ist keineswegs dem Kreise der der Kranken- und Invalidenversicherung unterworfenen Personen angegliedert. Nicht einmal das Handwerk und der Hausgewerbebetrieb ist in den Kreis der Versicherten hineingezogen. Ausgeklüftet ist die Versicherungspflicht auf das Dekorationsgewerbe, den Betrieb der Wabeanlagen, den gewerblichen Fahrbetrieb, den Reittier- und Stallhaltungsbetrieb, das nicht gewerbmäßige Halten von Reittieren und Fahrzeugen, die durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, ferner auf den gesamten Umfang des Betriebes bei Tiefbauarbeiten und endlich auf Betriebe zur Behandlung und Handhabung der Ware, wenn sie mit einem kaufmännischen Betriebe verbunden sind, der über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgeht. Durch die letzte Bestimmung soll der § 1 Absatz 1 Nr. 7 des heutigen Gewerbeunfallversicherungsgesetzes ersetzt werden. Dieser erklärt Lagerungsbetriebe für versicherungspflichtig, wenn sie mit einem Handelsgewerbe verbunden sind, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen steht. Da die vielfach mit großem Lager versehenen Betriebe von Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften nicht im Handelsregister, sondern in dem besonderen Genossenschaftsregister eingetragen sind, fallen diese Betriebe heute nicht unter die Unfallversicherung. Ferner hat der Begriff des Lagerungsbetriebes und der Abgrenzung der versicherten von der unversicherten Tätigkeit in demselben Handelsgewerbe große praktische Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten nach sich gezogen. Der Entwurf läßt das Erfordernis des Handelsregister fallen und setzt an Stelle des Begriffs Lagerungsbetrieb den Betrieb, der der Behandlung und Handhabung der Ware dient. Dadurch werden nicht nur die eigentlichen Lagerungsarbeiten, sondern auch ähnliche Arbeiten in kaufmännischen Unternehmen der Versicherung unterstellt.

Der neue Begriff leidet aber ebenfalls an einer Unklarheit. Welche Unternehmen sind kaufmännische Unternehmen, die über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgehen? Der Entwurf will der Unsicherheit dadurch entgegenwirken, daß das Reichsversicherungsamt bestimmte, welche kaufmännischen Unternehmen als Kleinbetriebe der Unfallversicherung nicht unterliegen. Uns scheint recht zweifelhaft, ob diese dem Reichsversicherungsamt aufgebende Arbeit von ihm gelöst werden kann ohne Interessen von Arbeitern zu verletzen. Die neue Vorschrift ist eine Quelle neuer Streitigkeiten darüber, welche Betriebe kaufmännische Betriebe sind. Trotz der Motive erscheint es uns g. U. recht zweifelhaft, ob man Konsumvereine dahin wird rechnen können. Deshalb mag der Entwurf nicht volle Arbeit und unterwirft alle Unfälle einer Versicherung? Für den Schaden des Arbeiters ist es doch ganz gleichgültig, ob der Betrieb in dem er einen Unfall erlitten hat,

als Kleinbetrieb oder als Großbetrieb oder als kaufmännisches Unternehmen oder wie sonst klassifiziert wird. Die fortwährende Fixarbeit, die die Regierung hier vorschlägt, ist wahrlich überflüssig. Man raffe sich endlich dazu auf, alle in den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft sowie des Handels und der Hauswirtschaft vorkommenden Unfälle einer verständigen Versicherung zu unterwerfen. Daß das möglich ist, zeigt der im Jahre 1894 von Reichsamt des Innern vorgelegte Entwurf und zeigt auch der Umstand, daß das nicht gewerbmäßige Halten von Reittieren, Automobilen und dergleichen nunmehr dem Gesetze unterstellt werden soll. — Für die Versicherung der Tätigkeit bei nichtgewerbmäßigem Halten von Reittieren und Fahrzeugen und für die Versicherung von nichtgewerbmäßigen Bauarbeiten sollen Zweiganstalten bei der Fuhrwerks-, der Binnenschiffahrts- und der Dampfschiffahrt errichtet werden. Die Beiträge sollen nach dem Prämienverfahren aufgebracht werden.

### Der sogenannte

### Unfallzuschuß

Der von Beginn der 5. bis zur 13. Woche nach dem Unfall vom Unternehmer zu zahlen ist, und der in der Differenz besteht, die zwischen dem Krankengeld und zwei Drittel des nachstehenden Grundbetrages liegt, soll künftig von der Berufsgenossenschaft getragen werden, falls der Verletzte eine Entschädigung über die 13. Woche hinaus, also eine Unfallrente, zu verlangen hat. In den anderen Fällen, in denen die Erwerbsfähigkeit bereits vor Ablauf der 13. Woche nach dem Unfall wiedererlangt ist, soll die Berufsgenossenschaft den Unfallzuschuß statt des Unternehmers übernehmen können. Neu und nicht unbedenklich ist für die Zeitdauer der ersten 13 Wochen nach dem Unfall die Bestimmung des § 600, nach der die Berufsgenossenschaft schon für diese Zeit auch gegen den Willen des Verletzten ein Heilverfahren anordnen kann. Für diese Zeit soll die Berufsgenossenschaft keine Angehörigenrente zahlen müssen, aber den dem Verletzten entgehenden Verdienst ersetzen.

Die ländlichen Arbeiter sollen nach wie vor keinen Unfallzuschuß erhalten!

Die Ansbürdung der Fürsorge für Unfallverletzte während der ersten 13 Wochen auf die Krankenkassen ist unverändert geblieben, damit also die Abwälzung von etwa 75—80 Prozent aller Unfälle von den Schultern der Unternehmer in voller Höhe auf die Krankenkassen aufrechterhalten. In den Motiven wird mit keinem Worte erwähnt, weshalb die Entlastung der Krankenkassen nicht erfolgen soll, und daß, wie wohl die Reichstagskommission 1897 diese Karenzzeit auf 4 Wochen herabgemindert wissen wollte.

### Auch der

### Begriff der Erwerbsunfähigkeit

soll mit allen seinen Mängeln so bleiben, wie er bisher ausgelegt ist. Ohne ein Wort der Begründung sehen die Motive davon ab, darzulegen, weshalb nicht endlich die sogenannten Gewerbe- oder Berufsfrankheiten als Unfälle betrachtet werden und weshalb der Eintragung des Begriffs Betriebsunfall es nicht durch das Gesetz entgegengetreten werden soll. Der Begriff der Erwerbsunfähigkeit dürfte sogar durch eine Reihe von Bestimmungen, die sich auf Verschlechterungen des Rechts des Rentenempfängers beziehen, und auf die wir bei der Besprechung der Höhe der Renten noch einzugehen haben, noch verschlechtert sein. Anlaß zur Verschlechterung kann auch der Wortlaut des § 581 geben. Nach dem geltenden § 9, Abs. 4, kann die Berufsgenossenschaft auf Zeit die Teilrente bis zur Vollrente erhöhen, solange der Verletzte „aus Anlaß“ des Unfalls unverschuldet arbeitslos ist. Der § 581 will die Worte „aus Anlaß“ durch „infolge“ ersetzen. Diese neue Fassung kann noch mehr als heute schon Anlaß geben, zu bestreiten, daß jemand, der infolge des Unfalls arbeitslos ist, völlig erwerbsunfähig ist.

### Höhe der Renten

Nach wie vor soll die Unfallrente höchstens zwei Drittel des wirklichen Schadens betragen. In allen Fällen, in denen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder nach anderen Gesetzen eine Person Anspruch auf Ersatz des Schadens hat, der ihr durch Körperverletzung zugefügt ist, ist nicht nur ein Teil des wirtschaftlichen durch den Unfall erlittenen Schadens, sondern der Schaden voll zu ersetzen. Die ausnahmsrechtliche Minderung des Schadenersatzanspruches des Arbeiters im Unfallgesetz steht mit den Grundrissen des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Eisenbahngesetzes des Haftpflichtgesetzes und des in neuerer Zeit ergangenen Automobilgesetzes im Widerspruch. Aber nicht einmal zwei Drittel des wirtschaftlichen Schadens billigt der Entwurf dem durch einen Unfall verletzten Arbeiter zu. Denn die Berechnung der „Renten“ des Arbeiters soll nach einem fingierten Jahresarbeitsverdienst erfolgen, der in den überwiegenen Fällen keineswegs der durch den Unfall herbeigeführten Minderung der Erwerbsfähigkeit entspricht. Wird nach den für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes aufgestellten Regeln ein Jahresarbeitsverdienst über 1500 M. ermittelt, so soll der 1500 M. übersteigende Teil nach wie vor um weitere zwei Drittel gekürzt werden: er soll nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommen. In Staats- und Gemeindesteuern wird der Arbeiter mit seinem vollen Arbeitsverdienst und darüber hinaus herangezogen. Aber wenn es gilt, ihm Ersatz für den Schaden zu leisten, den er im Betriebe durch Unfall erlitten hat, so muß er im Gegensatz zu allen anderen Bürgern eine weit niedrigere Summe als Grundlage der Berechnung des ihm zugefügten Schadens gelten lassen! Der Entwurf nimmt ebensoviele wie das bestehende Gesetz Rücksicht darauf, daß ein Arbeiter etwa während des Unfalls bedeutend schlechtere Arbeit angenommen hatte, als er in der Regel verrichtete; der Jahresarbeitsverdienst in dem Betriebe, in dem er verunglückt ist, soll, falls die Entlohnung nicht etwa noch unter den ordentlichen Tageslohn herabgeht, maßgebend bleiben. Ueber das bestehende Gesetz hinaus schlägt der Entwurf im § 589 vor: Wenn jemand nur kundenweise in einem Betriebe beschäftigt war, soll unter keinen Umständen der Jahresarbeitsverdienst des nur stundenweise beschäftigten Arbeiters höher bemessen werden, als der durchschnittliche Verdienst eines gleichartigen Arbeiters beträgt, der während des ganzen Arbeitstages beschäftigt war. Ferner soll nach § 588 der Jahresarbeitsverdienst eines vermindert erwerbsfähigen Arbeiters, der einen „verhältnismäßig hohen Lohn“ bezog, nicht nach seinem Verdienst, sondern nach dem durchschnittlichen Verdienst bemessen werden, den Versicherte derselben Art und Erwerbsfähigkeit in gleichartigen Betrieben bezogen haben. Also ein möglichst niedriger Lohn soll in noch stärkerem Maße als heute bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zwecks Senkung der Rente in Betracht kommen.

Während bei der Verleschätzung der Erwerbsunfähigkeit nicht darauf Rücksicht genommen werden soll, daß der Verletzte nicht verdient, sondern nur darauf, was der Verletzte verdienen könnte, wenn er Arbeit hätte, wird umgekehrt bei Festlegung des Jahresarbeitsverdienstes dem Grundsatze vertritt Rechnung getragen: dem Arbeiter ist nicht zu ersehen, was er verdienen könnte, sondern höchstens das, was er zur Zeit des Unfalls verdient hat, unter Abstrich dessen, was der Arbeitgeber noch vom Jahresarbeitsverdienst genommen wissen will.

Aber mit der Verschlechterung des Jahresarbeitsverdienstes für einige Fälle ist dem Entwurf noch nicht Genüge geschehen. Ist durch die angegebenen Vorschriften die Höhe der Unfallrente bereits auf weit unter zwei Drittel des wirklichen Schadens herabgesetzt, so benutz der Entwurf auf der anderen Seite die Niedrigkeit der Rente, dem Wünsche einiger Großgrundbesitzer und Industrieller entgegenkommend, zu einer weiteren Senkung der kleineren Renten. Bekanntlich hat das Reichsversch-

ramtsamt, insbesondere seit dem Scheitern des Dr. Vöbller aus dem Amt, in immer zahlreicheren Fällen behauptet, eine Einbuße der Erwerbsfähigkeit unter 10 Proz. sei für den wirtschaftlichen Wertverlust unbedeutend und hat deshalb entgegen dem Artikelwortlaut des Gesetzes das Zuerkennen einer Rente bis zehn Prozent abgelehnt. Dieser, die Arbeiter schwer schädigenden Praxis wird im Entwurf kein Niegel vorgeschoben. Vielmehr schlägt der Entwurf noch eine erhebliche Verschlechterung gegen die Arbeiter vor, die eine Unfallrente nur bis 20 Prozent zu beanspruchen haben. Es soll nämlich bei Renten bis 20 Prozent die Rente für eine im voraus bestimmte Zeit gewährt werden können. Wird von dieser Verfügung Gebrauch gemacht, so stehen dem Unfallverletzten Rechtsmittel gegen die zeitliche Beschränkung nicht zu. Durch diese neue Maßnahme wird der Rentenquerschnitt und dem Versuch, eine höhere Rente auf 20 Proz. herabzurücken, mehr wie bislang Vorschub geleistet. Außerdem kann hierdurch die Erledigung des Rechtsanspruchs des Unfallverletzten außerordentlich verschleppt werden. Die zeitliche Beschränkung der kleinen Renten soll nicht nur bei der ersten Rentenfestsetzung, sondern auch bei neuen Festsetzungen nach Änderung der Verhältnisse zulässig sein!

Die im Entwurf ferner vorgeschlagenen Verschlechterungen, nach denen das Recht auf Rente ruhen sollte, „so lange und so weit das Entgelt, das der Verletzte erhält, zusammen mit der Rente den Betrag übersteigt, den er ohne den Unfall bezogen haben würde“ und ferner, „so lange der Verletzte von einer angemessenen Arbeitsgelegenheit, die ihm die Berufsgenossenschaft geboten hat, ohne triftigen Grund keinen Gebrauch macht“ sind nicht aufrecht erhalten.

Der Berufsgenossenschaft ist nur das Recht gegeben, Arbeitsgelegenheit einzurichten (§ 842). Die Teilnahme an solcher Einrichtung ist jedoch durchaus freiwillig. Macht ein Verletzte von einer Arbeitsgelegenheit, die ihm die Berufsgenossenschaft anbietet, keinen Gebrauch, so darf seine Rente deshalb nicht gekürzt werden. Indessen auch dieser abgeminderte Vorschlag hat etwas Bedenkliches, weil ihm ein Recht des Unfallverletzten auf Gewährung von Arbeit nicht gegenübersteht.

### Der

### Rentenquerschnitt

Ist die Unfallrente von 1900 im § 88 etwas entgegen getreten. Früher konnte die Berufsgenossenschaft jederzeit ohne irgend eine Fristbestimmung die Rente herabsetzen. Dadurch wurden viele Arbeiter geschädigt, ja in den Tod getrieben. Es wurde deshalb im § 88 bestimmt, daß nach Ablauf von zwei Jahren nach rechtskräftiger Festsetzung der Rente eine Herabsetzung derselben durch die Berufsgenossenschaft nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre und nach Ablauf von fünf Jahren nur durch das Schiedsgericht vorgenommen werden kann. Die §§ 620 und 622 des Entwurfs suchen auf Umwegen den durch die allgemeine Erregung weggesetzten Mißstand wieder herzustellen. Es soll danach in Zukunft auch nach Schluß eines Heilverfahrens jederzeit die Herabsetzung der Rente vorgenommen werden können. Da die Berufsgenossenschaft es in der Hand hat, stets ein Heilverfahren anzuordnen, so würde durch die Neuerung die Befreiung Drangsalierung wieder hergestellt werden. Und doch wäre es unangeht endlich an der Zeit, die Berufsgenossenschaft für alle Fälle, in denen sie die Herabsetzung einer festgelegten Rente begeht, wie jeden anderen Beklagten an das Gericht zu verweisen.

### Eine

### Abfindung

sieht das geltende Gesetz für Renten bis 15 Proz. vor. Der im Entwurf von 1899 gemachte Vorschlag, die Abfindungsmöglichkeit auch für Renten bis 20 Proz. zu gewähren, wurde mit Rücksicht auf die schweren Nachteile, die einem Verletzten entstehen können, abgelehnt. Dennoch sieht wieder der Entwurf eine Abfindungsmöglichkeit für Renten bis 20 Proz. vor. Eine andere Änderung des Entwurfs geht dahin, daß der Ausländer, der seinen Wohnsitz nach dem Auslande verlegt, nicht mehr wie bisher mit dem Dreifachen des Rentenbetrages, sondern „mit einem entsprechenden Kapital“ abgefunden werden kann. Die

### Kinderrenten

sind in ihrer Schmalheit belassen. Der Kreis, der zum Empfang einer Rente berechtigten Kinder scheint ein klein wenig durch §§ 610 und 611 vergrößert werden zu sollen. Es wird dort herabgehoben, daß zu den rentenberechtigten Kindern auch die berechtigten Kinder einer Ehefrau und die Kinder der Ehefrau aus einer früheren Ehe gehören. Aus dem Wortlaut geht aber nicht unzweifelhaft hervor, daß nicht nur für den Fall der Verunglückung der Ehefrau — das ist nach richtiger Auffassung heute schon richtig —, sondern auch für den Fall der Verunglückung des Ehemannes diese Kinder, für deren Unterhalt zu sorgen der Verlorbene nicht verpflichtet war, künftig in den Kreis der Rentberechtigten treten sollen. Unseligen Kindern ein Recht auf Hinterbliebenenrente für den Fall des Todes ihres Erzeugers zugeben, lehnt der Entwurf ohne ein Wort der Begründung ab!

### Die mangelhaften

### Unfallverhütungsvorschriften

sind im wesentlichen unverändert geblieben. Das Recht der Arbeiter, in Unfallverhütungsvorschriften eingzugreifen, ist nicht erweitert. Ein Recht, bei der Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften mitzuwirken, soll den Arbeitern auch fernerhin verweigert bleiben. Und doch sollte für eine Unfallgesetzgebung, die auch nur einen Hauch sozialen Empfindens in sich trägt, die Hauptsache sein, in erster Reihe die Zahl der Unfälle durch Zulassung von Arbeiterkontrollen zu vermindern. Völlig bedeutungslos nach dieser Richtung hin ist die Vorschrift, daß die Berufsgenossenschaften künftig nicht nur befragt, sondern auf Verlangen des Reichsversicherungsamtes auch verpflichtet sein sollen, durch Ausstellung technischer Aufsichtsbeamter die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen. Denn solches Recht folgt schon heute aus dem Aufsichtsrecht des Reichsversicherungsamtes. Hat dies von seinem Recht keinen Gebrauch gemacht, so liegt das daran, daß zwar auf dem Papier das Reichsversicherungsamt das Aufsichtsrecht hat, in der Tat aber allmählich eine von den Berufsgenossenschaften zum mindesten intellektuell abhängige Behörde geworden ist.

### Die

### Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften

soll in vollstem Umfang gewahrt bleiben. Die Berufsgenossenschaften sollen aber ebenso wie die Versicherungsanstalten in Zukunft ein Viertel ihres Vermögens in Anleihen des Reiches oder der Bundesstaaten anlegen (§§ 718—721). In den §§ 741—744 ist insoweit eine Erleichterung für die Berufsgenossenschaften vorgeschlagen, als die zur Bildung der Rücklagen erforderlichen Rücklagen mehr als bisher in das Ermenen der einzelnen Berufsgenossenschaft gestellt sind. Die durch die Finanzreform bewilligte Liebesgabe — Ablösung der Vorstandschaft der Reichsversicherungsamtes. Wird sie verjagt und kommt in der fest-

### Berufsgenossenschaftsbeamten

über ihre Anstellungs- und Befoldungsverhältnisse haben den Verfasser keineswegs etwa zu gleichen Eingriffen wie bei den Ortskrankenkassen gebracht. Der Entwurf begnügt sich damit, in den §§ 708 bis 709 der Genossenschaftsbeamten vorzuschreiben, die Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Genossenschaftsbeamten durch eine Dienstordnung angeordnet zu werden. Die Regelung bedarf der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes. Wird sie verjagt und kommt in der fest-

gelehrt ist eine andere Dienstordnung nicht zulässig oder wird sie nicht genehmigt, so erklärt das Reichsversicherungsamt selbst die Dienstordnung

Eine Regelung der Verzeifrage gegenüber den Berufsgenossenschaften findet sich im Entwurf nicht. Und doch ist gegenüber dem Territoriums der Berufsgenossenschaften eine Regelung dringend erforderlich. Bedeutet doch eine Anzahl von Verzeifragen die Abgabe von Gutachten aus Befolgung von Verordnungen durch die Berufsgenossenschaft Arbeitern gegenüber ab. Es muß endlich dem Arbeiter das Recht zugestanden werden, das jeder verletzte Richterarbeiter hat: auf Kosten des zur Zahlung des Schadens Verpflichteten, hier also der Berufsgenossenschaft, sich an einen Arzt zu wenden, zu dem er Vertrauen hat, und von ihm die Erstattung eines Gutachtens auf Kosten des Schadenersatzpflichtigen, also der Berufsgenossenschaft, zu verlangen.

Das Verfahren in Unfallversicherungssachen, das schon heute zu so vielen unberechtigten Klagen Anlaß gibt, will der Entwurf noch erheblich verschlechtern. Nach wie vor soll die Berufsgenossenschaft Partei und Richter in einer Person und ausschlaggebend für das gesamte Verfahren bleiben. Sie soll nach wie vor ohne Mitwirkung von Arbeitern allein als erste Instanz entscheiden. Ihr weitreichender Einfluß den Behörden gegenüber soll nach der Vorlage noch verstärkt werden, als sie berechtigt sein soll, das Versicherungsamt, das nachher als angeblich erste Instanz fungieren soll, um Vornahme von Ermittlungen, die sie für wünschenswert hält, zu requirieren. Das Versicherungsamt soll verpflichtet sein, den Requisitionen der Berufsgenossenschaft Folge zu leisten. Hierin liegt eine Verschleppung der Anerkennung des Anspruchs des Verletzten und eine Erweiterung der Macht der Berufsgenossenschaft. Erst nachdem die Berufsgenossenschaft geruht hat, als wirklich erste Instanz zu entscheiden, ob und in welcher Höhe sie den Anspruch auf Rente anerkennt, soll der Arbeiter sich an das Versicherungsamt wenden können. Dies entscheidet in der Besetzung durch den Versicherungsmann oder seinen Vertreter und je einen Arbeiter und Arbeitgeber als nummehr angeblich erste Instanz. Dann soll eine Berufung an das Oberversicherungsamt zulässig sein. Dies entscheidet in der Besetzung durch ein beamtetes Mitglied des Oberversicherungsamts und je zwei Vertreter aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen. Gegen dessen Entscheidung soll nicht mehr der Rekur, sondern lediglich die Revision an das Reichsversicherungsamt dem Verletzten zustehen! Es mag nebensächlich erwähnt werden, daß auch das Reichsversicherungsamt insofern eine Verschlechterung in der Zusammenfassung erfahren soll, als in Zukunft in ihm nicht nur, wie leider schon jetzt in den Spruchsenaten, sondern auch in dem großen Senat nur je ein Arbeiter und ein Arbeitgeber

Sich und Stimme haben soll. Sitzung waren im großen Senat je zwei Arbeiter und Arbeitgeber vertreten.

Durch die Befestigung des Rechtsmittels des Rekurses, welches gegenwärtig in Sachen der Unfallversicherung besteht und nach langem Kampf im Jahre 1899 aufrechterhalten blieb, ist eine ganz erhebliche Verschlechterung des Rechts wegen auf dem Gebiete der Unfallversicherung gegen den Arbeiter geschahen. Außerdem ist die Revision noch in allen Fällen ausgeschlossen, in denen es sich handelt um 1. freie Krankenbehandlung; 2. bei einer Rente, die für die Dauer vorübergehender Erwerbsunfähigkeit oder einen Rentenanteil, der bei dauernder Erwerbsunfähigkeit auf Zeit zu gewährt ist; 3. Sterbegeld; 4. Heilanstaltspflege; 5. Angehörigenrente; 6. die neue Feststellung der Entschädigung, nach Eintritt einer Veränderung der Verhältnisse; 7. Kapitalabfindung bei Renten bis 20 Proz.; 8. Kosten des Verfahrens.

Insofern der Ausschluß des Rekurses und der Revision für die Fälle, in denen wegen veränderter Verhältnisse eine Herabsetzung der Rente eingetreten ist, bedeutet eine ganz enorme Verschlechterung des bestehenden Rechtes.

Das Rechtsmittel der Revision soll sich nicht auf die Behauptung von Tatsachen stützen lassen, vielmehr soll die Revision nach dem Gesetz nur begründet werden können:

- a) auf Gesetzesverletzungen. Das Gesetz ist verletzt, wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet worden ist;
b) auf einen Verstoß gegen den klaren Inhalt der Akten. Ein solcher liegt namentlich dann vor, wenn Tatsachen festgestellt sind, für die sich in den Akten kein genügender Anhalt findet, oder wenn Tatsachen von Bedeutung bei der Entscheidung unbeachtet geblieben sind, die in den Akten festgestellt waren;
c) auf wesentliche Mängel des Verfahrens. Die Tatsachen, welche die Mängel ergeben, müssen festgestellt werden.

Durch diese Kürzung des Rechtsganges für den Verletzten tritt gleichzeitig eine ungeheure materielle Schädigung des Unfallverletzten — selbst an dem heutigen bedauernden Stande der Rechtspflege gemessen — ein.

Schördenorganisation, die die Reichsversicherungsordnung mit ihren Versicherern und Oberversicherungsämtern vorschlägt, stellt, wie von uns wiederholt dargelegt ist, einen schwerfälligen, kostspieligen, bürokratischen Beamtenapparat dar, der nach keiner Richtung der Berechtigung zu dienen imstande wäre, und auch in der Tat nicht diese Wirkung, sondern die Wirkung haben soll, die Rechte der Arbeiter noch mehr zu verfürzen und ihnen den Rest einer Selbstverwaltung zu entziehen.

Die Begründung sucht die Kosten, die die Versicherungsämter ausmachen würden, auf jährlich 6772 670 M. zu beziffern, ganz abgesehen davon, daß auch diese Summe eine ganz ungeheure wäre, um einen Haufen von Beamten hinzustellen, die bei dem Mangel ausreichender geistiger Beschäftigung geistiger Verfallung vollends anheimfallen müßten, und lediglich wirtschaftliche Benachteiligungen der Arbeiter und Erbitterung der Arbeiterklasse bewirken könnten, ist die Berechnung der Begründung durchaus hin-fällig. Die Notizen nehmen an, 1000 Versicherungsämter würden erforderlich. Für jedes Versicherungsamt ist in der Regel ein Versicherungsmann und noch mindestens ein Beamter sowie ein Bureau mit einer Zahl von Bureaubeamten vorgezogen. Rechnet man auch nur andert-halb Versicherungsbeamte oder Stellvertreter und drei Beamte auf jedes Versicherungsamt, so wären die Ver-sicherungsämter allein 4500 Beamte auf. Rechnet man als Durchschnitt des Gehalts 3000 M. — in Wahrheit würde es höher sein — so würden also allein an persönlichen Kosten für die Versicherungsämter über 13 Millionen erwachsen. Rechnet man ferner nur 2000 M. für jährliche Kosten für jedes Amt, so wäre eine Kostensumme von jährlich 15 Millionen für die Versicherungsämter außerordentlich niedrig veranschlagt. Hinzu treten die Kosten für die Oberversicherungsämter. Setzt man hier die Kosten auf weniger als die Hälfte an, so läme als Minimum ein Jahresbetrag von 20—25 Millionen für das vorgeschlagene neue Beamtenheer in Betracht. In Wahrheit würde die neue Behördenorganisation vielleicht auch das Dreifache an Kosten verursachen. Diese Beamtenversorgung auf Kosten der Arbeiter nennt das Reichsamt: Versicherung der Arbeiter!

Die Reichsversicherungsordnung bringt nach dem Dargelegten ungeheure Nachteile den Arbeitern. Diese wird sie durch die Masse der Paragraphen, die sie aufführt, nicht täuschen. Gegen dieses Gesetz, das den Arbeitern so ungeheure Nachteile beschert, will, gilt es für die Arbeiter ohne Unterschied der politischen Richtung gemeinsam Front zu machen. Es kann sich nicht nur darum handeln, die vorgeschlagenen Neuerungen abzumehren, sondern es ist Aufgabe der Arbeiterklasse, die schon heute möglichen und nötigen Änderungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens durchzusetzen. Und das sind recht viele.

Wöchentlich Marktbericht der hiesigen Marktschaffens-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktschaffens. Marktwoche: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft regt, Preise für Hammelfleisch anziehend, sonst un- verändert. Eid: Zufuhr sehr knapp, Geschäft ruhig, Preise fest. Eier: 114 g: Zufuhr sehr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. 114 g: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft still, Preise für Käse un- verändert, für Butter nachgebend. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

# Theater und Vergnügungen

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
Mittwoch zum 25. Male:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
**Theater des Westens.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Die geschiedene Frau.**  
Samst. 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Leutnantsmündel**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Dienstag, 12. April, abends 8 Uhr:  
Ent-Gesellp. d. Neuen Schauspielhauses  
**Alt-Heidelberg**  
mit Karl Heinz u. Harry Walden.  
Morgen und folgende Tage:  
**Alt-Heidelberg.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Goldene Herzen.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Egnont.**

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Goldfische.**  
Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schönschan und Gustav Nabelburg.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Goldfische.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Goldfische.**

**Zirkus Colombo**  
Magazinstr. 6/7, am Alexanderplatz.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
14 Attraktions-Nummern.  
**Fontane u. Gerard,**  
renommierte Reitschüler.  
**Gastspiel-Theater.**  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Miss Dudelsack.**  
Letzte Woche: Miss Dudelsack.

**Zirkus Busch.**  
Heute, Dienstag, den 12. April, abends 7 1/2 Uhr präz.:  
**Großer Gala-Abend.**  
**Henricksens wilde Tigergruppe**  
(völlig unerreichte konkurrenzlose Dresseur.)  
Die ber. Max Grigory-Truppe.  
**Geschw. Füllis** in ihren Produktionen d. hohen Schule.  
Hr. E. Schumann, Meisterdress.  
Zwergvolcan Francois, Kunstr.  
Reitersfamilie Proserpi.  
9 1/2 Uhr os. Ende 10 1/2 Uhr:  
Die russ. Sensations-Pantomime  
**Marja!**

**Leistung. Heiraten.**  
**Neues Schauspielhaus. Die Kampa.**  
Kleines. Lustspiel.  
Komische Ober. Zigeunerliebe.  
Verteuer. Tölpel.  
Menes. Die goldene Ritterzeit.  
Wespen. Die geschiedene Frau.  
Neues Operetten. Der Graf von Zuzumburg.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Nachtlicht.**  
(Le Gigolo.)  
Schauspiel in 3 Akten v. M. Ramacoz.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die selbige Vorstellung.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr:  
**Ueber den Brenner nach Venedig.**  
**WINTERGARTEN**  
**Cleo de Merode.**  
Siegwart Gentes  
in seinem Sketch:  
„Eine Opernprobe“.  
**Rosina Casselli**  
mit ihrem Miniar-Wunderhändchen.  
**Paul Conchas**  
der Armo-Herkules in seiner Saeno: „Im Feldlager“ und das buntwechelnde  
**April-Programm!**  
**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von J. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Herrnfeld Theater**  
Rommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—9 Uhr.  
**Jachynus 4. Serie.**  
Meine Deine Tochter.  
Original-Abendpartie mit Union und Donat Herrnfeld.  
Sonntag nachtr. 4 Uhr:  
Eine Hebergangs-Ghe.  
Ein Rettungsmittel.  
**In Vorbereitung:**  
Die Novitäten:  
**Wenn zwei daselbe tun.**  
Eine Konkurrenz-Romöle in 2 Akten von Union und Donat Herrnfeld.  
**Das starke Stück.**  
Schauspiel in 1 Akt von J. Hartl.

**Walhalla-Variete Theater**  
Weinbergsweg 10-20, Rosenthal-Tor.  
— Anfang 8 Uhr. —  
**Das neue Programm.**  
Eria Keschel, die ideale Soubr. und die übrigen Spezialitäten.  
Tunnel: Die allergrößten Kanone  
Theaterbesucher freier Eintritt.  
**Folies Caprice**  
Heute und folgende Tage:  
**Der Luftturner.**  
Neuer bunter Teil.  
**Herr Wasserkropt.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Cranz's Volks-Theater**  
Kölnener Straße 8.  
Heute sowie jeden Dienstag:  
**Paul & Springers**  
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Nachdem: Tanz.

**Leistung. Heiraten.**  
**Neues Schauspielhaus. Die Kampa.**  
Kleines. Lustspiel.  
Komische Ober. Zigeunerliebe.  
Verteuer. Tölpel.  
Menes. Die goldene Ritterzeit.  
Wespen. Die geschiedene Frau.  
Neues Operetten. Der Graf von Zuzumburg.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Nachtlicht.**  
(Le Gigolo.)  
Schauspiel in 3 Akten v. M. Ramacoz.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die selbige Vorstellung.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr:  
**Ueber den Brenner nach Venedig.**  
**WINTERGARTEN**  
**Cleo de Merode.**  
Siegwart Gentes  
in seinem Sketch:  
„Eine Opernprobe“.  
**Rosina Casselli**  
mit ihrem Miniar-Wunderhändchen.  
**Paul Conchas**  
der Armo-Herkules in seiner Saeno: „Im Feldlager“ und das buntwechelnde  
**April-Programm!**  
**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von J. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Herrnfeld Theater**  
Rommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—9 Uhr.  
**Jachynus 4. Serie.**  
Meine Deine Tochter.  
Original-Abendpartie mit Union und Donat Herrnfeld.  
Sonntag nachtr. 4 Uhr:  
Eine Hebergangs-Ghe.  
Ein Rettungsmittel.  
**In Vorbereitung:**  
Die Novitäten:  
**Wenn zwei daselbe tun.**  
Eine Konkurrenz-Romöle in 2 Akten von Union und Donat Herrnfeld.  
**Das starke Stück.**  
Schauspiel in 1 Akt von J. Hartl.

**Walhalla-Variete Theater**  
Weinbergsweg 10-20, Rosenthal-Tor.  
— Anfang 8 Uhr. —  
**Das neue Programm.**  
Eria Keschel, die ideale Soubr. und die übrigen Spezialitäten.  
Tunnel: Die allergrößten Kanone  
Theaterbesucher freier Eintritt.  
**Folies Caprice**  
Heute und folgende Tage:  
**Der Luftturner.**  
Neuer bunter Teil.  
**Herr Wasserkropt.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, 14. April 1910:  
Auf allgemeinen Wunsch wiederholt:  
**Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

**Leistung. Heiraten.**  
**Neues Schauspielhaus. Die Kampa.**  
Kleines. Lustspiel.  
Komische Ober. Zigeunerliebe.  
Verteuer. Tölpel.  
Menes. Die goldene Ritterzeit.  
Wespen. Die geschiedene Frau.  
Neues Operetten. Der Graf von Zuzumburg.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Nachtlicht.**  
(Le Gigolo.)  
Schauspiel in 3 Akten v. M. Ramacoz.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die selbige Vorstellung.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr:  
**Ueber den Brenner nach Venedig.**  
**WINTERGARTEN**  
**Cleo de Merode.**  
Siegwart Gentes  
in seinem Sketch:  
„Eine Opernprobe“.  
**Rosina Casselli**  
mit ihrem Miniar-Wunderhändchen.  
**Paul Conchas**  
der Armo-Herkules in seiner Saeno: „Im Feldlager“ und das buntwechelnde  
**April-Programm!**  
**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von J. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Herrnfeld Theater**  
Rommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—9 Uhr.  
**Jachynus 4. Serie.**  
Meine Deine Tochter.  
Original-Abendpartie mit Union und Donat Herrnfeld.  
Sonntag nachtr. 4 Uhr:  
Eine Hebergangs-Ghe.  
Ein Rettungsmittel.  
**In Vorbereitung:**  
Die Novitäten:  
**Wenn zwei daselbe tun.**  
Eine Konkurrenz-Romöle in 2 Akten von Union und Donat Herrnfeld.  
**Das starke Stück.**  
Schauspiel in 1 Akt von J. Hartl.

**Walhalla-Variete Theater**  
Weinbergsweg 10-20, Rosenthal-Tor.  
— Anfang 8 Uhr. —  
**Das neue Programm.**  
Eria Keschel, die ideale Soubr. und die übrigen Spezialitäten.  
Tunnel: Die allergrößten Kanone  
Theaterbesucher freier Eintritt.  
**Folies Caprice**  
Heute und folgende Tage:  
**Der Luftturner.**  
Neuer bunter Teil.  
**Herr Wasserkropt.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, 14. April 1910:  
Auf allgemeinen Wunsch wiederholt:  
**Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

**Leistung. Heiraten.**  
**Neues Schauspielhaus. Die Kampa.**  
Kleines. Lustspiel.  
Komische Ober. Zigeunerliebe.  
Verteuer. Tölpel.  
Menes. Die goldene Ritterzeit.  
Wespen. Die geschiedene Frau.  
Neues Operetten. Der Graf von Zuzumburg.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Nachtlicht.**  
(Le Gigolo.)  
Schauspiel in 3 Akten v. M. Ramacoz.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die selbige Vorstellung.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr:  
**Ueber den Brenner nach Venedig.**  
**WINTERGARTEN**  
**Cleo de Merode.**  
Siegwart Gentes  
in seinem Sketch:  
„Eine Opernprobe“.  
**Rosina Casselli**  
mit ihrem Miniar-Wunderhändchen.  
**Paul Conchas**  
der Armo-Herkules in seiner Saeno: „Im Feldlager“ und das buntwechelnde  
**April-Programm!**  
**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von J. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Herrnfeld Theater**  
Rommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—9 Uhr.  
**Jachynus 4. Serie.**  
Meine Deine Tochter.  
Original-Abendpartie mit Union und Donat Herrnfeld.  
Sonntag nachtr. 4 Uhr:  
Eine Hebergangs-Ghe.  
Ein Rettungsmittel.  
**In Vorbereitung:**  
Die Novitäten:  
**Wenn zwei daselbe tun.**  
Eine Konkurrenz-Romöle in 2 Akten von Union und Donat Herrnfeld.  
**Das starke Stück.**  
Schauspiel in 1 Akt von J. Hartl.

**Walhalla-Variete Theater**  
Weinbergsweg 10-20, Rosenthal-Tor.  
— Anfang 8 Uhr. —  
**Das neue Programm.**  
Eria Keschel, die ideale Soubr. und die übrigen Spezialitäten.  
Tunnel: Die allergrößten Kanone  
Theaterbesucher freier Eintritt.  
**Folies Caprice**  
Heute und folgende Tage:  
**Der Luftturner.**  
Neuer bunter Teil.  
**Herr Wasserkropt.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, 14. April 1910:  
Auf allgemeinen Wunsch wiederholt:  
**Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

**Leistung. Heiraten.**  
**Neues Schauspielhaus. Die Kampa.**  
Kleines. Lustspiel.  
Komische Ober. Zigeunerliebe.  
Verteuer. Tölpel.  
Menes. Die goldene Ritterzeit.  
Wespen. Die geschiedene Frau.  
Neues Operetten. Der Graf von Zuzumburg.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Nachtlicht.**  
(Le Gigolo.)  
Schauspiel in 3 Akten v. M. Ramacoz.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die selbige Vorstellung.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr:  
**Ueber den Brenner nach Venedig.**  
**WINTERGARTEN**  
**Cleo de Merode.**  
Siegwart Gentes  
in seinem Sketch:  
„Eine Opernprobe“.  
**Rosina Casselli**  
mit ihrem Miniar-Wunderhändchen.  
**Paul Conchas**  
der Armo-Herkules in seiner Saeno: „Im Feldlager“ und das buntwechelnde  
**April-Programm!**  
**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von J. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Herrnfeld Theater**  
Rommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—9 Uhr.  
**Jachynus 4. Serie.**  
Meine Deine Tochter.  
Original-Abendpartie mit Union und Donat Herrnfeld.  
Sonntag nachtr. 4 Uhr:  
Eine Hebergangs-Ghe.  
Ein Rettungsmittel.  
**In Vorbereitung:**  
Die Novitäten:  
**Wenn zwei daselbe tun.**  
Eine Konkurrenz-Romöle in 2 Akten von Union und Donat Herrnfeld.  
**Das starke Stück.**  
Schauspiel in 1 Akt von J. Hartl.

**Walhalla-Variete Theater**  
Weinbergsweg 10-20, Rosenthal-Tor.  
— Anfang 8 Uhr. —  
**Das neue Programm.**  
Eria Keschel, die ideale Soubr. und die übrigen Spezialitäten.  
Tunnel: Die allergrößten Kanone  
Theaterbesucher freier Eintritt.  
**Folies Caprice**  
Heute und folgende Tage:  
**Der Luftturner.**  
Neuer bunter Teil.  
**Herr Wasserkropt.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, 14. April 1910:  
Auf allgemeinen Wunsch wiederholt:  
**Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

**Leistung. Heiraten.**  
**Neues Schauspielhaus. Die Kampa.**  
Kleines. Lustspiel.  
Komische Ober. Zigeunerliebe.  
Verteuer. Tölpel.  
Menes. Die goldene Ritterzeit.  
Wespen. Die geschiedene Frau.  
Neues Operetten. Der Graf von Zuzumburg.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Nachtlicht.**  
(Le Gigolo.)  
Schauspiel in 3 Akten v. M. Ramacoz.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die selbige Vorstellung.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr:  
**Ueber den Brenner nach Venedig.**  
**WINTERGARTEN**  
**Cleo de Merode.**  
Siegwart Gentes  
in seinem Sketch:  
„Eine Opernprobe“.  
**Rosina Casselli**  
mit ihrem Miniar-Wunderhändchen.  
**Paul Conchas**  
der Armo-Herkules in seiner Saeno: „Im Feldlager“ und das buntwechelnde  
**April-Programm!**  
**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von J. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Herrnfeld Theater**  
Rommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—9 Uhr.  
**Jachynus 4. Serie.**  
Meine Deine Tochter.  
Original-Abendpartie mit Union und Donat Herrnfeld.  
Sonntag nachtr. 4 Uhr:  
Eine Hebergangs-Ghe.  
Ein Rettungsmittel.  
**In Vorbereitung:**  
Die Novitäten:  
**Wenn zwei daselbe tun.**  
Eine Konkurrenz-Romöle in 2 Akten von Union und Donat Herrnfeld.  
**Das starke Stück.**  
Schauspiel in 1 Akt von J. Hartl.

**Walhalla-Variete Theater**  
Weinbergsweg 10-20, Rosenthal-Tor.  
— Anfang 8 Uhr. —  
**Das neue Programm.**  
Eria Keschel, die ideale Soubr. und die übrigen Spezialitäten.  
Tunnel: Die allergrößten Kanone  
Theaterbesucher freier Eintritt.  
**Folies Caprice**  
Heute und folgende Tage:  
**Der Luftturner.**  
Neuer bunter Teil.  
**Herr Wasserkropt.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, 14. April 1910:  
Auf allgemeinen Wunsch wiederholt:  
**Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

# VI. Landtagswahlbezirk

Dienstag, den 12. April 1910, abends 8 1/2 Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:

## Oeffentl. Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten **Adolf Hoffmann** Volksverhöhnung und Volksverrat über:

### Verkündigung des Wahlergebnisses.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Das Wahlkomitee. J. H. Ernst Bader, Große Frankfurter Str. 34.

# Zentralverband der Maurer Deutschlands

Bureau: Engelauer 15, III. Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, 4098.

Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Neue Welt“, Hasenheide 108-114:

## Außerordentliche General-Versammlung

aller zum

Gesamtzweigverein gehörigen Bezirke und Zahlstellen

der Sektionen der

**Maurer, Putzer, Gips- und Zement-Branche, Fliesenleger, Backofenmaurer u. Kunststeinversetzer.**

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Aussperrung im deutschen Baugewerbe und die hierzu getroffenen Maßnahmen der Arbeiterorganisationen.
2. Diskussion.

**Kollegen!** Die Unternehmer haben zum Teil schon den Beschluß ihrer Organisation durchgeführt, in mehreren Städten sind Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt. Beweist darum durch vollständiges Erscheinen, daß Ihr Euch eins fähig mit den Opfern der Aussperrung; daß Ihr Euch einig fähig in dem Willen, den von den Unternehmern hingeworfenen Beschäftigungsausschlag aufzunehmen und deren Angriff abzuschlagen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Zweigvereinsvorstand.

## Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr:

### Zwei große Mitglieder-Versammlungen.

**Gipsbaubranche:** Putzer, Träger und Nabispanner

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal.

**Betonbaubranche:** Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter

bei Jannaschl, Inselstraße 10.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Die bevorstehende Lohnbewegung. 2. Diskussion.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, die Versammlung seiner Gruppe zu besuchen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

NB. Am Sonntag, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal, der am 27. Februar ausgelassene Lichtbilder-Vortrag über: „Die vulkanischen Erscheinungen und ihre Ursachen“ statt. Die bereits zum 27. Februar gelösten Programme haben zu diesem Vortrag Gültigkeit. Programme a. Versou 20 Bl. Inflation, Tanz und noch bei den Grundbesitzverbreitern und im Bureau, Engelauer 15, zu haben. Alle Kollegen, Freunde und Bekannte sind zu diesem Vortragsabend freundlichst eingeladen.

## Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 14. April 1910, abends 8 Uhr:

## Außerordentliche Generalversammlung

in Anton Voekers Festsälen, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:

1. Die außerordentlichen Maßnahmen des Verbandstages zu der Aussperrung im deutschen Baugewerbe. 2. Diskussion.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir, daß die Mitglieder vollständig erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß.

29/16\*

Der Zweigvereinsvorstand.

## Torpedo-Schreibmaschinen,

Modell 3, verkaufe ich zu billigem Preise mit voller Garantie, da Modell 4 herausgekommen. Vorführung kostenlos.

Franz Kaiser, Mohrenstraße 22/23.

## Möbel

liefert auf Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bester Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

## H. Pfau, Bandagist

Berlin Dirksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Holzbeizstraße. — Amt VII, 18709.

Für Damen Frauen-Bedienung. \* Lieferant für alle Krankenkassen.

**Hühner,** junge, beste Lager, 24, 30, 36, sofort schlachtbare Brutzüchter, deutscher Hochleistungs-Rassen, empfiehlt unter Garantie für Gesundheit Wegner, Berlin 50., Mühlentorstraße 34.

## Steinarbeiter!

Dienstag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr in den Arminkassen, Kommandantenstraße 55/59:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Wahl der Delegierten zum Verbandstage.
3. Stellungnahme und endgültige Beschlußfassung in der Tariffrage der Bau- und Grabsteinbranche.
4. Verschiedenes.

Die Versammlung wird präzis eröffnet. Die Kollegen aller Branchen, auch die Marmorarbeiter, werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

171/7\*



Mit Pulmonov  
Schild'sches Pfälzer-Bitterbrot!  
Pflanzlich-Bitter-Mercurjodina  
H. Schlinck & Co. A.-G.  
Hamburg und Mannheim

## Orts-Krankenkasse

des Maurergewerbes zu Berlin.

Donnerstag, den 11. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal III):

## General-Versammlung

der Vertreter der Rassenmitglieder und der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung:

1. Vorlegung des Verwaltungsbereichs und Rechnungsabschlusses pro 1909.
2. Bericht der Prüfungskommission und Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung.
3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Rassenmitglieder des Rechnungsausschusses.
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes an Stelle des durch den Tod ausgeschiedenen Mitgliedes Herrn Schönbach für die Zeit der Amtsdauer d. i. bis 31. Dezember 1910.
5. Beratung und Beschlußfassung über das Besonderegesetz der Rassenbeamten.

Sollte die Tagesordnung am oben genannten Tage nicht erledigt werden, so soll die Fortsetzung der Generalversammlung am darauf folgenden Sonntag, den 18. April, in demselben Lokal stattfinden.

Berlin, 1. April 1910.

Der Vorstand.

K. Lohng, A. Oachs, Schriftführer, Vorsitzender.

Gemeinsame

## Orts-Krankenkasse

für

Nowawes u. Umg.

Gemäß § 51 Abs. 1 des Rassenstatuts werden hiermit nachstehende, zu der am 18. d. M. stattfindenden Generalversammlung eingegangene Vorschläge veröffentlicht:

1. Für sämtliche Lohnklassen hat die Festsetzung nach Monatsgehältern in Bezug zu kommen.
2. Bei § 51 des Statuts Zeile 4 hinter Bekanntmachung im „Vorwärts“, „Romanischer Zeitung“ und „Botschafter Intelligenzblatt“ zu setzen.

Der Vorsitzende, gez. Reiten.

Neuerfassen sind:

## Biblische Geschichten

Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion.

Von

Max Maurenbrecher.

Preis geb. 7,50 M.

Auch in 10 Lieferungen a 1.-M.

Verbandsabgabe pro Best 40 Pf.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68

Lindenstraße 69 (Laden).

## Pumpen

aller Art

für Abessinier- u. Kesselbrunnen, Jauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Kataloge gratis.

Paul Gries,

Berlin 50. 16,

Köpenicker Straße 44.

## Engelhardt

# Caramel-Bier

Alkoholfreies Spezialbräu.

Aerellisch empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährlose Mütter etc. etc.

Preis pro Flasche 10 Pfg.

Überall käuflich.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.

BERLIN-PANKOW.

Größte Malzbräuerei Deutschlands.

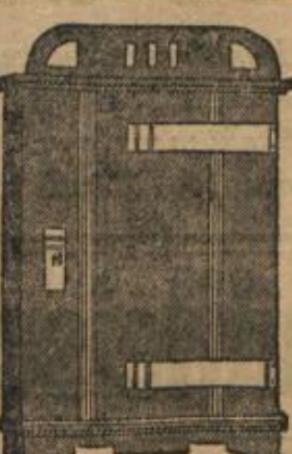
# Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorräte beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, selbsthaft billig. Außerdem Herren-Waletts . . . 8 12 14 18 M. | Gehrock-Anzüge . . . 11 15 22 26 M. Jackett-Anzüge . . . 10 12 15 20 M. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 M. Hoch-Anzüge . . . 12 16 18 20 M. | Jacketts, Fracks, Smoking's etc.

**J. WAND,** Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der

Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseestr. 59, Unterbreitschloß.

III. Geschäft: Brunnenstraße 179. 277/20\*



Hausapotheke, dunkel Eiche.



Geschenkt bekommen Sie

neben abgebildete und noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie

## „Nigrin“

in Ihrem Haushalt verwenden.

Alleiniger Fabrikant

Carl Gentner in Göppingen (Württemberg)

und Fabrikant des besten Vollkornseifenpulvers „Goldperle“ mit Geschenk in jedem Paket.

# Baer Sohn



Spezialhaus größten Maßstabes

GEGRÜNDET IM JAHRE 1891

Chausseestraße 29-30  
11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstraße 20  
Schöneberg, Hauptstr. 10

□ □ □

Im Interesse prompter Lieferung

wird das geehrte Publikum gebeten, die Maß-Aufträge möglichst frühzeitig aufzugeben, damit der zum Pfingstfest :::: regelmäßig wiederkehrenden Anhäufung von Aufträgen :::: vorgebeugt wird ::::

## Modernste Maß-Anfertigung vornehmer Herren-Kleidung

aus erstklassigen deutschen und englischen Erzeugnissen in vollendet schöner Ausführung. — Tadelloser Sitz.

Feine Anzüge nach Maß	Ulster, Paletots nach Maß	Beinkleider nach Maß
M. 40.- 48.- 52.- 56.-	M. 36.- 40.- 44.- 48.-	M. 9.- 10.- 11.- 12. <sup>00</sup>
M. 60.- 65.- 70.- 74.-	M. 52.- 55.- 58.- 64.-	M. 14.- 15.- 16.- 17.-
M. 78.- 80.- 88.- 96.-	M. 68.- 72.- 76.- 80.-	M. 18.- 20.- 24.- 28.-

Der Haupt-Katalog No. 39 (soeben erschienen) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

# Gebrüder H. & O. Richter

**Kohlengroßhandlung**  
Amt IV 9345 BERLIN S. 59 Amt IV 9345  
Urbanstraße 114-115

Frei Keller	
Salon-Briketts großes Format . . . . .	1000 Stück M. 8.00
Industrie-Briketts bei 10 Zentner . . .	à Zentner M. 0.85
Steinkohlen Nuß II, gesiebt . . . . .	à Zentner M. 1.40
Gas-Koks städt., zerkleinert . . . . .	à Hektoliter M. 1.55
Gas-Koks städt., grob, für Zentralheizung, in Fuhren von 80 Zentner ab . . . . .	à Zentner M. 1.22
Anthrazit engl., Ia Cadé und Lönhold . . . . .	à Zentner M. 2.40
Schmiedekohlen engl., Ia bei 10 Zentner .	à Zentner M. 1.40
Holzkohlen Kiefern-, mittel, bei 5 Tonnen .	à Tonne M. 3.40

## Kiefern-, Buchen-, Eichen-, Eisenholz

zu den billigsten Preisen.

Bei Waggonbezügen Preisermäßigung.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Achten Sie genau auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**  
Amt IV, 3014.

## Sohlengreiz

Spart Geld und erhält die Gesundheit! Unübertreffliches Mittel, die Sohle dauerhaft und wasserdicht zu machen.

Dose 25 Pfg. 2 Dosen postfrei 50 Pfg. (auch Briefmarken) v. d. Sohlengreißfabrik Karl Käch, Berlin-Friedenau.

## Schneiderei für elegante Herren- u. Knaben-Garderobe.

Fortig und nach Mass. — Garantie für tadellosen Sitz und beste Verarbeitung. Auf **Teilzahlung** Woche rate von **1 Mk.** ..  
**J. Kurzberg**  
Rosenthalerstr. 40  
direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. I. Etage.

## Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet, zweifelhaft. Fall durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; besgl. Harn- (spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, an Kronen- und Robrenstraße, I. 5724. Ref. Rüdpr. bistr. u. telefon. Geöffnet von 8-8 Sonntag von 12-1.

# Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 4409L<sup>a</sup>  
gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60-80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

**Kein Abzahlungs-Geschäft.**

Ziehung 11. u. 12. Mai

## Berliner Arbeitsstätten-Lotterie

Gesamtbetrag der Gew. Mark.

**50000**  
aus 2227 Gew. von 5 bis 5000 Mark

**30000**  
u. ein Hauptgewinn Mark.

**20000**

Originallose à 2.— Mark, Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit

**G. Dischialis & Co.,** Bankgeschäft,

Berlin C. 2, Königstr. 34-36.

Auch zu haben in sämtlichen Lotterie- und Zigarrengeschäften.

# Bloeker's daalders Cacao

ein vorzügliches Getränk mit köstlichem Aroma, die beliebteste und in Holland am meisten gekaufte Cacaomärke.

2 Pfundbüchse . . . . . M. 3.90 | 1 Pfundbüchse . . . . . M. 2.—  
1/2 Pfundbüchse . . . . . „ 1.05 | 1/2 Pfund-Probepbüchse . . . . . „ 0.50

Niederlage Berlin, Schiffbauerdamm 16. Käuflich in allen feinen Kaffee- und Kolonialwarengeschäften.

# Saftiges Rindfleisch

Achtung vor Nachahmungen!

und doch eine vorzügliche Fleischbrühe erzielt die Hausfrau, wenn sie das Fleisch mit kochendem Wasser ansetzt, die Suppe aber beim Anrühren

mit **MAGGI** Würze mit dem Kreuzstern

verbessert. — Sehr angiebig, man verwende den Würzsparer.



Mittwoch, Zahlabend in allen Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Kreis, Friedrichshagen. Sachinacht für Buchdrucker usw. am Mittwoch, den 13. April, abends 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meyer, Draisenstr. 108. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Ansprache. Gute Beteiligung erwarten. Die Vertrauensleute.

Waldershof. Mittwoch, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von H. Kaul, Bismarckstr. 16, Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Vortrag: Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifestes. Referent: Genosse Fortig. 4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Am Mittwochabend 8 Uhr findet anstelle des Zahlabends im Weidhornischen Lokale unsere Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Wahlfeier. 2. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Abgeordnetenwahl im 6. Berliner Landtagswahlbezirk findet heute statt. Es wird hierzu berichtet: „Das Wahlkomitee und die Vertrauensmänner der Fortschrittlichen Volkspartei im 6. Berliner Landtagswahlbezirk haben, wie bei den Wahlmänner-Ergebniswahlen, auch für die Abgeordnetenwahlen am 12. April beschlossen, sich der Wahl zu enthalten. Die Wahlmänner der Fortschrittlichen Volkspartei werden ersucht, der Wahl fernzubleiben.“

Unsere parteigewissen Wahlmänner wollen infolge dieses Beschlusses nicht etwa sich verleiten lassen, weniger zahlreich zur Wahl zu erscheinen, als das sonst der Fall ist. Jeder Wahlmann muß heute seine Stimme abgeben und den Genossen Adolf Hoffmann wählen.

Unsere Sonntagdemonstration

bildete gestern überall den Gegenstand der Unterhaltung. Schon früh in den Eisenbahnwagen der Stadt- und Vorortzüge, auf der Arbeitshütte, drehte sich das Gespräch fast ausschließlich um den imposanten Verlauf der Kundgebung am Sonntag. Freudig begrüßt wurde von den Arbeitern die Extraausgabe des „Vorwärts“ mit ihren Illustrationen, die auch im Straßenhandel lebhaft begehrt wurde. Selbst in den Restaurants, in denen das gute bürgerliche Publikum verkehrt, unterhielt man sich über den Verlauf der Sonntagsdemonstration und selbst verbobte Gegner ließen sich zu anerkennender Bewunderung unserer Disziplin herbei. Am meisten mißte die Polizei Spielregeln lausen ob ihres früheren Verhaltens gegen die Arbeiter.

Aus dieser Stimmung heraus sind auch die nachfolgenden Zeilen geschrieben, die uns ein Parteifreund schickt:

Wo Du nicht bist, Herr Volkspolizist, kommt nie das Volk in Röhren. Doch, wenn Du stark vertreten bist, geht alle Ordnung flöten.

Ueber das Erziehungshaus Lenzheim

haben wir wiederholt in unserem Blatte berichten müssen. Anlaß dazu gab der Tod eines Kindes, dessen Eltern in Stralau wohnten, und das nach Lenzheim verbracht wurde, obwohl unter den dortigen Ferienkolonien bereits Scharlach und Masern herrschten. Der Wahlereim Stralau hatte sich der Sache angenommen und war bei dem Gemeindevorstand in Stralau vorstellig geworden. Jetzt hat die Gemeindevorstattung von Stralau beschlossen, die Ferienkolonie Lenzheim in Zukunft von Gemeindevorstand nicht mehr zu benutzen. Die Bezirksleitung des Wahlereims — der vom Gemeindevorstand eine diesbezügliche Mitteilung zugegangen — hat sich erneut mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, von weiteren Schritten abzusehen, da die Forderung, nach Lenzheim keine erholungsbedürftigen Kinder wegen der dort getretenen Mischstände zu überweisen, erfüllt ist.

Die Freigabe des Spielplatzes an der Gleim-, Gaudy- und Schwedterstraße ist zu einer Hälfte am Sonntag endlich erfolgt. Längere Zeit hat wohl in Berlin selten die Anlage eines so kleinen Schmutzplatzes erfordert. Offenlich nimmt die Fertigstellung der zweiten, nach Osten zu gelegenen Hälfte, welche noch weit zurück ist, nicht ebenfalls vier Jahre in Anspruch. Die Ritte der freigegebenen Hälfte zeigt einen runden Spielplatz, der aber, wie ein Ordnungspolizist befragt, ohne Erlaubnis nicht betreten werden darf. Zu der mehrere Meter über dem Straßenniveau gelegenen Schmutzanlage führen zwei breite Granitstiege hinauf.

Von den Demonstrationen, die am Sonntag stattfanden, wird die Buchhandlung Socwärt's Antiquariat herausgegeben, die besonders interessante Szenen wiedergeben. Die Ausgabe erfolgt Mittwochmittag.

Eine Eisenbahner-Sanitätsübung fand am Sonntag vormittag auf dem Anhalter Güterbahnhof an der Mödenerstraße statt. Sie wurde von Vertretern der „Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege vom Roten Kreuz“ geleitet. Etwa 50 Eisenbahner-Erdienstleute der Betriebs- und Maschinen-Inspektion des Berliner Direktionsbezirks nahmen an der Übung teil; die auswärts wohnenden Beamten hatten Urlaub und freie Fahrt zu diesem Zwecke erhalten. Es wurde ein großes Eisenbahnwaggon markiert, bei dem einige Schwerverletzte, nachdem sie Notverbände erhalten, auf Bahnen in den bereitstehenden Krankenwagen transportiert werden mußten.

Ein moderner Schläfenhalter wurde von der Kriminalpolizei unerschädlich gemacht. Vor einigen Tagen wurden einem Herrn auf einem Abenteuer von einer jungen Gelehrten 80 M. und ein Ring gestohlen. Er machte Anzeige und beschrieb das Mädchen so genau, daß die Kriminalpolizei es ermitteln konnte. Das noch nicht 16 Jahre alte Mädchen wurde vernommen, räumte den Diebstahl auch ein, wollte aber durchaus nicht sagen, wo Ring und Geld geblieben seien. Ihre Eltern teilten dagegen mit, daß sie unter dem Einfluß eines ihnen nicht bekannten Mannes stünde, der sie von der Arbeitshütte weggeholt, ihrer Gewalt entzogen und auf Abwege gebracht habe. Dieser Mensch wurde in der Person des 26 Jahre alten Handlungsgehilfen Gustav Meyer aus der Jahnstrasse ermittelt, der erst im November vorigen Jahres wegen Entführung und Verleitung eines minderjährigen Mädchens drei Jahre Gefängnis verbüßt hatte. Bei ihm fand man auch Briefe, aus denen hervorging, daß er auch mit einem 21jährigen Mädchen aus Steintin und mit einem noch nicht 16jährigen Mädchen aus Köpenick in Verbindung stand. Durch deren Vernehmung kam nun an den Tag, daß er alle drei Mädchen durch Drohungen

und Mißhandlungen der Schande zugeführt hatte und für sich ausbeutete. Jetzt hatte er die Absicht, mit ihnen nach Amsterdam zu fahren, um sie dort zu verheiraten. Meyer wurde in Untersuchungshaft genommen; der irrgelieteten Mädchen hat sich die Polizei angenommen, um die Eltern mit ihnen auszuföhnen.

Wie die Stadt Berlin ihre Fürsorgezöglinge behandelt läßt.

Die Stadt Berlin benutzt zur Unterbringung ihrer Fürsorgezöglinge auch eine in Potsdam liegende Erziehungsanstalt, die sich „Pfingsthaus“ nennt. Wer für diese Anstalt und die in ihr herrschenden Zustände verantwortlich ist, das entzieht sich unserer Kenntnis. Wir nehmen an, daß auch das „Pfingsthaus“, wie die meisten dieser Anstalten, aus einer Stiftung hervorgegangen ist. Die oberste Leitung dürfte dann in den Händen eines Kuratoriums liegen, das hauptsächlich aus Pastoren besteht, und daher auf „streng religiöse“ Erziehung sieht.

Man weiß, wie die Waisenerwaltung Berlins sich bisher zu der Erziehungsarbeit solcher Anstalten gestellt hat. Sie mischt sich möglichst wenig hinein, und selbst bei bestimmten Mißgriffen, die etwa ein Anstaltsvorsteher oder ein Erziehungsgehilfe sich zuschulden kommen läßt, ist es schwer, unsere Waisenerwaltung zu einem Einschreiten zu bewegen. Ein Fall dieser Art, der uns aus dem „Pfingsthaus“ mitgeteilt wird, ist so lehrreich, daß er weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Er liegt schon um reichlich anderthalb Jahre zurück, doch ist er auch jetzt noch der Beachtung wert. Von dem Sachverhalt haben wir leider erst jetzt Kenntnis erhalten. Man hat ihn uns mitgeteilt, nachdem der Anabe, um den es sich dabei handelt, sich durch Mord dem „Pfingsthaus“ entzogen hat und nunmehr von der Waisenerwaltung endlich anderswo untergebracht worden ist. Früher hatte die Familie nicht den Mut gehabt, sich an die Oeffentlichkeit zu wenden. Und auch jetzt haben nicht die Eltern, sondern ein Verwandter dafür gesorgt, daß wir von der Sache erfahren und uns bei den Eltern die nötigen Informationen holen konnten.

Ein Anabe Alfred J. war im Oktober 1907 als Fünfjähriger in Fürsorgeerziehung überwiesen und von der Waisenerwaltung Berlins dem „Pfingsthaus“ in Potsdam anvertraut worden. Am dritten Tage entfloh er, doch wurde er noch an demselben Tage in Potsdam wiederergriffen und in die Anstalt zurückgebracht. Er blieb dann in ihr ohne Unterbrechung bis Ende Juli 1908. Am 27. Juli entwich er wieder und flüchtete sich nach Berlin zu seinen Eltern, bei denen er noch am Abend desselben Tages eintraf. Die Mutter führte ihn am nächsten Tage zum Bureau der Waisenerwaltung, weil sie ihn nicht der Fürsorgeerziehung entziehen durfte. Bei der Waisenerwaltung hatte auch schon der Hausvater des „Pfingsthauses“, ein Herr Mediske, sich eingefunden, um die Verfolgung des Flüchtlings zu betreiben. Im Bureau war man geneigt, den Jungen dem Berliner Waisenhause zu Nummernburg zu übergeben, doch Herr Mediske erklärte, er wolle ihn wieder mitnehmen, und man willigte ein. Einige Tage nachher kam von Potsdam ein Brief, durch den der Hausvater Mediske die Eltern Alfreds benachrichtigte, sie möchten einstweilen einen Besuch des Jungen unterlassen. Das konnte eine Maßregel sein, durch die er für seine Entweichung bestraft werden sollte. Der Vater aber fuhr jetzt sofort nach Potsdam, verschaffte sich Zutritt zu dem Jungen, besah ihn sich — und fand, was er gegarwöhnt hatte. Als er ihn auszog, entdeckte er auf dem Körper zahlreiche Spuren einer an ihm ausgeführten Prügeelation, die übers aus nachdrücklich gewesen sein mußte. Am nächsten Tage fuhr die Mutter nach Potsdam und forderte, daß ihr der Junge herausgegeben werde, damit sie ihn von einem Arzt untersuchen lassen könne. Erst nach langem Hin und Her ließ der Herr Hausvater widerstrebend sich dazu herbei, in die Auslieferung Alfreds zu willigen. Frau J. ging dann zu dem Kreisarzt Dr. Poche in Potsdam, und dieser nahm eine Untersuchung vor, über die er das folgende Mitteil ausstellte:

„Auf Ansuchen der Ehefrau J. aus Berlin untersuchte ich am 8. August 1908 in meinem Dienstzimmer den Föbling des „Pfingsthauses“ zu Potsdam, J..., 12 Jahre alt, um die Spuren einer am 28. Juli 1908 erlittenen Prügelung festzustellen. Ich fand folgendes: Alfred J... ist 12 Jahre alt, ziemlich gebaut, schlecht genährt, schwächlich wohl infolge früher überstandener Malaria. Auf dem linken Schulterblatt ist die Haut braungrün verfärbt, in der Gegend der ersten Rippe bläulich. Auf dem Rücken finden sich vom linken Schulterblatt bis zum rechten Gesäß und der rechten Hüfte zahlreiche scharf abwärts, von links oben nach rechts unten ziemlich parallel verlaufende Striemen, bestehend aus je zwei roten Streifen, die in Breite von 2 bis 3 Millimetern 5 Zentimeter voneinander verlaufen. Diejenigen Striemen, die sich auf dem oberen Teile des Gesäßes finden, zeigen zum Teil Glanz, als wenn sich hier kürzlich ein Schorf abgehoben hätte. Von den auf dem unteren Teil des Gesäßes befindlichen Striemen finden sich bei fünf in Länge von 2 bis 6 Zentimetern bei roten Streifen durch dicke, braunschwarze Schorfe ersetzt, deren Bildung Blutung verursacht. Nach diesem Befunde erscheint die Angabe wahrscheinlich, daß der Anabe J... am 28. Juli bei ungenügender Vorkleidung sehr heftig mittels eines Rohrstodes geschlagen sei, und daß diese Prügelung mehrere Tage eine erhebliche Störung seines Befindens verursacht habe durch die Unmöglichkeit zu sitzen und auf dem Rücken zu liegen.“

Die fünf „dicken braunschwarzen Schorfe“ lassen darauf schließen, daß unter den Hieben an fünf Stellen die Haut geplatzt war. Gestützt auf dieses Mitteil, richteten die Eltern gegen Mediske eine Beschwerde an die Waisenerwaltung und eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft. Beide Behörden befragten den Hausvater Mediske, und dieser gab für die Reichlichkeit seiner Prügeleistung eine Erklärung, die die Eltern nicht wenig überraschte. Sie selber hatten bisher aus Herrn Mediskes Angaben nicht entnommen, daß ihr Sohn so überaus schlecht sei. Aber der Waisenerwaltung und der Staatsanwaltschaft brachte Herr Mediske die Ueberzeugung bei, daß er allen Anlaß gehabt habe, den Jungen mal ganz besonders hart abzuklopfen, und beide Behörden gelangten ungeachtet der Feststellungen des ihnen vorgelegten Arztberichtes zu dem Ergebnis, daß gegen den Hausvater nicht einguschritten sei. Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Potsdam gab Herrn J. im November 1908 den Bescheid, daß „von Ueberschreitung des Prügelungsrechtes keine Rede“ sein könne. Mediske habe, so sagte die Begründung, den Knaben mit einem gewöhnlichen Rohrstock über den mit einem Hemd bekleideten Hintern und später über die mit der Jacke bekleidete Schulter geschlagen, weil er aus der Anstalt entflohen war und „von dem Hausvater zur Rede gestellt, harinässig lag“. Der Knabe sei schon einmal aus der Anstalt entflohen, habe andere Zöglinge zur Flucht verleiten wollen und auch sonst auf sie einen schlechten Einfluß ausgeübt, so daß eine energische Züchtigung geboten schien. Diese sei aber „keine besonders harte“ gewesen und habe auch „keine der Gesundheit nachteilige Folgen“ gehabt. So schrieb die Staatsanwaltschaft zur großen Verwunderung der Eltern. Die Waisenerwaltung der Stadt Berlin hatte ihnen schon im September 1908 folgendes geantwortet:

„Wie die angelegte Untersuchung ergeben hat, hat Ihr Sohn Alfred wegen fortgesetzter unbotmäßigen und lägerischen Verhaltens eine strenge Bestrafung durch den Hausvater des „Pfingsthauses“ verdient. Falls die Bestrafung etwas zu hart ausgefallen sein sollte, so ist Vorbeuge getroffen, daß dies in

Zukunft nicht wieder geschieht. An seiner Gesundheit hat Alfred keinen Schaden gelitten.“

Gegenüber diesen Bescheiden verweisen wir nochmals auf den Vorlauf des Falles, das ausdrücklich hervorhebt, jene harte Bestrafung sei einem schwächlichen und leicht gemühten Knaben widerfahren. In die Waisenerwaltung richteten wir die Frage, ob sie sich nicht wenigstens darüber einige Gedanken gemacht hat, daß der Junge dem Arzt als schlecht genährt galt. Alfred befand sich damals seit neun Monaten ununterbrochen in der Anstalt, mithin kann der schlechte Ernährungszustand nicht daraus erklärt werden, daß er etwa außerhalb der Anstalt als Flüchtling längere Entbehrungen habe durchmachen müssen. Er ist jetzt, wie gesagt, nach einem Aufenthalt von weiteren 1 1/2 Jahren im „Pfingsthaus“ an eine Anstalt überwiesen worden. Aber auch das hat die Waisenerwaltung nicht freiwillig getan, sondern es bedurfte dazu erst einer erneuten Flucht des Jungen, durch die er sich endlich für immer dem „Pfingsthaus“ entzog.

Wird der Hausvater den Mietvertrag? Mit dieser in unserer Zeit gesteigerten Hauspekulation grundföhllich wichtigen Frage hat sich kürzlich aus Anlaß eines interessanten Spezialfalls das Königl. Amtsgericht Berlin-Mitte zu beschäftigen. Für einen Baukomplex im alten Berlin, der jetzt unmittelbar vor dem Abbruch steht, waren noch im vorigen Herbst langfristige Mietverträge abgeschlossen worden, obwohl von dem bevorstehenden Abbruch dieser Bauarbeiten schon damals allgemein die Rede war. Ein solcher auf ein volles Jahr abgeschlossener Vertrag enthielt jedoch die Klausel, daß seitens des Vermieters, falls das Haus abgebrochen werden soll, die Kündigung drei Monate vor jedem Quartal erfolgen kann, so daß also der Mietvertrag, genau genommen, nur ein halbes Jahr lief. Der Mieter unterschrieb diesen für ihn ungünstigen Vertrag, ohne die Klausel zu bemerken. Erst am Tage nach der unterschriebenen Vollziehung ging er zum Vermieter und protestierte. Der Vermieter beruhigte ihn aber in Gegenwart von Zeugen damit, daß der Abbruch noch in weitem Felde liege und Mieter voraussichtlich noch weit länger als ein Jahr wohnen bleiben könne. Bald darauf wurde jedoch das Abbauprojekt doch perfekt, und nun erhielt kurz vor Jahresfrist auch der in Sicherheit gewiegte Mieter die Kündigung zum 1. April 1910. Der Mieter erhob jetzt den Einwand, daß er unter solchen Umständen, wenn sie ihm bekannt gewesen wären, auf die Wohnung von vornherein verzichtet hätte. Ein ihm zur Unterschrift vorgelegtes Schriftstück, mit dem er noch besonders sein Einverständnis zur Räumung der Wohnung mit dem 1. April erklären sollte, wies er zurück, worauf Vermieter, eine bekannte Großfirma, die Räumungsklage mit dem Zielpunkt zum 1. April anstregte. Das Gericht stellte sich trotz der Klausel auf die Seite des Mieters. Da dieser in Zeugnegenwart damit verurteilt worden war, daß der Abbruch noch nicht so schnell erfolge, könne ihm nicht die Räumung zum Kündigungstermin nach dem Willen des Vermieters zugemutet werden. Andererseits habe der Mieter durch die Unterschreibung eines nicht genau durchgelesenen Vertrages leichtfertig gehandelt. So wurde dem Mieter gerichtlich gestattet, noch bis zum 1. Juli 1910 wohnen zu bleiben, während der Vermieter sämtliche Kosten des gerichtlichen Verfahrens tragen muß.

Infolge Arbeitslosigkeit sah sich der 23 Jahre alte Arbeiter Ernst Müller in der Wohnung seiner Mutter in der Vesestrasse eine Keesolberkegel in die rechte Schläfe. Ein Arzt legte ihm den ersten Verband an und sorgte für seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Moabit.

Die explodierte Spiritusflasche. Die 53 Jahre alte Arbeiterin Sofie Köhler, Strelitzer Str. 4 wohnhaft, stellte Sonntagabend in ihrer Küche eine mit Spiritus gefüllte Flasche auf ein Brett über der Kochmaschine. Infolge starken Heizens der Maschine entwickelte sich eine derartige Hitze, daß der Spiritus explodierte. Frau Köhler wurde die Flamme mit Tüchern aus und zog sich hierbei Brandwunden an beiden Händen zu. Ein Schuttmann geleitete die Verunglückte nach dem Lazarus-Krankenhaus, wo man ihr Verbände anlegte.

Ein Wechselstellerschwinder ist gestern in Schöneberg festgenommen worden. Es handelt sich um den 24jährigen Feiseur S., der in der Weise operierte, daß er in mehreren Geschäften, in denen nur eine Person anwesend war, eine Kleinigkeit kaufte und erklärte, nur mit einem Zwanzigmarsk bezahlen zu können. Während der Verkäufer dann das kleine Geld ausgab, stich S. dieses ein, gab erst dann das Geldstück in Zahlung und ergriff sofort die Flucht. Das angeklagte Zwanzigmarskstück, das auf der Vorderseite das Bildnis Kaiser Friedrichs zeigt, erweist sich als eine wertlose Wendenmünze. Gelingen gelang es zwei Schutzleuten, den Schwinder auf frischer Tat festzunehmen.

Die Leiche eines unbekanntes Mannes ist am Sonntag im Tegeler See gelandet worden. Der Tote ist etwa 20 Jahre alt, 1,03 Meter groß, schwächlich gebaut und hat dunkelblondes Haar sowie einen Anflug von Schnurbart. Es handelt sich zweifellos um einen beim Baden Ertrunkenen. Der Körper des Verstorbenen war vollständig nackt und nur mit zwei Taschentüchern bekleidet, die als Babeholz zusammengeschlopfen waren. Das eine Taschentuch war P. 1 gezeichnet.

Ueberrufen und getötet. Der 9jährige Sohn Walter der Architektinwitte Ella Kreibe wurde vor dem Hauptportale der Elisabethkirche, Invalidenstr. 8, von einer Kraftdroske überfahren. Das rechte Vorderrad ging ihm über den Kopf, so daß er schwer verletzt wurde. Ein Passant schaffte den Knaben in demselben Auto nach dem Lazarus-Krankenhaus, wo nur noch der inzwischen eingetretene Tod festzustellen konnte. Die Leiche ist dem Schauhause übergeben worden. Der Knabe ist beim Spiel umhergeirungen und läuft vor einer Kraftdroske unerwartet zu Fall gekommen.

Während der Vorstellung vom Tode überrascht wurde vorgestern nachmittag der 76 Jahre alte Sänger Heinrich Voland aus der Plutachstr. 26, der im Firkus Busch in der Pantomime mitwirkte. Plötzlich der Bühne brach er plötzlich zusammen und blieb bewegungslos liegen. Der Firkusarzt konnte nur noch den Tod feststellen, den wahrscheinlich ein Herzschlag herbeigeführt hat.

Kadrennen in Treptow. Die Rennen am Sonntag hatten unter dem süßen Wetter zu leiden und der Besuch war demgemäß nur ein schwacher.

Die beiden Dauertennissen über 25 und 50 Kilometer gewann Hermann Praxembel. Seine Gegner Hall und Scheuermann konnten keine gute Rolle spielen, denn im ersten Lauf war das Rennen schon nach dem 10. Kilometer entschieden und beide Gegner endeten weit zurück, besonders Scheuermann, dessen Motor versagte und der daher ohne Führung fuhr. Im zweiten Lauf gab es zeitweilig einige Kämpfe zwischen Hall und Scheuermann um den zweiten und dritten Platz, den der letztere zu seinen Gunsten entschied. Auch dem Sieger machten die beiden zu Beginn des Rennens zu schaffen, um dann aber mehrmals überwindet zu werden. Die Flegelrennen hatten wie üblich eine starke Beteiligung und wurde ganz neu gefahren. Das Erstfahren gewann Wägnert vor Rinn, Ped und Aufmann. Im Vorgabefahren gelang es den Waisenern nicht, das Feld zu erreichen; Blam (70) siegte vor Weile (100) und John (60 Meter). Am Landem-Hauptfahren beteiligten Hoffmann-Stelbent in der ersten Platz vor Hamann, Dierl und Dierholz-Nicolleig.

**Vermitt.** Das Postzylinderbündel teilt mit: Am 25. März er hat sich die Frau Anna Engel geb. Scheunemann, am 5. Mai 1879 zu Rantzin geboren, aus ihrer Wohnung, Hufelandstr. 27, entfernt und wird seitdem vermisst. In einem von ihr zurückgelassenen Briefe hat sie die Absicht ausgesprochen, Selbstmord zu begehen. Sie ist mittelgroß, hat dunkelblondes Haar, blaue Gesichtsfarbe, falsches Gebiß. Bekleidet war sie mit schwarzem Rock, roter Bluse, Handschuhen und Unterwäsche grz. A. L. Personen, die über den Verbleib der Vermissten irgendwelche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Postinspektor, mündlich oder schriftlich zu den Adressen 1248 IV Bl. 10 mitzuteilen.

Bei der Demonstration am 10. April in Treptow, in der Nähe Tribüne 5, ist ein dunkelbrauner Boa verloren worden. Es wird gebeten, denselben in der Expedition Rigdorf, Redarstr. 2, abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

Unter dem Verdacht des Stillschließens wurde am Sonnabendnachmittag auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der praktische Arzt Dr. med. Egon Hartung aus der Berliner Str. 42 plötzlich von der Kriminalpolizei festgenommen. Noch am gleichen Tage erfolgte die Ueberführung des Beschuldigten nach dem Moabiters Untersuchungsgefängnis. Dr. Hartung praktiziert seit etwa zwei Jahren in Rigdorf und wohnt zunächst in der Berliner Str. 84. Ende vorigen Jahres zog er acht Häuser weiter, nach der Berliner Straße 42. Er ist unverheiratet und Spezialist für Chirurgie. Wie behauptet wird, soll sich Dr. Hartung angeblich an jugendlichen Patientinnen und an seiner Empfangsdame vergangen haben. Die Anzeige wurde durch eine Frau Conrad erstattet. Auch andere Zeugen belasten den Arzt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Dr. Hartung stellt alles in Abrede, wurde aber trotzdem vorläufig in Haft behalten. Auch ein Antrag auf Patiententlassung gegen eine Kaution von 100 000 M. wurde abgelehnt, da Fluchtverdacht vorliegt.

Ueber eine Kindesaussetzung, die zugleich eine furchtbare Anklage unserer sozialen Zustände bedeutet, wird uns folgendes gemeldet: Vor dem städtischen Siedenhaus am Mariendorfer Weg wurde ein Kindwagen herrenlos aufgefunden, der einen etwa ein Jahr alten Knaben enthielt. Bei dem Kind lag ein Zettel mit folgender Aufschrift: „Er heißt Otto Strauß, ich weiß nicht wohin mit dem Kind. Der Vormund wohnt in Rigdorf, Laubestraße. Helene Partig!“ Das verlassene Kind wurde einstweilen in dem Siedenhaus untergebracht.

### Rantzin.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Eine neue Baugesetzordnung, welche zur Beschlußfassung vorlag, soll eine Mehreinnahme von 2-8000 M. jährlich einbringen. Im Vorjahre mußte zum Bauamt ein Zuschuß von 18000 M. geleistet werden. Genosse Teurig beantragte, für statistische Berechnungen anstatt 1 M. für jede Position 2 M. zu erheben, da fast alle Vororte einen höheren Satz haben, Steglitz sogar 3 Mark. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Ein bürgerlicher Antrag, bei Abnahme der Steuern anstatt ein Viertel — ein Fünftel der Prüfungsgebühr zu erheben, wurde mit Stimmengleichheit angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über den Rathausbau. Es soll das mit dem ersten Preis prämierte Projekt zur Ausführung gelangen; da jedoch die Stadwerke etwas höher angelegt werden, auch der Turm und der Siedel nach dem Bahnhofs etwas künstlerischer ausgestaltet werden sollen, macht sich eine Erhöhung der Bausumme um 40 000 M. notwendig, welche auch bewilligt wurde. Unsere Vertreter stellten den Antrag, den Rathausbau in Einzellosen zu vergeben und zwar nur an solche Unternehmer, welche die tariflich vereinbarten Löhne zahlen, auch soll die Streifenlauf bei dem Bau ausgekalkt werden. Dafür war aber keiner von den bürgerlichen Vertretern zu haben; der Gemeindevertreter Wulf kämpfte sogar die Zulässigkeit der Anträge. — Ferner wurde die Uebernahme der Desinfektionskosten mit den jetzt noch restierenden Beiträgen auf die Gemeinde beschlossen. Damit haben die bürgerlichen Vertreter einer bereits vor Jahresfrist von unseren Genossen gestellten Forderung zugestimmt. Der Sitzungstag der Gemeindevertretung wurde auf den ersten Donnerstag im Monat verlegt. Für die Gemeindeschule II wurde die Schlussabrechnung bekannt gegeben, nach welcher noch 17 142 M. nachzubewilligen waren. Die Schule, für welche anfänglich 400 000 M. bewilligt waren, kostet nun 449 187 M. Genosse Radtke fragte an, wie es mit der Turnhalle steht, an welcher nun schon seit einem halben Jahre repariert werde, er könne sich nicht denken, daß die Kosten der enormen Arbeit alle von dem beteiligten Unternehmer getragen würden. Der Bauamt erwiderte, daß die Turnhalle in der nächsten Woche voraussichtlich wieder benutzt werden könne und daß „erhebliche“ Luulosien für die Gemeinde nicht entstehen werden. — Bei der Wahl der ständigen Ausschüsse, welche diesmal in nicht-öffentlicher Sitzung vorgenommen wurde, kam der Gemeindevorstand mit einer fertigen „Vorschlagsliste“; in derselben waren die bürgerlichen Vertreter, auch die in der Sitzung neu eingeführten, 4-5 Mal bezeichnet. Für unsere Vertreter war keine Kommissionsarbeit vorgesehen. Wollte man den „Vorschlag“ vielleicht neuen Stoff verschaffen zu der Behauptung, unsere Parteigenossen leisten keine positive Arbeit? Unsere Genossen protestierten lebhaft gegen eine solche Abhängigkeit, sowie auch gegen die Richtloshaltung. Der Gemeindevorsteher erwiderte, daß diese Liste ja nur einen „Vorschlag“ bedeute; im übrigen wären unsere Genossen, welche zwar vor zwei Jahren gewählt sind, erst seit einem halben Jahre in Tätigkeit. Eine sonderbare Logik! Dann würden ja unsere Vertreter überhaupt nicht in die Kommissionen kommen, weil sie durch die Klage des Gemeindevorstehers gegen ihre Wahl ungeredterweise 1 1/2 Jahre ferngehalten wurden. Die bürgerlichen Vertreter waren jedoch so großmütig, unseren Genossen eine Vertretung im Ausschuss für Straßenbeleuchtung und im Ausschuss für Einquartierungsangelegenheiten zu übertragen.

### Groß-Lichterfelde.

Ein Brand brach am Sonntagmittag 1 Uhr in dem Hause „Gard.“, Ecke Drafstraße aus, der, begünstigt durch den starken Nordwestwind, sich mit rasender Geschwindigkeit über den ganzen Dachstuhl ausbreitete und die Bewohner der Maniarde in Gefahr brachte. Erst nach stundenlanger Arbeit gelang es der Feuerwehr, das verderbenden Elementes Herr zu werden. Leider wurde ein Feuerwehrmann durch ein herabfallendes Gefährliches erheblich verletzt; er wurde auf Anordnung des herbeigeeilten Arztes Dr. Lehmann ins Kreis-Krankenhaus transportiert.

### Röpenitz.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine Interpellation gegen das Einfahren der Automobile der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft auf der Müggelheimer Chaussee eingebracht. Genosse Riese wies darauf hin, daß die auf der Chaussee fahrenden Automobile der A.-E.-G. in Abständen von 1/2 Minuten verkehren. Die Straße sei für Fußgängerbesitzer wie auch für Fußgänger zu dieser Zeit fast unpassierbar. Es sei kein Fahren mehr, sondern ein Rasen. Wenn die Gesellschaft eine Straße für beratige Zwecke brauche, so müsse sie sich darum bemühen. Bürgermeister Dr. Langerhans erwiderte, daß in dieser Sache die Landespolizeibehörde zuständig sei. Bereits im Jahre 1908 habe man einschreiten wollen; aber vor dem Erlaß vom 25. Juni 1907 über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen sei dieses nicht möglich gewesen. In den Bestimmungen dieser Verordnung wird ausdrücklich gesagt, daß öffentliche Straßen zum Einfahren von Automobilen benutzt werden können. Einer weiteren Verfolgung dieser Sache könnten die Interpellanten sicher sein. Nachdem die Stadtv. Schneider und Dr. Schulz die Ausführungen des

Genossen Riese als richtig hingestellt hatten, schloß die Besprechung. Die Vorlage betreffend den Kauf des Grundstücks Kiekerstr. 8 (Besitzer Trill) wird in die geheime Sitzung verlegt; desgleichen die Genehmigung eines Nachtragsvertrages bezüglich der Straßenbahn mit der Gemeinde Rahnsdorf. Als Mitglied der Kommission zur Veranlagung der Gemeindeeinkommensteuer wurde Wärschereibesitzer Wiltz, Post, Charlottenstraße, gewählt.

In der geheimen Sitzung wurde der Kauf des Grundstücks Kiekerstraße 8 zum Preise von 28 000 M. beschlossen. Bei der Verpachtung des Rathauskeller erhielt Restaurateur R. Lehmann, Gutenbergstraße, mit 4200 M. Angebot den Zuschlag.

### Rahnsdorf.

Diesfälligkeiten. In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurden die neugewählten Vertreter eingeführt. Aus Anlaß der eingegangenen sechs Proteste gegen die Gültigkeit der Wahlen der Herren Kapmann und Braam hielt der Fahrensmeister Braam, der mit seinen Papierstimmen die ganze Gemeinde mundtot gemacht hatte, der Gemeindevertretung einen belehrenden Vortrag über parlamentarische Gepflogenheiten. Es sei allgemein üblich, so erklärte er, daß die gewählten Vertreter, ungeachtet der gegen ihre Wahl erhobenen Einsprüche, ihre Tätigkeit bis zur Erledigung derselben ausüben, besonders Diesfällige beteiligten sich sogar noch an den letzten Formalitäten. Auch die Gemeindevertretung solle daher diesen parlamentarischen Brauch beibehalten und die Gewählten ihre Funktionen solange ausüben lassen, bis ein Beschluß über die Gültigkeit der Wahlen vorliegt. Die Gemeindevertretung erklärte sich hiermit einverstanden und beschloß, zur Prüfung der Wahlproteste eine Kommission einzusetzen. Zum allgemeinen Erstaunen der Zuhörer schlug Herr Kapmann sofort den Fahrensmeister Braam als Kommissionsmitglied vor. Dieser erklärte sich auch dazu bereit und wurde — gewählt, trotzdem unser als Zuhörer anwesender Genosse Wobbin den Gemeindevertretern empörte zurief: „Dann wählen Sie ja diesen Herrn zum Richter über sich selbst!“ Unseres Erachtens ist die Gemeindevertretung auf halbem Wege stehen geblieben. Sie hätte nur die Herren Kapmann und Braam befragen sollen, ob sie die Einsprüche gegen ihre Wahl als berechtigt anerkennen, und, wenn dies nicht der Fall, einfach die Gültigkeit der Wahlen aussprechen müssen, ganz gleich, wie sich die Einwohnerschaft dazu stellt. Denn diese hat ja sowieso keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der Gemeindevertretung. In Rahnsdorf regiert der Geldbeutel und die Papierstimme.

### Friedrichshagen.

Die Gemeindevertretung erklärte in ihrer Sitzung die am 8., 9. und 10. März vollzogenen Gemeindevahlen für gültig. Hierauf erfolgte die Einführung der neugewählten Vertreter durch den Bürgermeister Dr. Stiller. Bei der darauffolgenden Etatsberatung bemerkte der Bürgermeister, daß die Bilanzierung des diesjährigen Etats besondere Schwierigkeiten geboten habe. Der Gemeindevorstand habe vorgeschlagen, die Einkommensteuergesetze von 125 auf 135 Proz. die Grundwertsteuer für unbebaute Grundstücke von 3 auf 4 pro Tausend und für unbebaute Grundstücke von 8 auf 7 pro Tausend zu erhöhen. Dagegen habe die Etatskommission beschlossen, den Zuschlag auf die Einkommensteuer auf 145 Proz. und die Grundwertsteuer für unbebaute Grundstücke auf 3 1/2 pro Tausend festzusetzen, für unbebaute Grundstücke den bisherigen Satz von 8 pro Tausend zu belassen. Da nun die behördliche Genehmigung zu dem von der Vertretung beschlossenen Nachtrag der Grundsteuerordnung, der für unbebaute Grundstücke statt des doppelten Satzes einen Spielraum bei Festsetzung des Aufschlags vorsteht, inzwischen versagt ist, empfiehlt der Gemeindevorstand, die Einkommensteuer auf 140 Proz., die Grundwertsteuer für unbebaute Grundstücke auf 3 1/2 pro Tausend und für unbebaute Grundstücke auf 7 pro Tausend festzusetzen.

Genosse Sonnenburg beantragte, den Einkommensteuergesetz von 125 auf nur 135 Prozent zu erhöhen, die Grundwertsteuer dagegen für unbebaute Grundstücke von 3 auf 4 pro Tausend und für unbebaute Grundstücke von 8 auf 7 pro Tausend festzusetzen. Er erblide in dem Beschluß der Etatskommission eine Schonung des Grundbesitzes. Der Wert der Grundstücke sei in den letzten Jahren bedeutend gestiegen, die Rieten in die Höhe gegangen. Bei den Grundstücksverkäufen trete die Wertsteigerung besonders hervor. Die Wertsteigerung des Grundbesitzes sei erfolgt, ohne daß die jeweiligen Besitzer den Finger gerührt haben, sie ist erfolgt durch die Entwicklung der Gemeinde, durch die Einführung der Wasserleitung und Kanalisation, durch Straßenpflasterung, durch bessere Beleuchtung, die Erbauung des Gymnasiums, eine bessere Verbindung nach Berlin usw. Darum sei auch die Belastung des Grundbesitzes gerecht, nicht aber durch die Erhöhung der Einkommensteuergesetze die Belastung derjenigen Einkommen, die 1500 M. und noch weit darunter haben. Diese können bei den gestiegenen Lebensmitteln und dem sonstigen teuren Lebensunterhalt nicht eine Mark missen. Ungerichtlich aber sei es, daß die Etatskommission an dem Satz von 8 pro Tausend für unbebaute Grundstücke festgehalten habe. Wenn die Kommission bei höheren Sätzen den Einspruch des Fiskus befürchtete, so dürfe die Vertretung sich nicht auf denselben Standpunkt stellen. Der Fiskus sei der rückfischloseste Besitzer, darum liege keine Veranlassung vor, ihn zu schonen.

In der Debatte wandten sich alle Redner gegen den Antrag Sonnenburg, derselbe wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, den Einkommensteuergesetz auf 140 Proz., die Grundwertsteuer für unbebaute Grundstücke auf 3 1/2 und für unbebaute Grundstücke auf 7 pro Tausend festzusetzen.

Die Biersteuer im Betrage von 10 000 M. und die Lust- und Spielsteuer im Betrage von 3000 M. wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter angenommen. Für die Aufbesserung der Gehälter der Gemeindebeamten und Unterbeamten ist ein Mehrbetrag von 9330 M. eingestellt. In der März-Sitzung beantragten die sozialdemokratischen Vertreter, auch die Löhne der Gemeindegewerkschaft aufzubessern. Es wurde beschlossen, den Anfangslohn der Begehrbeiter auf 1200 M., den Höchstlohn auf 1600 M. festzusetzen. Die handwerksmäßigen Arbeiter erhalten eine jährliche Zulage von 120 M. Das Anfangsgehalt der Maschinisten in der Pumpstation (neben freier Wohnung) beträgt 1780 M., das Höchstgehalt 2140 M., das Anfangsgehalt der Hilfsmaschinisten 1400 M., das Höchstgehalt 1800 M. Der Vorarbeiter der Straßenreinigung erhält eine jährliche Zulage von 800 M.

Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 680 800 Mark im Vorjahre 649 000 M.). Für die gewerblichen Unternehmungen werden vereinnahmt: 64 421 M., Kanalisation 57 500 M., Kurparkverwaltung 1701 M., Wasserversorgung 1500 M., aus Kapitalien 1616 M., aus Grundstücken 2660 M., indirekte Steuern 39 200 M., direkte Steuern 402 895 M. Die Ausgaben betragen u. a.: für gewerbliche Unternehmungen 49 162 M., Kurparkverwaltung, Verschönerung des Ortes und der Umgebung 58 380 M., Straßen-, Amts- und Standesamtverwaltung 104 198 M., Volksschulverwaltung 172 300 M., höhere Schule 100 800 M., Armenverwaltung 38 400 M. Die Spezialetat soll sich ab in Einnahme und Ausgabe mit: Wasserleitung 54 300 M., Kanalisation 57 500 M., Realgymnasium 95 300 M. Das Gemeindevermögen beträgt 2 304 055,50 M., die Gemeindeforderungen 1 782 015,44 M., mithin verbleibt ein Vermögensüberschuß von 522 040,06 M.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Wasserwertetat, welcher mit 11 500 M. balanziert, wurde mit 17 Stimmen angenommen. Die neue Wassergebührenordnung, die eine 4 1/2-prozentige Erhebung der staatlich veranlagten Gebäudesteuer vorsteht, wurde dahin abgeändert, daß nur 4 Proz. zur Erhebung kommen; die Mindestgebühr beträgt 6 M. Neu eingeführt wurde ein Wasserzins für gewerbliche Zwecke; bis 800 Kubikmeter werden 15 Pf., für weitere 400 Kubikmeter

13 Pf. und für über 700 Kubikmeter 10 Pf. erhoben. Zu Bauzwecken sah die Ordnung für den Kubikmeter Bauraum 2 1/2 Pf. vor, es wurde aber beschlossen, das Wasser für Bauzwecke nach dem Tarif für gewerbliche Zwecke zu berechnen. Die Ordnung tritt mit dem 1. April 1910 in Kraft. Zur Aufforderung des Regierungspräsidenten, die gewerbliche Fortbildungsschule nicht nach 8 Uhr abends auszudehnen, am Sonntag gar keinen Unterricht abzuhalten und eine diesbezügliche Abänderung des Ortsstatuts vorzunehmen, schlug der Magistrat vor, die Verlegung sowie Änderung abzulehnen, weil die Handwerksmeister behaupten, sie würden jetzt schon durch das Stattfinden des Unterrichts von 7-9 Uhr schwer geschädigt. Genosse Richter beantragte, die Unterrichtsstunden in die Zeit von 4-6 Uhr zu verlegen; dieser Antrag wurde jedoch mit 7 gegen 11 Stimmen abgelehnt und der Magistratsvorschlag mit 10 Stimmen angenommen.

### Potsdam.

Som Tanz in den Tod. Eine läche Unterbrechung fand am Sonnabend eine Tanzunterhaltung, die in einem Lokal in der Brandenburger Vorstadt stattfand. Während eines Tanzes wurde der in der Wallenstr. 69 wohnhafte Maurer Joseph Schäfer, ein 54-jähriger Mann, von einem Unwohlsein befallen und sank zu Boden. Sofort requirierte man aus dem nahen St. Josephs-Krankenhaus einen Arzt und brachte den Erkrankten an die frische Luft. Unter den Händen des Arztes verstarb Sch. jedoch und wurde als Leiche nach dem Krankenhaus transportiert.

### Spandau.

Die Vorkommnisse im hiesigen Feuerwerks-Laboratorium, wo der Direktor Köhler die geständigen Arbeiter zu Streikbrecherdiensten bei der A. E. G. in Schönebeck und bei der Siemens-Schuckert-Gesellschaft, Ronnendamm, veranlassen wollte, hatte der hiesige Metallarbeiterverband benützt, um am Sonnabendabend in den Bismarcksälen in einer von ihm anberaumten öffentlichen Versammlung zu den zahlreich erschienenen Staatsarbeitern zu sprechen. Der Einberufer Genosse Richter gab den Inhalt einer an das Kriegsministerium gerichteten Petition bekannt, in welcher um Einstellung der Waffenentlastungen, Zurückziehung der schon erfolgten Klagen und Verfürzung der Arbeitszeit gebeten wurde. Genosse Wahn-Berlin würdigte in seinem Referat die ungenügende Antwort des Kriegsministeriums sowie die Resolutionen des Direktors, die geständigen Arbeiter zum Streikbruch zu veranlassen, einer abfälligen Kritik. Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute in den Bismarcksälen tagende Versammlung der in den hiesigen Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und protestiert ganz energisch gegen die Behandlung, welche ihnen vom Kriegsministerium durch die Direktion als Antwort zuteil geworden ist. Desgleichen erblickt sie in der Verwicklung der Streikbrecherdienste eine krasse Verhöhnung und bedauert, daß sich die Direktion eines Staatsbetriebes Privatgesellschaften gegenüber eine solche Handlung zuschulden kommen läßt; die Anwesenden beauftragen die Leitung der Versammlung, die nötigen Schritte zu unternehmen, dem hohen Reichstage durch die sozialdemokratische Fraktion in Form einer Interpellation zu unterbreiten.“

## Vermischtes.

Feuer auf dem Hauptbahnhof Posen. Am Sonntagmittag entzündete sich, wie amtlich aus Posen gemeldet wird, auf dem Hauptbahnhof die zwischen Gleis 66 und der Hauptwerkstätte gelegenen Schwellenstapel. Es verbrannten etwa 8000 neue eiserne Schwellen, ferner sind sechs Güterwagen angebrannt. Der Schaden beträgt 80 000 bis 40 000 M. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt; der Betrieb ist nicht gestört.

Auf dem Bahnhof Straßland fuhr der planmäßige um 2 Uhr 34 Minuten nachmittags eintreffende Personenzug 321 von Baitzwall wahrscheinlich infolge zu später Bremsbedienungs auf den Breisboden des Einfahrgleises. Hierbei entgleiste die Lokomotive mit den drei vorderen Achsen. Drei Personen wurden leicht verletzt.

### Panik nach einer Reflexexplosion.

Aus Königsberg wird vom gestrigen Tage folgendes gemeldet: Gestern Abend erfolgte in der Höhe des Alchhof an Bord des Motorbootes „Konordia“ aus Eibing eine Reflexexplosion, die einen Brand verursachte. Die an Bord befindlichen acht Personen sprangen zum Teil mit brennenden Kleidern in den See. Sie wurden sämtlich von einem vorüberfahrenden Dampfer gerettet.

Abgestürzt. Aus Münster a. St. wird gemeldet: Gestern ist bei der Besteigung des Rotenfelsens ein Mann abgestürzt und schrecklich vermisst worden. Er wurde als Leiche hierher gebracht. Seine Persönlichkeit konnte bisher nicht festgestellt werden.

Ein Explosionsunfall in Texas. Aus New York wird gemeldet: Bei Kovite in Texas wurden 14 Erntearbeiter durch die vorzeitige Explosion einer Sprengladung bei den Ausschachtungsarbeiten für einen Bahnbau zerschmettert.

Folgen schwerer Felssturz. Infolge eines Felssturzes wurden einer Reibung aus Bernowitz zufolge bei Tondry sechs Personen getötet und vier schwer verletzt.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 14 des 20. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Der internationale Kongress 1910. — Zur ersten Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag. Von Gb. — Erschließung neuer Frauenberufe? Von R. S. — Zur Frauenkonferenz. I. Von Ottilie Bader. II. Von Marie Döring. III. Von A. Diez. IV. Von der Redaktion der „Gleichheit“. — Eine überflüssige Konferenz. Von Kathilde Barm. — Die Arbeiterinnen und die Bewegung in Finnland. Von Hilja Pärssinen. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Aus dem Konkreten. — Erhebung der deutschen Gewerkschaften. — Breite Brüdergemein. — Vollständige Rundschau. Von H. B. — Gesellschaftliche Rundschau. — Konfessionelle Arbeiterinnenorganisationen in Baden 1908. Von mg. — Notizen: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Der Kranz. Von Viktor Schell. — Ueber unsere Kraft. V. — Die Anfänge des Pflanzenbaus. Von Hannah Levin-Dorck. — Hygiene. — Freizeiten: Wir sind der Sieg. Von Ludwig Vesper. — Lust. Von Aloisim Sorab.

Für unsere Kinder: Frühlingssucht. Von Ludwig Hland. — Liebe Kathle! Von Max Hoffmann. — Verdenkrieg. Von Ludwig Hland. (Gedicht) — Von den Barbaren. I. Von od. — Wein erster Straich. Von H. Radmann. — Keno. Von E. Selon Thompson. — Großpater. Von Emma Döhl. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich 2,00 Mark, halbjährlich 3,50 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,90 Mark.

„In freien Stunden“. Hefte 11 und 12 sind erschienen. Der Inhalt ist folgender: „Die Adenburger“ von Bruno Wille (Fortsetzung). — „Romana“. Erzählung von Theodor Wägge (Fortsetzung). — „Der Weg ab und“. Skizze von Octave Mirabeau. — „Wie man den Kleinen das Gurgeln beibringt“. Von Dr. von Anst. — „Dies und Jenes“. — „Der fliegende Frosch“. — „Wienel Kranzheiten gibt es“. — „Ein lustiger Junker“. — „Die Wirkung der Maschinen“. — „Osterker“. — „Eine spielmäßige Künigin“. — „Bis und Scherz“.

„In freien Stunden“ erscheint wöchentlich und ist zum Preise von 10 Pf. pro Heft durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

„Kommunale Praxis“. 10. Jahrgang. Nr. 13 und 14. Da jetzt ein neues Quartal begonnen hat, ist gegenwärtig der geeignete Termin zum Abonnement. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 3 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Kolportage und Postanstalten entgegen. Preisnummern vom Verlag der Buchhandlung Wörwäris, Berlin SW. 68.

Distiktionen. Heft 1. Herausgegeben von A. Dismal. 50 Pf. G. Fromm, Berlin W. 9.

**Dem „Wahren Jacob“** ist soeben die 8. Nummer des 27. Jahrganges, 16 Seiten stark, erschienen. Aus Ihrem Inhalt erwähnen wir unter anderem: Bild 1: „Schlag zu Theobald“ Zeichnung von B. Lehmann. — „Bücherei der Verkehrsvereine des Berliner Volkspräsidiums.“ Zeichnung von A. Roth. — „Berichtungen der Reichstagsabgeordneten.“ Zeichnung von A. Grieb. — „Die Angst vor dem Reichstagswahlrecht.“ Zeichnung von A. Kramel. — „Der geprellte Don Quixote.“ Zeichnung von G. D. W. — „Dochwohler.“ Zeichnung von J. Endom. — „Der selbstlose Göttermann.“ Zeichnung von R. Wolf. — „Straßenüberführung bei Wahlrechtsdemonstrationen mittels Motorbetrieb.“ Zeichnung von A. Biebig. — „Vor der Schlacht.“ Zeichnung von E. G. — „Preussische Preisausgabe.“ Zeichnung von E. G. — „Kun rufen sie aus auf Ihren Lorbeeren!“ Zeichnung von A. Dümichen. — „Aus Bayern.“ Zeichnung von B. Lehmann. — „Der Kaufmann.“ Zeichnung von J. Kaufmann. — „Die Heiligkeit der Wohnungreform.“ Zeichnung von A. Roth. — „Die Hochzeitsreise.“ Zeichnung von A. Grieb. — „Die Unfähigkeitsschnüßler.“ Zeichnung von A. Rader.

**Legt: Schnapsblodart.** Von Lobos. — „Der Konserwative an die Nationalliberalen.“ Nach Freilicht von J. S. — „Römischer Fortschritt.“ Von E. — „Aus dem Ehrenlob eines preussischen Offiziers.“ Von Tobias. — „Staatsräubern.“ — „Das Präsidium.“ Von P. E. — „Vollstreckung.“ Von H. Pl. — „Eder Jacob.“ Von Gottlieb Raufe. — „Reichling.“ Von Ernst Brezgang. — „Moderne Fabeln.“ — „Göttliche Weltordnung.“ Von Tobias. — „Das alte Recht.“ Von A. T. — „Wahlrechtskämpfer.“ — „Die Krebse.“ Eine Fabel von P. E. — „Der Duesfand.“ Von Balduin. — „Frühlingserwartung.“ — „Für Ihren und Altes.“ Von Tobias. — „An den Herrn Reichstagsabgeordneten Erard v. Oldenburg.“ — „Von Vater-Emil.“ — „Persönliches Ged.“ — „Chinas Vorbild.“ Von R. G. — Uff.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

**Wahrnehmungen und Gedanken (1875-1910)** von G. Erder. 1,50 M., geb. 2,50 M.

**Bericht des Arbeiter-Rekonvaleszentenheims-Vereins Kuffs 1909.** 18 Seiten. Selbstverlag.

**Körperliche Erziehung.** 1. Heft. Zeitschrift für reales Leben. Herausgegeben von Dr. B. Hammer. Jahrg. 4 Nr. 14/15.

**Die Wohlfahrts-Einrichtungen von Groß-Berlin.** Herausgegeben von der Zentrale für private Fürsorge. 3 R. 3. Springer, Berlin NW.

**Bericht des Sozialdemokratischen Agitationskomitees für die obere Rheinprovinz über das Jahr 1909.** 24 Seiten. Gilsbach u. Co., Köln.

**Bericht und Ehe.** Ansetzung, Nichtigkeit und Scheidung der Ehe. Von Dr. v. Wozel. 1,50 M. G. Ved. Berlin, Engelstr. 2b.

**Der sprachliche Kunstgewerbe.** Märzheft. Monatshefte, herausgegeben von H. Weidenmüller. 25 Pf. Verlag der Werkstatt für neue deutsche Kunst, Leipzig.

**Die Deutsche Bühne.** Amüsantes Blatt des Deutschen Bühnen-Vereins. Nr. 6. Einzel. 50 Pf. Versteherl u. Co., Berlin W. 15.

**50-jähriges Jubiläum der Zeitung von Dr. D. Carbaum.** 80 Seiten. J. P. Bachem, Köln.

**Versuch einer mechanischen Analyse der Veränderungen vitaler Systeme von Dr. H. Cohen-Kasper.** 1,60 M. G. Thieme, Leipzig.

**Die drei Väter.** Roman von der Lauenburgerin. Von G. Altes. Illustriert von H. Gajdus. Verlag Continuum, Berlin 3 R., geb. 4 M.

**Die Väter und Mütter und des kommenden Geschlechts Gesundheit und Kraft** von Dr. R. Weis. 1,40 M. Reich u. Jita, Konstantz.

**13. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Stuttgart.** 81 Seiten. Vereingte Gewerkschaften, Stuttgart.

**Tätigkeitsübersicht für das Jahr 1909 des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller.** 204 Seiten. Selbstverlag, Berlin W. 66.

**4. Bericht des Fürther Volkshilfsvereins über das Jahr 1909.** 19 Seiten. A. Schröder, Fürth.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 60, vorn vier Treppen - Fahrstuhl -, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends statt. Jeder Anrufer ist ein Sachverstand und eine Zahl als Preiszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Anfragen tragen man in der Sprechstunde vor.

**W. Sch. 58.** Beantragen Sie die Bewilligung des Armenrechts und fügen Sie - Fahrstuhl -, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends statt. Jeder Anrufer ist ein Sachverstand und eine Zahl als Preiszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Anfragen tragen man in der Sprechstunde vor.

**Witterungsübersicht vom 11. April 1910, morgens 8 Uhr.**

Ort	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Ort	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Emmenda	764	W	2	wolkenl.	3	Caparanda	756	S	6	bedekt	-8
Damburg	765	W	2	wolfg.	2	Petersburg	762	RD	2	wolfg.	-4
Berlin	765	W	2	halb bb.	4	St. Petersburg	759	W	2	halb bb.	7
Kranika	765	RD	2	wolkenl.	2	Udessa	751	W	4	bedekt	8
München	766	RD	3	heiter	1	Warsz	764	DRD	1	wolkenl.	1
Wien	764	W	3	heiter	1						

**Wetterprognose für Dienstag, den 12. April 1910.**

Zunächst etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden, zunehmender Bewölkung und leichten Regenschauern; später wieder zeitweise aufklarende und neue Abkühlung.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 4.		am 9. 4.		Wasserstand	am 10. 4.		am 9. 4.	
	cm	om	cm	om		cm	om	cm	om
Remel, Elbe	—	—	—	—	Saale, Großg.	110	—	—	—
Regel, Anst. d. B.	—1	+1	—	—	Saale, Ebanden	85	—	—	—
Reichel, B. d. H.	74	—	—	—	Saale, Rathenow	138	0	—	—
Ober, Anst. d. B.	167	-10	—	—	Spre, Spremberg	76	0	—	—
Prosen	103	-2	—	—	Stettin	101	-1	—	—
Frankfurt	123	-4	—	—	Stettin, Rind.	49	+8	—	—
Wartbe, Schirmm.	56	+1	—	—	Stettin, Rind.	32	0	—	—
Landberg	40	+6	—	—	Stettin, W. d. M.	396	+26	—	—
Regel, Borsum	82	-2	—	—	Raus	177	+2	—	—
Elbe, Litzow	4	-5	—	—	Rind.	168	-2	—	—
Dresden	-110	0	—	—	Redar, G. d. B.	78	-12	—	—
Barb.	145	+2	—	—	Rind., B. d. B.	145	0	—	—
Magdeburg	126	-1	—	—	Reichel, Trier	78	+6	—	—

+) bedeutet Sturz, -) Abf. -) Unterprozel.

Unserem Genossen  
**Otto Hens**  
nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Hochzeit. 16345  
Die Genossen des 683. Bezirks.

Unserem Mitarbeiter und Genossen  
**Fritz Wappler** nebst Gattin zu ihrem heutigen 25-jährigen Jubiläum die aufrichtigsten Glückwünsche!  
Die Angestellten des D. T. V. Bezirk Groß-Berlin.

Unser beliebtes Mitglied und Genosse  
**Fritz Wappler**  
Bezirksführer des vierten Wahlkreises, Abteilung I des 175. Bezirks, feiert heute seine Silberne Hochzeit. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß derselbe noch weitere 25 Jahre zum Wohle seiner Familie wie der Partei tätig sein wird.  
Die Genossen des 175. Bezirks.

Unserem Genossen  
**Werner Krüger** nebst Gattin zu ihrer silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche!  
Die Genossen und Genossinnen vom Bezirk 723.

**Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker**  
Berlins und Umgegend.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Stereotypen  
**Friedrich Richter**  
am 9. April im Alter von 61 Jahren an der Lungenschwindsucht verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen, Mittwoch, den 13. April cr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Berlin, Lichtenberger Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Veranstaltungsbüro Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bohrer  
**Georg Warstat**  
am 8. d. Mts. an Gehirnschlag gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 12. April cr., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Stahnsdorf aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
1147 Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Korbnacher  
**Julius Hampel**  
am 9. April gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, vom Kranenhaus Urban aus nach dem neuen Thomas-Kirchhof in Rixdorf, Hermannstraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
51/17 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Waschearbeiter Deutschl.** Filiale Berlin I.  
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege  
**Wilhelm Templin**  
im Alter von 38 Jahren am Sonnabend, den 9. April, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Brinzenallee, aus statt. 162/12  
Die Ortsverwaltung I.

Am Freitag, den 9. April, verstorben infolge Unfalles mein lieber Mann  
**Albert Teske.**  
Dies zeigt tiefbetruht an Frau Teske nebst Familie.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 12. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Reinickendorfer Friedhof statt.

**Danksagung.**  
Für die uns allerseits so reich entgegengebrachte Teilnahme sowie für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kränze, Spenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters Großvaters, Bruders u. Schwagers, des Jubelers  
**Ernst Grimm**  
sagen wir allen Freunden, Bekannten und Vereinen unseren tiefgefühltesten Dank. 15906  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kränze, Spenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Gattners  
**Friedrich Gaule**  
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, namentlich dem Sozialdemokratischen Wahlverein des VI. Kreises, dem Verband der freien Gewerbetreibenden sowie dem Verein „Dales“ unseren aufrichtigsten Dank. 19296  
Witwe Gaule nebst Kindern.

**Danksagung.**  
Für die mir allerseits bewiesene Teilnahme bei dem Verluße meiner lieben unvergesslichen Frau, insbesondere den Herren Ederl sowie dem Gesamtpersonal der Firma Ford Asheim dankt meinen tiefgefühltesten Dank.  
Berlin, April 1910.  
16365  
**Paul Perle.**  
Von der Reise zurück  
**Dr. Felix Taendler**  
Oranienburger Str. 44.

**Dr. Schünemann**  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten,  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
Dienstag 10-2, 5-7.

**Metzner**  
Größtes Special-Haus  
Kinderwagen, Metall-Bettstellen, Triumphstühle.  
Alle Korbwaren, Zusammen-Kloppern, Kinderfahrstühle.  
Adressstr. 23. Berlin Beusselstr. 67.  
Branzenstr. 35. Berlin Leipzigerstr. 57.  
Rixdorf, Bergstr. 133.

**Stoff-Reste**  
ausreichend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc., die sich bei uns in Massen anhäufen, verkaufen wir bedeutend unter Preis!  
Meter Mk. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-  
Koch & Seeland  
Gesellschaft m. b. H.  
Robstraße 2. - Sonntags geöffnet. 5084L\*

**Die reellsten und billigsten Möbel**  
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10-jähriger Garantie  
Reichenberger Straße 5.  
**A. Schulz,**  
406L\*

**MANOLI**  
Cigaretten  
Das Vollendetste in Qualität u. Ausstattung  
Für guten Sitz bekam goldene Medaille.  
Siehe auch Adressbuch 1910, Teil I, Interakt. Seite 552 unter G.  
**Ludwig Engel,**  
Prenzlauerstr. 23. II. Bgr. 1892  
Großes Tuch- u. Bucklin-Lager.

Ein erfahrener Umdrucker für Chromo  
gegründet Goldner & Co., a. m. b. H.  
Brieg/Breslau.  
  
Ein Sammelbuch  
sofort auf die  
Anweisung des  
„Eure alle Welt!“  
Lefebvre, Leipzig 19  
Dresden - Bismarckstr. 19

**Husten**  
Sie, so nehmen Sie die Kaisers  
Brust-Karamellen. 5500 not.  
begl. Zeugnis, bzw. d. vorzügl. Erfolg  
bei Husten, Heiserkeit, Keuchhusten.  
Paket 30 Pf. Dafür aus anderen  
Rückichten als angeblich „besser“  
angebotenen waise energischer  
zurück. 1145\*  
Zu haben in Apotheken und Drogerien.  
Engros-Lager:  
**Rich. Thiele,** Berlin S. 81,  
Bismarckstr. 8. Tel. 4, 19.

**Wanzen**  
liefert unfehlbar mit Brut  
**Reichels** Wanzenflüssig „Radikal“  
N. 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-  
Absolut keimfrei, nicht feuergefährlich,  
kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung  
**Schwaben**  
vernichtet mit Brut radikal und sicher  
Reichels Spezial-Schwaben-Poudre  
„Martial“ 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-  
Sprühhapparat von 50 Pf. an.  
Einzig echt u. garantiert wirk-  
sam nur 1 Original-  
packungen **Tod u. Densel**  
mit Warte  
in den Drogerien und bei **Otto**  
**Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4.  
Rechnpr.-Anstalt IV 4761, 4762, 4763.

**Herren**  
Kunze noch in all. Größen sortiert,  
do. Paletots weg. Bergdrehung  
der Knaben-Konfektion,  
verlaufe solange Vorrat noch mit  
erheblichem Nachlaß auf meine  
norm. billigen Preise  
bisher 22, 25, 30, 34,50, 48 Pf.  
jetzt 18 20 24 28 41 Pf.  
**Fabrik Georg Meyer**  
Neue Friedrichstr. 4  
I. Etage  
an der Stralauerstraße.  
**Leihhaus seit 27 Jahren**  
Gelegenheitskäufe  
verfallener Brillanten,  
Gold-, Silberwaren etc.  
Moritzplatz, Ecke Oranien-  
straße 61. I  
im Hause der National-Bank.  
(früher Prinzenstr. 28)

**Steppdecken**  
Spezialhaus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
Similiseide in den 4 85 625  
Farben rot, blau, 7 50 8 75  
(Seidenersatz) oliv  
auf beiden Seiten benutzbar 11,25  
Wolltüll blau, 7 50 9 00  
rot  
Bunte Normal-  
Schlafdecken 1 75 2 50 3 50  
Woldecken ganz dick,  
extra billig 3 00 4 00  
Große Post, echte  
Kamelhaardecken 10-24 00  
**Spezialkatalog**  
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

**Köpenick.**  
Restaurant Grünauer Garten  
neu eröffnet!  
Empfehle den Genossen meine An-  
gelegte für Dampf- und Ruber-  
boote.  
Für gute Speisen und Getränke ist  
bestens gesorgt.  
Richtungsweg  
**Max Jahn.**

**Hygien. Gummiwaren**  
Katalog gratis u. franko. Viele  
Neuheiten. Bill. Preise. Meyer,  
Bismarckstr. 5, Berlin.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Str. 2.

**Hygienische Bedarfs-  
artikel**  
Drogerie Zarenba,  
Weinbergweg 1, dir. a. Rosenbaler  
Tor. Billigste Bezugsquelle  
Versuch f. zur dauernden Kundschafft

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruch-  
bandagen, Leibbinden, Ge-  
radhalter, Spritzen, Suspensorien  
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-  
pflege. Eigene Werkstatt. Vertreter  
für Ost- und Mittel-Frankenstein.  
Berlin N.

Leh Lothringer Straße 60.  
Alle Bruchbänder mit elastischen  
Gürteln, angenehm u. weich an Körper.  
**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
eleganter Herren- und  
Knaben-Garderobe  
fertig und nach Mass,  
feinste Verarbeitung.  
**S. Boltuch,**  
Frankfurter Allee 75, I  
Eingang Tilsiter Strasse.  
**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Neuester Katalog  
u. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. kof.  
H. Meyer, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW. Friedrichstrasse 91/9

